

Alles, was recht ist, aber in gewissem Sinn hat die Frau Kollegin Bischof vielleicht doch recht gehabt, wegen des Respektes vor dem Haus, denn ein Turnverein sind wir nun einmal doch nicht, lieber Kollege Turek. (Abg. Ing. Turek: „Ich habe gedacht, du verwechselst das mit der Jahreshauptversammlung des Pensionistenvereins!“ — Abg. Premsberger: „Das ist ein Zeichen, daß die alten Leute auf Empfehlung der Ärzte Leibesübungen durchführen!“) Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß das im Steiermärkischen Landtag sehr wohl gesagt werden soll. Wenn man noch so jung ist, lieber Kollege Turek, wie du, dann kann ich mir vorstellen, daß einen die Altenprobleme überhaupt nicht interessieren und daß man nur aufgrund dieser Jugend sich darüber ein bißchen lustig macht und spöttisch ist. Aber Anlaß zum Spott ist es, meines Erachtens, keineswegs. (Abg. Ing. Turek: „Ich habe es auch bei den Bandscheiben!“) Ich freue mich, wenn das jetzt ein Rückzieher wird, ein vorsichtiger, parteidiplomatischer Rückzieher, weil man es sich doch mit den Alten nicht ganz verderben möchte. (Abg. Ing. Turek: „Du hast mich falsch verstanden!“ — Abg. Dr. Eichinger: „Das war demagogisch!“) Ich überlasse es dem Schiedsrichter Eichinger, was jetzt bei uns beiden demagogisch war. Ob beim Kollegen Turek oder bei mir. (Abg. Dr. Eichinger: „Ich habe es schon ausgesprochen!“) Aber ein paar Sachen darf ich trotzdem noch sagen, und zwar den Hinweis, daß nicht nur diese sportlichen und anderen Tätigkeiten, Schwimmen usw., sondern daß auch auf der kulturellen Seite großes Interesse besteht, daß sehr viele Theaterfahrten — ich nehme an, daß sich die Theaterfunktionäre darüber freuen — unternommen werden, die manches Mal bei Graz vorbei bis nach Wien führen. Dieser Auszug läßt die wertvolle Arbeit des Verbandes erkennen, dessen Ziel, lieber Kollege Turek, die Verbesserung der Lebensqualität der alten Generation ist. (Abg. Wimmeler: „Und der Pensionistenring?“) Wir müssen ihn einmal einladen. Kollege Wimmeler (Abg. Ing. Turek: „Ich glaube, das bist du!“), Sie müssen den Kollegen Turek unbedingt einmal einladen zum Pensionistenring, damit er dort ein bißchen Informationen bezieht. Ich darf vielleicht noch folgendes sagen: Sowohl die finanziellen Lebensbedingungen, über die ich eingangs gesprochen habe, als auch die Lebensform der älteren Menschen sollen am allgemeinen Aufschwung Österreichs teilhaben, heißt es im Jahresrückblick des Verbandsobmannes Karl Potz, was ich hier auch nicht verschweigen möchte. Einige Forderungen liegen dem Verband und seinem Obmann besonders am Herzen. Forderungen, die, glaube ich, auch den steirischen Landtag unmittelbar angehen. Das eine ist die Errichtung einer Lehrkanzel für Geriatrie an der Universität Graz, um die Altersmedizin zu spezialisieren und damit eine dem neuesten Stand der Wissenschaften entsprechende ärztliche Versorgung der älteren Menschen zu erreichen. Das zweite Anliegen ist die Seniorenbildung. Die Qualität des Lebens im Alter ist weitgehend vom Bildungsstandpunkt des einzelnen Menschen abhängig. Der Ausbau der Bildungsmöglichkeiten, auch für die ältere Generation, ist zugleich eine qualifizierte Lebenshilfe und soll vielleicht mehr als bisher noch Beachtung finden. Ein sehr

gravierendes und unter Umständen schmerzliches Problem ist die Entscheidung für die alten Menschen, den eigenen Hausstand aufzugeben, wenn es anders nicht mehr geht, und in ein Altersheim zu gehen. Nach den Erfahrungen der Pensionistenverbände besteht durchwegs eine Voreingenommenheit bezüglich der Altersheime und des Lebens dort. Es ist anscheinend zuwenig bekannt, wieviel in den letzten Jahren gerade in dieser Hinsicht geschehen ist. Ich möchte in diesem Zusammenhang dem zuständigen Landesrat Gruber und der Landesregierung dafür danken, daß große Geldmittel für das Landesaltenheim Mautern, aber auch für die anderen Heime des Landes zur Verfügung gestellt wurden. (Abg. Buchberger: „Und den Gemeinden!“) Ich meine jetzt im speziellen einmal die Landesaltenpflegeheime, da ist ja unmittelbar die Landesregierung zuständig. Du hast vollkommen recht, es gibt darüber hinaus noch ungefähr 60 weitere Altenheime oder Altersheime, wo dann die Gemeinden und auch karitative Institutionen dafür zuständig sind, und daß auch deren Leistungen anerkannt werden sollen, und ich habe an sich vorgehabt und darf das jetzt auch gleich sagen, daß man den Heimleitungen und auch dem Personal für ihre Leistungen in den Altersheimen, sowohl in den Landesaltenpflegeheimen als auch in den anderen, herzlich danken soll. (Allgemeiner Beifall.) Ich habe aber auch gemeint, daß hier, nachdem diese Voreingenommenheit besteht, vielleicht noch eine verstärkte Information hinausgehen soll, was hier alles geschehen ist in den Heimen, insbesondere wiederum in den Landesheimen, aber auch in den anderen, und wie das Leben dort ist, so daß, wenn man in die Situation kommt, daß man eben in den vier Wänden daheim nicht mehr bleiben kann, man nicht mit Angst und Sorge diesen Weg in das Altersheim beschreitet. (Abg. Kollmann: „Sie meinen eine gedruckte Schrift mit Bild vom Landesrat!“) Information in jeder Art und Weise, das muß nicht eine besondere Informationsschrift sein. Das ist auch eine Aufgabe der Abgeordneten, glaube ich, bei ihren Sprechtagen und bei anderen Gelegenheiten. Ich möchte, mit Ihrer Erlaubnis, dem Pensionistenverband und den Pensionistenverbänden auch für ihre Tätigkeit sehr herzlich danken, weil das eine wertvolle Aktivität für unsere alten Menschen ist. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Dritter Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schrammel. Ich erteile es ihm.

Abg. Schrammel: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte zugeben, daß sicher Sozialdemokraten in der ersten Republik sehr bemerkenswerte soziale Akzente zum Wohl unserer Bevölkerung gesetzt haben. Ich muß festhalten, daß dies in der heutigen Zeit nicht mehr so zutrifft. Wie sozial beispielsweise der jetzige Sozialminister, der ja auch ein Sozialist ist, mit Gesetzesvorlagen gehandelt hat, um für den Finanzminister Geld zu ersparen. Daß beispielsweise durch Novellen ... (Landesrat Peltzmann: „Wo er recht hat, hat er recht!“ — Abg. Zinkanell: „Diese Unterlage kann ich dir zur Verfügung stel-

len!") Ich werde es an Hand von Zahlen genau nachweisen. (Abg. Zinkanell: „70 Groschen pro Schilling!") Das hat der sozialistische Referent des Kriegsoferversverbandes geschrieben. Ich hätte dir das gleiche vorlegen können, du kennst den Referenten, er ist Mitglied der SPÖ, und man kann natürlich in der Kriegsoferverszeitung die Meinung darlegen. Lieber Kollege Zinkanell, du selbst hast zugegeben, daß der Bericht über die bäuerliche Sozialversicherung in dieser Zeitung nicht stimmt. Ich will damit nicht die Zeitung anprangern, sondern den Schreiber dieses Berichtes. (Abg. Brandl: „Er hat die Wahrheit geschrieben!") Der Herr Kollege Zinkanell hat gesagt, das stimmt nicht, was da in der Zeitung drinnen steht. (Abg. Zinkanell: „70 Groschen pro Schilling!") Darf ich dir, Kollege Zinkanell, und auch den Sozialisten sagen, daß im Bundesbudget der Herr Sozialminister durch Gesetzesnovellen 5,38 Milliarden Schilling eingespart hat, und zwar beim ASVG bei den Arbeitnehmern, Herr Präsident Ileschitz ... (Abg. Ileschitz: „Um wieviel hat sich der Betrag von einem Jahr zum anderen für die Bauern erhöht?") ... leider nicht um so einen großen Prozentsatz, wie er bei den Beiträgen ausmacht, also beim ASVG, bei den Arbeitnehmern hat sich der Herr Sozialminister 4,76 Milliarden Schilling eingespart durch eine Beitragserhöhung von zwei auf drei Prozent. Beim GSVG, bei den Gewerbetreibenden, einen Betrag von 161 Millionen Schilling durch eine Erhöhung von 10,5 auf 11 Prozent und bei der Bauernsozialversicherung um 152 Millionen Schilling durch eine Beitragserhöhung, die 10 Prozent ausmacht. (Abg. Brandl: „Die Pensionen sind gesichert!“ — Abg. Ileschitz: „90 Prozent Staatszuschuß!“) Nun, meine Damen und Herren, das sind Tatsachen! Insgesamt kassiert der Herr Sozialminister 5,38 Milliarden Schilling mehr ein und erspart sie damit dem Finanzminister durch die Beitragserhöhungen (Abg. Zinkanell: „Ohne das geht es nicht!“), und die Sozialleistungen sind kaum verbessert worden.

Nun noch zum Schluß eines: Lieber Kollege Zinkanell, du vertrittst leidenschaftlich die sozialen Belange der Bauernschaft. Seit dem Jahre 1973 verlangt die ÖVP-Bauernvertretung den Mutterschutz, das Karenzgeld für die Bäuerin. Das ist leider wiederholt von den Sozialisten abgelehnt worden. Am 6. Oktober 1976 hat dann die Frau Nationalrat Wieser im Nationalrat wieder einen Antrag eingebracht. Am 30. Juni 1977 wurde dieser Antrag mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. (Abg. Doktor Maitz: „Wie sozial sind Sozialisten?“ — Abg. Premberger: „Man kann nicht mehr ausgeben als man einnimmt!“) Am 19. April 1978 hat die ÖVP einen neuerlichen Initiativantrag für das Karenzgeld der selbständig erwerbstätigen Frauen, Bäuerinnen und Gewerbetreibenden eingebracht, und dieser Antrag ist wieder von den Sozialisten abgelehnt worden.

Das ist scheinbar die Sozialpolitik der Sozialisten. Es ist bedauerlich, daß das auf dem Buckel dieser Frauen ausgetragen wird. Wir wollen diese Sozialpolitik, wie sie von den Sozialisten immer sehr positiv hingestellt wird, als sehr unsozial bezeichnen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Gruber. Ich erteile ihm das Schlußwort.

Landesrat Gruber: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Meine Rede hätte um einiges kürzer sein können, wenn wir jetzt nicht einen Exkurs in die Bundespolitik gemacht hätten, und ich mich doch veranlaßt sehe, auch zu einigen Fragen Stellung zu nehmen. Daß die sozialistische und sozialdemokratische Partei immer und in erster Linie eine Sozialpolitik gemacht hat, die das Massenelend in diesem Land beseitigt hat, darüber besteht ja kein Zweifel (Abg. Dr. Maitz: „25 Jahre ÖVP-Regierung!“), ist ja historisch nachweisbar. (Abg. Dr. Maitz: „Von Kuntschak angefangen!“ — Abg. Ileschitz: Das war der einzig Soziale, der Kuntschak!) Ich wundere mich, meine Damen und Herren Abgeordneten, im Jahre 1968, erinnern Sie sich? Damals hat es die erste Enquete über die Armut in Österreich gegeben. Der damalige Bundeskanzler hat in seiner Rundfunkrede darauf geantwortet, und in der Tagespost war diese am darauffolgenden Samstag abgedruckt. Da sieht man, wie die Sozialisten die Dinge auf den Kopf stellen. „Es gibt keine Armen mehr in Österreich, sondern höchstens einzelne, die durch den Rost der sozialen Sicherheit gefallen sind.“ Das war die wörtliche Erklärung des Bundeskanzlers der Österreichischen Volkspartei, und heute, wo Sie nicht die Regierungsverantwortung zu tragen brauchen, ist Ihnen sicherlich keine Geldausgabe zu groß, um bestimmte Forderungen und Wünsche zu erfüllen. Man kann nicht das, was man selbst durch 25 Jahre versäumt hat, als man die notwendige parlamentarische Mehrheit gehabt hat (Abg. Dr. Maitz: „Waren die Sozialminister ÖVPLer in diesen 25 Jahren?“), dann wieder nachfordern. Ich billige Ihnen zu, daß Sie im Zuge von Wahlversammlungen solche Reden halten, aber entschuldigen Sie schon, wenn der Abgeordnete Schilcher sagt, ich habe gelacht dabei, man muß lachen, wenn Sie glauben, daß das, was Sie in manchen Phasen Ihrer Reden hier erklären und vertreten, daß wir so etwas ernst nehmen müssen. (Abg. Jamnegg: „Das ist nachzuweisen!“ — Abg. Dr. Eichtinger: „Man wird Tatsachen sagen können!“) Selbstverständlich. Aber das sind doch keine Tatsachen. Die Tatsachen sehen ja wesentlich anders aus, meine Damen und Herren. Es ist gar keine Frage, daß diese sozialdemokratische Partei im wesentlichen den Wohlfahrtsstaat begründet hat und die Sozialminister diese Aufgabe im großen und hohen Maß verwirklicht haben. Es ist gar kein Wahlslogan der Sozialisten so richtig gewesen wie der vor der letzten Wahl am 6. Mai, als wir gesagt haben: Es ist noch niemals so vielen Menschen so gut gegangen wie heute. (Abg. Jamnegg: „Aber nicht allen!“) Wissentlich, daß es auch noch eine große Zahl von Menschen gibt, die noch im Schatten stehen, für deren Verbesserung wir manches tun können. Aber auch da, meine sehr verehrten Damen und Herren auf Seite der Österreichischen Volkspartei, ist es nicht eigenartig, daß gerade jene Bevölkerungsschichten, die Sie durch Jahrzehnte vertreten haben und wofür Sie zeitweise den Alleinvertragsanspruch erhoben haben, wie Bauern, Gewerbe und so weiter, heute gerade im Kreis jener

stehen, denen wir eine besondere soziale Stütze geben müssen. (Abg. Brandl: „Weil Sie nicht vorgesorgt haben!“ — Landesrat Peltzmann: „Diese Abwandlung ist billig!“) Ja, Kollege Landesrat Peltzmann, nicht den Kunstschmieden, die hoch aktiv sind, und auch nicht den Geschäftsleuten in der Herrengasse, aber es ist durch diese Studie erwiesen, daß zum Kreis jener — das wird auch von den ÖVP-Abgeordneten gesagt —, die heute an der Armutsgrenze liegen, alte Gewerbetreibende, Bauern, Kleingewerbetreibende und so weiter gehören (Abg. Brandl: „Almosenempfänger sind die Bauern!“), die zu spät oder überhaupt nicht in das Netz der sozialen Sicherheit eingebunden wurden. Die Leistungen, die auf diesem Gebiet erbracht wurden, sind vielfach, ich räume das schon alles weg, weil ich überzeugt bin, daß Sie die Wirklichkeit ohnedies wissen und daß Sie nur im Zuge einer solchen Debatte die Dinge versuchen müssen, anders darzustellen.

Heute ist auch die Frage Entwicklungshilfe ein bißchen angeklungen und diskutiert worden, der Herr Abgeordnete Horvatek und der Herr Abgeordnete Dr. Schilcher haben sich dazu geäußert. Ich habe mir, weil es halt auch in diesem Kapitel drinnen steht, noch geschwind einmal die Ziffern angeschaut, meine Damen und Herren. Im Jahre 1978, das können Sie nachlesen, haben wir 35.000 Schilling für Entwicklungshilfe im Budget gehabt. Im Jahre 1979 27.000 Schilling und im Jahre 1980 stehen 50.000 Schilling im Budget, fürwahr, auch kein Riesenbetrag, aber im Verhältnis zu 27.000 Schilling im Vorjahr doch etwas mehr. Ich nehme an, Sie wissen, daß das auf eine Initiative des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Sebastian erfolgt ist, der in Verhandlungen mit dem Außenministerium und mit der Landesregierung nun hier für die Ausbildung in der deutschen Sprache afrikanische Lehrer aus Senegal herbringt. Man soll also nicht nur immer reden, sondern man soll auch selbst im kleinen Kreis nachdenken, wie man selbst Initiativen setzen kann. Nicht nur beim Rednerpult davon reden, daß mehr geschehen muß, daß mehr gemacht werden muß, aber es dann beim Reden bewenden lassen. Es ist auch interessant, daß eine der wenigen Städte, die eine besondere Entwicklung im Hinblick für die Entwicklungshilfe gesetzt hat, die Stadt Mürzzuschlag ist, die ebenfalls, bekannterweise einen sozialistischen Bürgermeister hat. Ich möchte daher das unterstreichen, was der Herr Abgeordnete Zinkanell gesagt hat. Wir gestehen zu, daß es, durchaus weit über den Kreis der sozialistischen Partei hinaus, viele engagierte aktive Menschen gibt, die in der Sozialpolitik tätig sind. Darüber besteht gar keine Frage. Daß wir sozusagen ein bißchen stärker vertreten sind und manches mehr gemacht haben, das wird uns doch hoffentlich niemand ernsthaft bestreiten wollen. Wenn ich auf die Dinge eingehe, die wir in der Sozialhilfepolitik des Landes gemacht haben, und vor allem mit dem Budget auch machen können, so kann ich feststellen, daß hier zweifelsohne eine beachtliche Entwicklung im Hinblick auf die finanziellen Leistungen gegeben ist. Im Landesbudget 1970 sind im ordentlichen Haushalt für Fürsorge und Jugendwohlfahrt 227 Millionen Schilling an Ausgaben vorgesehen gewesen. Im Landesbudget für 1980 stehen bekanntlicherweise

über 700 Millionen Schilling insgesamt zur Verfügung. Es zeigt sich also, daß wir hier ohne Zweifel mehr tun können und auch durch die Behindertenhilfe, Blindenbeihilfe und alles, was es hier gibt, mehr tun. Es wurden dabei heute schon, vielleicht nicht Kritik, aber Zweifel aufgeworfen, ob das Geld wohl auch so richtig eingesetzt ist, daß es jene bekommen, die der Hilfe bedürfen. Ich glaube schon, daß wir eine so geordnete Verwaltung haben und so gute Gesetze haben, und auch eine entsprechende Beamtschaft, daß wir sagen können, daß dieses Geld gewissenhaft verwaltet und gewissenhaft ausgegeben wird. Wenn aber noch viel mehr getan werden soll und im Hinblick auf Aufklärung und Information hoffentlich auch noch mehr Menschen von den Hilfsmöglichkeiten erfahren, dann ist eines sicher, daß wir noch wesentlich mehr Geld zur Verfügung stellen müssen. Ich glaube, daß man sagen kann, daß das vorhandene Geld zweckmäßig richtig eingesetzt und verantwortungsbewußt verwaltet wird, im Sinne der vom Landtag beschlossenen Gesetze und im Sinne der in der Landesregierung festgelegten Verordnungen, daß aber bekanntlich noch ein großer Kreis von Menschen da ist, der eben weder von den Hilfsmöglichkeiten weiß, noch, auch zum Teil aus verschiedenen Gründen, gar nicht bereit ist, solche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Noch etwas Grundsätzliches zur Frage des Geldes: Ich glaube sogar, mit mehr Geld allein ist es nicht getan, sondern wir müssen eine ganz spezifische Hilfe setzen, die auf die unterschiedlichsten Ursachen der Not und der Umstände Bedacht nimmt, sie muß gleichzeitig sparsam und wirkungsvoll sein, ich möchte fast sagen, sie muß für den Einzelfall maßgeschneidert sein. Nur dann werden wir einen optimalen Erfolg weiterhin erreichen können. Sicher ist es wichtig, daß durch ein Zusammenspiel von generellen und individuellen, auf den Einzelfall abgestimmten Hilfsmaßnahmen auch in der Zukunft der bestmögliche Erfolg im Hinblick auf die Bekämpfung der Armut erreicht werden kann. Es ist uns durch eine Vielzahl von Maßnahmen auch sicherlich gelungen, das Netz der sozialen Sicherheit dichter zu gestalten, und die Zahl der Personen, die direkt auf unsere Hilfe angewiesen sind, ist auch in den letzten Jahren wiederum gesunken. 1970 haben wir noch 6200 dauerunterstützte Personen gehabt und in diesem Jahr waren es nur mehr 5200, weil immer mehr und mehr in das Gebäude der Sozialversicherung miteingebunden werden und damit aus unserem Verantwortungs- und Finanzierungsbereich herauskommen. Aber für die um 1000 weniger müssen wir wesentlich mehr aufwenden. 1970 haben wir für 6200 Menschen insgesamt 50 Millionen Schilling ausgegeben, 1979 haben wir für 5200 90 Millionen Schilling bereitstellen müssen, um die entsprechenden Erfordernisse finanzieren zu können. Dazu kommt die entsprechende Steigerung bei den Sozialhilferichtsätzen, die in den letzten Jahren beziehungsweise in diesem Jahrzehnt von 1970 bis 1980 um 160 Prozent angehoben wurden. Wie wohl ich weiß, daß diese Richtsätze an sich auch ein eigenes Kapitel sind, weil ja der jeweils zuständige Verbandsausschuß der Sozialhilfe und die zuständigen Behörden die Richtsätze nach oben oder nach unten variieren, wie

es eben ihnen im Einzelfall zweckmäßig erscheint und wie sie es für richtig empfinden. Insgesamt kann man aber sagen, daß unsere Beamten und Mitarbeiter im Bereich der Sozialhilfe und Jugendwohlfahrt in ihrer großen Zahl eine verantwortungsbewußte und menschenfreundliche Arbeit leisten. Man könnte interessanterweise an Hand von Tatsachen feststellen, je höher und je näher der Beamte der Landesregierung ist, um so flexibler, einsatzbereiter und engagierter ist er. Das ist ein Faktum, das sich an Hand von vielen Dingen nachweisen läßt und das hier die Dinge doch rascher verfolgt und schneller behandelt werden. Der Herr Abgeordnete Schilcher hat in diesem Zusammenhang auf die Zeitungen und die Sozialbürokratie hingewiesen und hat gemeint, daß er aus dem Bericht über die Armut in der Steiermark ein sehr bedrückendes Gefühl empfunden hat. Dieses Gefühl habe ich genau so empfunden und empfinde es auch weiterhin. Aber es ist eben nicht so einfach, ein solches Problem, das bei seiner Bewältigung weitaus mehr finanzielle Mittel erfordert, als wir derzeit einzusetzen bereit sind, verhältnismäßig rasch zu lösen. Die Zeitungen machen es auf eine ihnen eigene Art. Sie greifen einzelne Fälle heraus. Diese Fälle werden dann von der Öffentlichkeit wahrgenommen und durch Sammelaktionen werden dann in solchen Einzelfällen oft große Geldmittel zur Verfügung gestellt. Es ist zweifelsohne ein Verdienst der Zeitungen, daß solche Aktionen erfolgen. Aber, ich muß dazu sagen, das sind einige Dutzend Fälle im Jahr. Tausende Fälle müssen wir von der Verwaltung aus behandeln, lösen und einer Erledigung zuführen. Darüber wird eigentlich wenig berichtet, das wird kaum zur Kenntnis genommen. Im Hinblick auf die Sozialbürokratie hat der Herr Abgeordnete Schilcher ein ganz konkretes Beispiel gebracht. Er ist, glaube ich, jetzt nicht im Saal, ich darf das aber trotzdem sagen, der letzte Bericht in diesem Zusammenhang, den ich vom Herrn Hofrat Schindelka erhalten habe, hat gelautet: Zuzufolge eines rechtskräftigen Gerichtsbeschlusses wurden die Kinder abgenommen. Da möchte ich nur anmerken, ich stelle ihm gern diesen Akt zur Verfügung, so, wie es manchmal in den Zeitungen dargestellt wird, ist es natürlich auch nicht immer. Es gibt schon darüber hinaus oft noch Dinge, die besonders schwierig sind. Die Frau Abgeordnete Jamnegg hat die Frage der Sozialstationen aufgeworfen, daß wir uns darüber einmal Gedanken machen sollten. Diese Frage der Sozialstationen wird ja schon in verschiedenen Gremien seit Jahren diskutiert und ist auch in der Studie, die das Sozialministerium vor wenigen Monaten veröffentlicht hat, wo die verschiedensten Arbeitskreise sich mit dem Problem der Sozialpolitik befaßt und beschäftigt haben, verankert. Ich weiß, sie bringen diese Sache auch aus einem Raum von außerhalb Österreichs, wo sie sich ganz besonders bewährt hat. Nur möchte ich dazu folgendes sagen: Grundsätzlich ja, aber primär werden diese Sozialstationen auch eine Frage des Geldes sein, meine Damen und Herren. Denn die werden Sie mit freiwilligen Mitarbeitern rund um die Uhr nicht betreiben können, und da frage ich: Wir sind bisher nicht einmal bereit, da muß ich eine Anklage an den Personalreferenten der Landes-

regierung erheben, der jetzt nicht dasitzt, mehr Fürsorgerinnen einzustellen, um kleinere Sprengel zu erhalten und um eine intensive Bearbeitung zu ermöglichen. Wir haben bei uns in der Steiermark mit Ausnahme der Landeshauptstadt Graz noch keinen solchen Personalstand, daß wir den internationalen Normen entsprechen würden. (Abg. Kollmann: „Wird vom Kollegen Hammerl abgelehnt!“) Ich darf daran erinnern, daß die sozialistische Landtagsfraktion im Juni dieses Jahres einen Initiativantrag eingebracht hat, wonach zusätzlich für jeden Bezirk eine weitere Fürsorgerin eingestellt werden soll. Der Initiativantrag wurde bisher nicht behandelt, und ich kann daraus erkennen, daß er damit auch zumindest bis dato noch keiner Erledigung zugeführt wurde. Ich hoffe, daß die Diskussion im Hohen Haus dazu beiträgt, daß wir diesen Initiativantrag bald zu einer positiven Erledigung bringen können. (Abg. Jamnegg: „Das war etwas anders gemeint. Vielleicht können wir das im persönlichen Gespräch aussprechen!“)

Ein weiteres Problem ist ohne Zweifel immer wieder der direkte Kontakt. Ich habe ja eine Telefonsprechstunde eingeführt und bei den bisherigen Stunden, es ist nicht bei einer Stunde geblieben, habe ich schon einiges an Erfahrungen sammeln können, und es zeigt sich dabei, daß wir ein sehr differenziertes Angebot unserer Leistungen haben. Je näher einer der Landeshauptstadt ist, um so eher kommt er zu gewissen sozialen Leistungen, und je weiter einer weg ist, um so schwieriger kommt er zu solchen Leistungen. Das ist sicherlich nicht richtig, das hängt aber mit einem bestimmten Informationsgefälle und vielen anderen Dingen zusammen, und daher habe ich mit dieser Telefonsprechstunde nun den Versuch unternommen, diese Barriere zu überbrücken und hier ein Angebot zu geben, damit Bedürftige rascher, auch außerhalb der Landeshauptstadt, zu Hilfeleistungen kommen. Ich kann das an einer Vielzahl von Beispielen, von den etwa 147 Anrufern bisher, auch nachweisen. Ich möchte aber auch gerne bei der Gelegenheit darauf hinweisen, daß wir große Bemühungen unternommen haben, um im Rahmen des Sozialhilfegesetzes jene Einrichtung, die wir zuerst gehabt haben, als Wohnraumbeschaffung nur für kinderreiche Familien, als Wohnraumbeschaffung für Notstandsfälle weiterzuführen. Es ist doch für mich eine eindrucksvolle Ziffer, wenn ich feststellen kann, daß wir in diesem letzten Jahrzehnt von 1970 bis 1979 1200 Familien mit 7300 Kindern mit einem Aufwand von 153 Millionen Schilling gut wohnversorgt haben, das heißt, nahezu in jedem einzelnen dieser 1200 Fälle wurde ein Eigenheim angekauft und der kinderreichen Familie dieses Eigenheim übertragen.

Ich anerkenne die Leistungen der Sozialhilfeverbände der Bezirke in diesem Zusammenhang, die 25 Prozent zu diesem Aufwand beitragen, mit Ausnahme der Landeshauptstadt Graz, die sich an dieser Aktion noch nie beteiligt hat und auch nicht in dem damals sehr, sehr kritischen Sozialfall, der durch Presse, Rundfunk und Fernsehen gegangen ist. Und wo ich vom Finanz-Ausschuß des Landtages ausdrücklich beauftragt wurde, mit der Landeshauptstadt Graz, mit den Bürgermeistern zu verhandeln, um diese Beitragsleistung für diesen

einen Fall in zehn Jahren zu erwirken, was mir leider — zumindest auch bisher — nicht gelungen ist. So zeigt sich immer wieder, daß wir eine Fülle von traditionellen Aufgaben mit aller Vielfalt und mit aller Problematik zu erfüllen haben; in der Sozialhilfe für die Alten und für die Bedürftigen, in der Behindertenhilfe für die Behinderten, der Bau unserer Landesaltenpflegeheime. Und ich bin glücklich, sagen zu können, daß in diesem Monat das neu errichtete Landesaltenpflegeheim in Mautern mit 155 Betten bezogen werden kann und daß wir nach Fertigstellung des Ergänzungstraktes im nächsten Jahr ein neues Haus mit 210 Betten zur Verfügung haben. Damit können wir ein Zehn-Jahres-Programm der Landesaltenpflegeheime abschließen. Dazugerechnet die Fertigstellung des Landesaltenpflegeheimes Radkersburg. Mit diesem Zehn-Jahres-Programm haben wir ohne Zweifel den Wandel von den alten Siechenheimen zu modernen Pflegeheimen vollzogen und das Land Steiermark wird nach Fertigstellung aller dieser Baumaßnahmen über tausend hochqualifizierte Pflegebetten verfügen. Innerhalb dieses Jahrzehntes wurden für diese Maßnahmen 267 Millionen Schilling aufgewandt. Ich glaube, dies ist auch ein eindrucksvoller Beweis dafür, daß wir uns gerade der pflegebedürftigen Menschen im besonderen Maß angenommen haben. Wenn wir noch die Kapazitäten der privaten Heime und der Bezirksaltenheime dazurechnen, werden wir im nächsten Jahr über insgesamt 2400 Pflegebetten verfügen. Trotzdem muß ich sagen, daß im Hinblick auf die Aufnahme in die Landesaltenpflegeheime immer eine sehr sehr lange Liste besteht und daß monatelange Wartezeiten in Kauf genommen werden müssen, so daß es nahezu unmöglich ist, rasche Einweisungen durchzuführen, weil der Druck auf die Pflegeheime und auf die Betten in unseren Pflegeheimen eben einfach so groß ist und eigentlich ständig wächst und außerordentlich schwer zu bewältigen ist.

In der Jugendwohlfahrt haben wir auch in diesem Jahr unsere Aufgaben im wesentlichen erfüllt und wurden besonders ausgezeichnet durch den Herrn Bundespräsidenten, der den Neubau im Landesjugendheim Rosenhof mit den Schulräumen und mit dem Sport- und Gemeinschaftssaal eröffnet hat. Ich darf darauf verweisen, daß ich immer den Standpunkt vertreten habe und ihn auch immer wieder vertreten werde, daß wir die freie Wohlfahrt in allen Bereichen brauchen und daß ich die Organisationen der freien Wohlfahrtspflege immer nach den vorhandenen Möglichkeiten im Landesbudget unterstützt habe. So war es mir in der Zeit von 1970 bis 1979 möglich, 80 Millionen Schilling an Landesmitteln den privaten Organisationen der freien Wohlfahrtshilfe zuzuweisen.

Darunter wurden große Geldmittel für den Aufbau des steirischen Altenhilfswerkes zur Verfügung gestellt, für die Errichtung der Werkshalle im Odilienblindeninstitut, für die Errichtung des Wohnheimes und der Werkstätten der Lebenshilfe in Söding, für das Maria-Matzner-Pensionistenheim der Volkshilfe in Graz, für das Pensionistenheim des Österreichischen Wohlfahrtsdienstes, für das Erholungsheim des Kriegsoferversverbandes Schloß Sommerau und vieles andere. Ich wehre mich daher

dagegen, wenn der Herr Abgeordnete Maitz meint, an Hand eines Beispiels, des Hirtenklosters in Graz, sozusagen zu demonstrieren, daß das zuständige Mitglied der Landesregierung, in diesem Fall ich, scheinbar nicht bereit ist, eine Aktivität einer privaten Wohlfahrts- und Behindertenorganisation zu unterstützen. Ich verweise nochmals darauf, daß ich Herrn Dr. Gobiet seinerzeit das Morre-Schlößl zur Verfügung gestellt habe, obwohl wir es für andere Zwecke erworben hatten und ihm niemand anderer ein Haus zur Verfügung gestellt hat. Ich verweise darauf, daß wir Millionen investiert haben, um dieses Haus den Wünschen des Vereins entsprechend umzubauen und einzurichten. Der Herr Dr. Gobiet hat dann die Verhandlungen geführt und hat eine große neue Einrichtung in Angriff genommen. Sie haben mich zitiert, ich habe nur Zweifel daran gehabt, ob er mit seiner Organisation in der Lage sein wird, eine so große Einrichtung zu bewältigen. Für Sie ist bereits der Beweis erbracht, daß er in der Lage ist, für mich noch nicht, aber ich wünsche es ihm (Abg. Dr. Schilcher: „Nicht nur wünschen, helfen, Herr Landesrat!“), und ich werde ihm bestimmt auch keinerlei Schwierigkeiten machen und ich werde ihn dabei, soweit es mir im Rahmen der Gesetze und ihm Rahmen meiner finanziellen Mittel möglich ist, unterstützen, aber ich möchte mich hier nicht verbreitern. Wir sind in intensiven Verhandlungen. Ich würde Ihnen empfehlen, lassen Sie sich über den letzten Stand der Dinge informieren. (Abg. Dr. Maitz: „Ich habe mich gestern informieren lassen!“) Dann wurden Sie nicht voll informiert, oder Sie wollen nicht Ihre volle Information weitergeben, ich weiß es nicht. Jedenfalls gibt es hier dauernde Verhandlungen und Gespräche, und es gibt ganz bestimmte Gründe, warum das und jenes so oder so schwierig, oder nicht möglich ist. Ich erkläre noch einmal, auch im Hinblick auf den neuen Tagatz stehen wir in Verhandlungen. Das Verhandlungsergebnis wird letzten Endes von mir der Landesregierung unterbreitet werden. (Abg. Dr. Maitz: „Mit keiner Organisation so lange wie hier!“) Gegenüber den Eltern und Kindern fühle ich mich voll verantwortlich, möchte ich ausdrücklich sagen. Ich bin ebenso im permanenten Kontakt mit dem Elternverein, und habe den Elternverein finanziell unterstützt. Ich nehme ständig alle Wünsche und Beschwerden im Hinblick auf die Vorgänge in dieser Einrichtung entgegen, auch das gibt es.

Wenn Sie sagen, es ist Wiener Neustadt nicht ausgelastet, das ist verständlich, weil wir jetzt in Graz eine Einrichtung haben. Mit der Waldschule Wiener Neustadt, die eine hervorragende Einrichtung ist, sind wir seit 20 Jahren vertraglich gebunden. In diese Waldschule Wiener Neustadt haben wir viel Geld investiert und ich sehe daher nicht ein, warum wir diese Plätze dort nicht ausnützen sollen. Ihr Argument, daß die Steirer lieber nach Graz als nach Wiener Neustadt fahren, hat auch nur bedingt Gültigkeit, denn das können Sie mir nicht erzählen, daß der aus dem Mürztal oder von Mürzzuschlag näher nach Graz hat, als nach Wiener Neustadt. Ich würde sagen, beide Einrichtungen werden ausgelastet sein. (Abg. Dr. Maitz: „Aber dann bitte auch beide fördern, durch Bauzuschüsse!“)

Es kann sich nur um vorübergehende Lücken handeln und ich bin selbstverständlich grundsätzlich bereit, im Rahmen meiner Möglichkeiten mitzuwirken und zu fördern, das möchte ich ausdrücklich sagen. Selbstverständlich sichere ich Ihnen mit Ihrem Resolutionsantrag für das Budget 1981 eine wohlwollende Behandlung zu. (Abg. Dr. Maitz: „Darf ich das so verstehen, daß Sie nächstes Jahr eine Subvention aus Ihrer Verantwortung heraus beantragen werden?“) Ich würde mich doch nicht getrauen, als Mitglied der Landesregierung eine gemeinsam beschlossene Empfehlung der Abgeordneten nicht gebührend zu berücksichtigen, aber was dabei herauskommt, das werden erst die Budgetverhandlungen für das Jahr 1981 zeigen, und ich hoffe, daß einiges möglich ist. Sicher wird es nicht so sein, Herr Abgeordneter, daß man Träume erfüllen kann. Das ist in einem Sozialbudget des Landes nicht möglich. Wir müssen hier mit kleinen Beträgen versuchen, größere Leistungen zu erbringen und wir haben es an einer Reihe von Beispielen in Zusammenarbeit — private Organisationen und Sozialreferent — unter Beweis gestellt, Lebenshilfe Söding, Odilienblindeninstitut, wie es möglich ist, mit relativ kleinen Beträgen eine große Leistung zu erzielen, aber dazu gehört Verhandlungsbereitschaft, dazu gehört gemeinsame Beratung, dazu gehört gemeinsames Eintreten und das war halt bei dieser und jener Organisation stärker vorhanden und bei der anderen ist es halt oft überhaupt nicht vorhanden. Daher kann ich nur sagen, nur durch Zusammenarbeit werden wir insgesamt etwas erreichen, insgesamt unsere Aufgabe erfüllen können, jenen Menschen die uns im Bereich der Sozialhilfe, der Behindertenhilfe anvertraut sind, auch in den künftigen Jahren das Los zu erleichtern und das Leben leichter zu machen. (Beifall bei der SPÖ.)

Zweiter Präsident Gross: Wir kommen nunmehr zum zweiten Teil der Gruppe 4 „Wohnbauförderung“ Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Präsident Feldgrill.

Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Feldgrill: Herr Präsident, Hoher Landtag! Das dreißigjährige Bestehen des Landeswohnbauförderungsfonds 1949 gibt Gelegenheit zu einer Bilanz und kurzen Rückschau. Vor dreißig Jahren war das vordringlichste Problem für den Steiermärkischen Landtag und die Landesregierung, dafür zu sorgen, daß die Menschen genug zu essen und das Notwendigste zum Anziehen hatten. Darüber hinaus brauchte jeder eine Dach über dem Kopf. Der ungeheure Fleiß, die Tüchtigkeit und das beispielhafte Zusammenstehen aller Österreicher hat uns in der Welt den bewunderten Wiederaufstieg Österreichs nach den Zerstörungen des Krieges ermöglicht. Im Jahre 1949 waren es Landeshauptmann Josef Krainer und Landesrat Ferdinand Prirsch, die mit ihren Kollegen in der Steiermärkischen Landesregierung und im Steiermärkischen Landtag die Landeswohnbauförderung 1949 beschlossen haben.

Mit diesem weitblickenden Gesetz konnte man der drückenden und heute gar nicht mehr vorstellbaren Wohnungsnot begegnen und Abhilfe schaf-

fen. In den Städten und größeren Ballungszentren wurden vornehmlich Geschoßbauten errichtet und als Miet- und Eigentumswohnungen vergeben. In den kleineren Gemeinden und am flachen Lande wurden Siedlungshäuser und Eigenheime gebaut.

Diese ungeheure Anstrengung auf dem Wohnbau-sektor führte zum doppelten Erfolg;

1. wurde dadurch erreicht, daß die qualitative und quantitative Wohnungsnot zum größten Teil behoben werden konnte, und
2. wurde erreicht, daß die Bauwirtschaft eine Schlüsselwirtschaft in Österreich, mit ihrem Bau- und Zulieferungsgewerbe geholfen hat, die österreichische Wirtschaft aufwärts zu führen und damit stabilisierend auf den Arbeitsmarkt und bei der Arbeitsplatzsicherung gewirkt hat.

Es erhebt sich nun die Frage, ob genügend geschieht, um dem Wunsch der Bevölkerung nachzukommen, nämlich jenem Wunsch, der geäußert wurde in einer Umfrage, die die Steiermärkische Landesregierung vergeben hat und in der sich 81 Prozent aller Steirer dazu bekannt haben, daß sie ein Eigenheim bewohnen möchten. Genügt es, daß wir keine Hochhäuser mehr bauen? Wohnblöcke mit acht Geschossen sind zwar keine Hochhäuser, es sind aber sicher auch keine Eigenheime.

Wir müssen uns die ernste Frage stellen, ob wir nicht am Bedarf vorbeibauen.

Was wurde bisher gemacht? Insgesamt wurden 62.954 Wohnungen in Eigenheimen in der Steiermark seit 1949 gefördert. Dafür wurden rund 2,9 Milliarden Schilling Direktarlehen und Annuitäten und 3,9 Milliarden Schilling Zinsenzuschüsse gewährt. Im Geschoßbau wurden gefördert: 83.225 Wohnungen mit 15,5 Milliarden Schilling an Direktarlehen und Annuitätzuschüssen für Kapitalmarktdarlehen in der Höhe von 5,626 Milliarden Schilling.

Das ergibt ein Verhältnis von 43 Prozent Wohnungen in Eigenheimen zu 57 Prozent Geschoßbauwohnungen; bei der Förderungshöhe ist es viel krasser, hier lautet das Verhältnis Eigenheimbau zu Geschoßbau 24 Prozent zu 76 Prozent.

Diese wenigen Zahlen zeigen deutlich, daß zwar Enormes auf dem Wohnbausektor geschehen ist, sie zeigen aber auch, daß sich die Förderungstätigkeit nicht unbedingt am Wunsch der Bevölkerung, die wie erwähnt, zu 81 Prozent das Eigenheim als bevorzugte Wohnform nennt, orientiert.

Vergleiche mit anderen Bundesländern zeigen, daß die Steiermark zwar nach fertiggestellten Wohneinheiten pro Kopf der Bevölkerung als auch nach der Höhe der vergebenen Wohnbauförderungsmittel an der Spitze aller österreichischen Bundesländer steht (Beifall bei der ÖVP), daß aber die Höhe der Förderungssätze für Eigenheimbauer mit dem Geschoßbau nicht Schritt gehalten hat. Die durchschnittliche Förderung beträgt derzeit zirka 200.000 Schilling je Eigenheim in der Steiermark. Das sind 15 bis 20 Prozent der Gesamtbaukosten.

Zum Vergleich einige andere Bundesländer:

In Burgenland erhält jeder Förderungswerber 200.000 Schilling Direktarlehen ohne Wartezeit.

In Salzburg erhält eine vierköpfige Familie derzeit 235.000 Schilling Direktdarlehen.

In Tirol kann eine solche Familie bis zu 273.000 Schilling Direktdarlehen bekommen.

In Kärnten kann eine Jungfamilie ein Direktdarlehen in der Höhe von 400.000 Schilling bekommen. (Abg. Brandl: „Die sind weit voraus!“)

In allen diesen Bundesländern können die Förderungswerber die Förderung nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 in Anspruch nehmen, wenn das Bauvorhaben den Bestimmungen dieses Gesetzes entspricht. In der Steiermark ist dies, wie erwähnt, nur bei Familien mit mindestens drei Kindern vorgesehen, das sind etwa ein Fünftel aller Eigenheimförderungswerber. (Abg. Schrammel: „Sozialer Wohnbau!“) Es ist auch nicht zu übersehen, daß ein Direktdarlehen mit 0,5 Prozent Verzinsung und einer Laufzeit von 47,5 Jahren ungleich günstiger ist, als ein Zinszuschuß für ein gleich hohes Kapitalmarktdarlehen mit einer Laufzeit von 15 Jahren. Hier verhält sich das Verhältnis so wie eins zu fünf in der jährlichen Belastung zuungunsten des Zinszuschusses.

Wenn die Eigenheimförderung wieder zu einer spürbareren Hilfe werden soll, müßte daher für einen größeren Teil der Förderungswerber als es bisher der Fall war, die Möglichkeit der Gewährung von Direktdarlehen bestehen, das sollte vor allem für Jungfamilien bzw. Familien mit Kindern der Fall sein. (Allgemeiner Beifall.)

Mehr Mittel für den Eigenheimbau können aber mangels an zur Verfügung stehenden Förderungsmitteln nur durch Umschichtungen beschafft werden. Wenn man die Eigenheimförderung und den so überzeugend geäußerten Wunsch der Bevölkerung ernst nimmt, müßte man die Mittel für die Eigenheimförderung erhöhen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Marczik: „Richtig!“)

Nicht zu übersehen ist in diesem Zusammenhang natürlich die Raumordnungsproblematik. Die Förderungsmittel sind nicht beliebig vermehrbar, das Angebot an verbaubarem Grund und Boden schon gar nicht.

Hier bietet die Wohnbauförderung einen guten Kompromiß an, und zwar den verdichteten Flachbau nach der sogenannten zu wenig bekannten Variante II. Nämlich für jene Eigenheim- und Häuselbauer, die selbst Hand anlegen wollen, die ihr Haus, wie es bisher üblich war, selbst bauen möchten und keine betreuende Wohnbauvereinigung wünschen, besteht mit dieser Variante eine ausgezeichnete Förderungsmöglichkeit. Hier müssen zehn Häuser gemeinsam auf je höchstens 800 Quadratmeter großen Grundstücken errichtet werden. Bei Gemeinden mit geringer Bautätigkeit oder bei Verbauung von Baulücken ist anstelle der sonst geforderten zehn Häuser nur die Errichtung von fünf Häusern notwendig. Die Förderung besteht hier in einem Fixsatz wie bei der sonstigen Eigenheimförderung, zusätzlich wird jedoch ein weiterer Fixsatz von 250.000 Schilling je Haus gewährt. Die Summe dieser Beträge wird immer als Direktdarlehen gewährt. Dies bedeutet, daß zum Beispiel eine Jungfamilie in so einem verdichteten Flachbau der Variante II ein Direktdarlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 in der Höhe von 430.000

Schilling bekommen kann, wogegen eine Jungfamilie in der normalen Eigenheimförderung derzeit, wenn sie nur zwei Kinder hat, nur einen Zinszuschuß für ein Kapitalmarktdarlehen von 180.000 Schilling auf 15 Jahre gewährt bekommen kann.

Der verdichtete Flachbau Variante II könnte daher zu einer echten Hilfe für den Häuselbauer werden. Überdies könnte gerade die geschilderte Variante II auch eine wirksame Unterstützung der Raumordnungsbestrebungen sein. Ein verdichteter Flachbau wird nämlich nicht überall möglich sein.

Für den städtischen Bereich und größere Ballungszentren wird man weiterhin, schon aus Mangel an Baugrund, den Geschößbau fördern müssen. Gleichzeitig und in weit größerem Maße als bisher müßte man aber die Erhaltung, Sanierung und Verbesserung der Althäuser in Angriff nehmen. Das Altstadterhaltungsgesetz darf nicht eine Stadterweiterung bringen, indem auf die Peripherie ausgewichen wird, sondern soll den Altstadtkern beleben und wieder bewohnbarer machen.

Ich möchte abschließend daher nochmals mit Nachdruck die Forderung nach einer Verbesserung der Eigenheimförderung erheben. Das oberste Ziel der Wohnbauförderungspolitik muß die Berücksichtigung des Bedarfes der Bevölkerung und die Schaffung familiengerechter Wohnmöglichkeiten sein. Diesen Forderungen wird das Eigenheim am ehesten gerecht. Ich danke Ihnen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Loidl.

Ich erteile es ihm.

Abg. Loidl: Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Wenn man die in den letzten Jahren im Rahmen der Budgetdebatten gemachten Ausführungen und auch die heutigen zum Kapitel Wohnbau nachliest, kann man feststellen, daß es weder in der Würdigung der erbrachten Leistungen, noch in den Hinweisen auf bedenkliche Entwicklungen und beachtliche Mängel wesentliche Auffassungsunterschiede gibt. Daran dürfte sich im grundsätzlichen nichts geändert haben. Wir können auch diesmal wieder — und das hat Herr Präsident Feldgrill schon getan — auf ein Jahr zurückblicken, in dem viel Positives am Wohnbausektor geleistet wurde. Was das andere, das Negative, betrifft, meine Damen und Herren, habe ich allerdings das Gefühl, daß wir gewissermaßen ein wenig auf der Stelle treten, uns vielleicht in einer Sackgasse befinden, aus der wir nicht so leicht herausfinden.

Ich meine zuerst einmal die Tatsache, daß wir das Finanzierungssystem, welches wir ursprünglich gemeinsam geschaffen und auch vertreten haben, nicht mehr allzulange in der Form aufrecht erhalten können, wenn wir verhindern wollen, daß die Wohnbautätigkeit, welche ja die Voraussetzung ist, die Menschen mit Wohnungen zu versorgen, in einem unvertretbaren Ausmaß eingeschränkt wird.

Meine Damen und Herren, wenn man den Vorschlag oberflächlich ansieht, schaut es zunächst gar nicht so schlecht aus. Wir bekamen im vorigen

Jahr aufgrund des vereinbarten Verteilungsschlüssels vom Bund rund 1 Milliarde 600 Millionen Schilling, wir bekommen für 1980 1 Milliarde und 643 Millionen Schilling. Dazu kommen Tilgungen und Rückflüsse in der Höhe von insgesamt 240 Millionen Schilling, so daß wir nahezu 1,9 Milliarden Schilling für die Wohnbauförderung zur Verfügung haben werden.

Könnte dieser Betrag zur Gänze bauwirksam werden, wäre einerseits die Beschäftigung der Wohnbauwirtschaft weitgehend gesichert, und das wollen wir ja, und könnte andererseits vor allem der quantitative und qualitative Wohnungsfehlbestand entsprechend rascher beseitigt werden.

Aber, meine Damen und Herren, nicht weniger als ein Viertel muß bereits aus diesem Wohnbautopf für alle subjektfördernden Maßnahmen, welche wir uns übrigens auch nicht wegdenken können, entnommen werden, und folglich wird die Wohnbautätigkeit in diesem Ausmaß eingeschränkt. Das ist das Problem, und daraus ergibt sich die Frage, was tun.

Verschärft wird die Situation noch dadurch, daß das Bauen spürbar teurer wird, dies, obwohl sich der Preisindex für den Wohnbau in den letzten Jahren durchaus in sehr bescheidenen Grenzen gehalten hat. Ursache ist nicht zuletzt die bessere Qualität, die wir wollen, erhöhter Lärm- und Schallschutz, Verzicht auf Hochhäuser, das alles kostet Geld, und anderes mehr.

Meine Damen und Herren, wir können es drehen und wenden wie wir wollen, diesem Problem ist nur beizukommen, wenn der Wohnbaufonds von den weiter und weiter steigenden Mitteln für die Subjektförderungsmaßnahmen befreit oder zumindest entlastet wird.

Ein Vorschlag wurde ja schon oft gemacht, ich habe ihn, glaube ich, schon vor drei Jahren das erste Mal gemacht, er findet nach und nach mehr Befürworter, nämlich die 30 Schilling Wohnungsbeihilfe (Abg. Ing. Turek: „Wieder ein neuer Erfinder — jetzt hat er das erfunden!“) — mit Ausnahme von wirklich bedürftigen Personen. — dem Wohnbauförderungsfonds zuzuführen. Kollege Turek, du kannst nachlesen im Protokoll, ich bin damals auch von meinen eigenen Freunden ein bißchen beschimpft worden. Mittlerweile ist doch die Einsicht gekommen. Beim Herrn Landeshauptmann übrigens auch voriges Jahr und heuer bei der Freiheitlichen Partei. (Abg. Ing. Turek: „Ach so, also haben sich deine Freunde in ihrer Meinung auch geändert!“ — Abg. Brandl: „Ein Esel ist, wer seine Meinung nicht ändert!“)

Vielleicht, meine Damen und Herren, wäre auch das Verlangen gar nicht so abwegig, nämlich die Banken und Sparkassen zu zwingen, welche gewiß nicht notleidend sind, zwingend zu verlangen, wenigstens einen Bruchteil jener unzähligen Milliarden, welche nicht zuletzt auch die sogenannten kleinen Leute gespart haben, und die auf den Banken liegen, zu Selbstkosten und ohne Zinsgewinne, für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. (Abg. Dr. Heidinger: „Wie stellst du dir das vor?“) Wir wissen, welche positiven Auswirkungen eine Verbilligung der Wohnbaukredite um

zwei bis drei Prozent bereits hätte. (Abg. Dr. Heidinger: „Dann leben wir alle nur mehr von Defiziten!“ — Abg. Ing. Turek: „Die Sparkasse könnte das Opernhaus richten lassen!“ — Abg. Dr. Heidinger: „Das war einmal!“ — Abg. Hammerl: „Jetzt richtet das Land die Sparkasse her!“ — Abg. Doktor Heidinger: „Diskutieren kann man über alles, Herr Kollege!“)

Meine Damen und Herren, es nützt ja nichts, hier zu jammern, daß es nicht so weitergeht, man muß ja auch den Mut haben, bestimmte Vorschläge zu machen oder zumindest darüber zu diskutieren. Und das ist ein Vorschlag, den man zumindest diskutieren kann, natürlich mit den Sparkassendirektoren in erster Linie.

Ein weiterer Gedanke in dieser Richtung wäre — auch nicht populär, was ich jetzt sage — bei der nächsten Lohn- und Einkommenssteuersenkung beziehungsweise Anpassung auf einen geringfügigen Betrag zu verzichten, um dadurch den Wohnbauförderungsbeitrag etwas erhöhen zu können.

Um nichts unversucht zu lassen, möchte ich bei dieser Gelegenheit außerdem die Abteilung 14 ersuchen, einmal zu sehen und nachzurechnen, wie sich etwa eine Erhöhung des Förderungssatzes von bisher 60 Prozent auf 70 Prozent auf die spätere Subjektförderung, auf lange Sicht gesehen und auf Dauer gesehen, auswirken würde. Möglicherweise wäre es ein — wenn auch nicht sehr großer — aber doch bescheidener Vorteil. Das ist eine Frage der langfristigen Hochrechnung.

Ich persönlich glaube halt, daß die Phase des Überdenkens dieses gesamten Problems nicht ewig dauern kann, und irgend etwas — so oder so — entschieden werden muß.

Meine Damen und Herren, die zweite Frage, welche uns hier immer wieder beschäftigt hat — das ist die ebenso bedauerliche wie unleugbare Tatsache, daß sehr viele Wohnungswerber, Mieter und Eigentumswohnungsbesitzer ihren Wohnbauvereinigungen mißtrauisch und häufig sogar feindselig gegenüberstehen. Das ist ein unhaltbarer Zustand für alle Beteiligten. Für die Wohnbauvereinigungen ebenso wie für die für die Wohnbauförderung in erster Linie Verantwortlichen, das sind die Landesregierung und der Wohnbauförderungsbeirat. Und ich sage das, weil ich selbst ein Mitglied dieses Wohnbauförderungsbeirates bin, und ich empfinde das auf die Dauer untragbar. Zuerst, meine Damen und Herren, soll ganz ausdrücklich gesagt werden, daß die erbrachten großen Leistungen der Wohnbauvereinigungen im allgemeinen durchaus anzuerkennen und zu würdigen sind, und daß ihre Tätigkeit nach wie vor unentbehrlich ist. Und schon deshalb müssen wir dieser Angelegenheit auf den Grund gehen und versuchen, so weit es in unserer Macht steht, jene Übelstände zu beseitigen, die dieser guten Sache so sehr schaden.

Aus Gesprächen mit Wohnungswerbern oder Mietern kann man immer wieder entnehmen, daß sie bei der praktischen Abwicklung ihrer Wohnversorgung ein mehr oder weniger großes Maß an Ohnmacht gegenüber der Genossenschaft oder Gesell-

schaft empfinden. Sie sind de facto weder in der Lage, zu beurteilen, noch darauf Einfluß zu nehmen, ob ihnen tatsächlich alle Vorteile der öffentlichen Wohnbauförderung sowie die der Gemeinnützigkeit ihres Wohnbauträgers wirklich ungeschmälert zugute kommen. Dieses Gefühl wird oft zu unbegründetem, tiefstem Mißtrauen gesteigert, wenn in nahezu regelmäßigen Abständen von den Zeitungen über skandalöse Zustände und schwerste finanzielle Schädigungen von Wohnungswerbern und Mietern, welche gewiß Einzelfälle darstellen, berichtet wird. Es muß da in erheblichem Ausmaß etwas nicht stimmen, meine Damen und Herren, wenn solche Wohnungswerber und Inhaber von öffentlich geförderten Wohnungen Aufklärung, Klarstellung oder ihr Recht durch Interessensgemeinschaften, durch sogenannte Schutz- und Trutzbündnisse — durch Vorsprache und Demonstrationen erkämpfen müssen. Da stimmt irgend etwas nicht, bis zur nächsten Wohnbaudebatte, das eine oder

Die Verhinderung solcher Zustände — ich sage es nochmals — muß auch vor allem im Interesse jener Wohnbauvereinigungen liegen, deren Angestellte und Funktionäre mit großem persönlichen Einsatz ihre wichtige Tätigkeit einwandfrei verrichten.

Und schließlich sind, wie schon gesagt, jene, welche die Förderungsbeträge aus Steuermitteln in Milliardenhöhe vergeben, nicht nur berechtigt, sondern nach meiner Meinung auch verpflichtet, hier etwas zu tun.

Meine Damen und Herren, vor einem Jahr habe ich anlässlich einer ähnlichen Debatte eine Anregung gemacht. Aus inzwischen gegebenem Anlaß haben nunmehr sozialistische Abgeordnete dieses Hauses einen Antrag vorgelegt. In diesem Antrag wird verlangt, daß im Rahmen des Kontrollamtes ein sehr qualifiziertes Spezialteam zusammengestellt wird, zusätzlich zu den vorhandenen Beamten, welches sich ausschließlich der Kontrolle aller Wohnbauträger, welche Wohnbauförderungsmittel in Anspruch nehmen, widmet. Sehr wichtig scheint mir aber zu sein, daß dem gleichzeitig in diesem Antrag gestellten Begehren Rechnung getragen wird, daß solche erstellten Kontrollberichte nicht nur dem Kontrollausschuß und der Landesregierung, sondern auch dem Wohnbauförderungsbeirat zur Kenntnis gebracht werden, damit — das soll ja der Sinn und Zweck sein — gegebenenfalls der Regierung Konsequenzen empfohlen werden könnten. Die rasche, positive und heilsame Wirkung, welche derartige Berichte in jüngster Zeit hatten, berechtigt zur Annahme, daß diese geforderte Einrichtung und Wirkung maßgeblich dazu beiträgt, Mißstände von vornherein nicht mehr aufkommen zu lassen. Es ist leider so, daß ganz besonders auf diesem Gebiet Einzelfälle sehr schnell und stark zur Verallgemeinerung führen. Um jene zu schützen, denen wir für ihre Arbeit auch danken müssen, scheint mir das sehr wichtig.

Ich darf hoffen, meine Damen und Herren, daß Sie diesem Antrag zustimmen werden und daß er rasch verwirklicht wird. Vielleicht gelingt es uns bis zur nächsten Wohnbaudebatte das eine oder andere aufgezeigte Problem zu lösen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wimpler. Ich erteile es ihm.

Abg. Wimpler: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In der Sitzung des Landtages am 31. Juli 1978 wurde in einer dringlichen Anfrage an Herrn Landeshauptmann um Aufklärung über Unregelmäßigkeiten bei der GWS, der Gemeinnützigen Wohnungsbau- und Siedlungsgenossenschaft, über Leistungen von Beiträgen an den Österreichischen Wirtschaftsverband und über andere Spenden ersucht. Es handelt sich um eine gemeinnützige Wohnbaugesellschaft, deren Gesellschafter die Handelskammer, die Landwirtschaftskammer und das Bankhaus Krentschker sind. Verständlich daher, daß bei der SPO hierüber große Aufregung geherrscht hat. Zur Ehre des Herrn Landeshauptmannes sei gesagt, daß der Auftrag zur Überprüfung durch die Kontrollabteilung bereits am 27. April — also drei Monate vor der besagten Sitzung des Landtages — ergangen ist. Damit aber, meine Damen und Herren, nicht ein nach einer Seite hin verzerrtes Bild erscheint, wurde der Kontrollabteilung im Sinne der Generalrede des Herrn Abgeordneten Piaty dann auch der Auftrag erteilt, die Gemeinnützige Wohnbaugesellschaft Neue Heimat zu überprüfen. Die Gesellschafter dieser Wohnbaugesellschaft sind die Gewerkschaft der Privatangestellten, die Wohnbauvereinigung der Privatangestellten und die Siedlungsgenossenschaft Ennstal. Kein Wunder, daß nach Erteilung dieses Prüfungsauftrages die SPO wieder ruhiger geworden ist. (Abg. Preamberger: „Wir haben nichts zu verbergen!“) Meine Damen und Herren, ich glaube, für beide Gesellschaften war es höchste Zeit, daß eine Kontrolle erfolgte, und diese Kontrolle war sehr eingehend und sie wurde auch — glaube ich — sehr gewissenhaft vorgenommen. (Abg. Preamberger: „Bei unserer Genossenschaft oder bei beiden?“) Bei beiden! Denn beide Prüfungsberichte, Herr Kollege Preamberger (Abg. Ing. Turek: „Funkstille, Herr Kollege!“), umfassen mehr als 100 Seiten. Aber das, was zum Vorschein gekommen ist, meine Damen und Herren, ist tatsächlich erschütternd! (Abg. Ing. Turek: „Bei beiden?“) Bei beiden! Es kam zutage, daß der vom Prüfungsverband der Genossenschaften eingesetzte Prüfer zunächst wohl heftig die Bilanzen kritisierte, sich dann großzügig bereit erklärte, zur Beihilfe, zur Mithilfe, zur Beratung, schließlich in der Geschäftsführung mitarbeitete, Bilanzen und Geschäftsberichte erstellte, die er dann als Prüfer selbst überprüfte. Anfangs erhielt er nur einen Spesenersatz für diese Beratung. (Landesrat Peltzmann: „Das war ein fleißiger Mann!“) Ja, sehr fleißig war er für seine Tasche! Später erhielt er aber monatliche Zahlungen. Sogar eine Wohnung bekommt dieser Prüfer kostenlos beigegeben. Und was wesentlich ist, und mir sonderbar erscheint, der Prüfungsverband bemerkt dies gar nicht, sondern stellt trotz einwandfrei nachgewiesener Doppelfunktion fest, daß keine Befangenheit des Prüfers gegeben sei. Eine Feststellung, meine Damen und Herren, die, wie ich glaube, der Glaubwürdigkeit des Prüfungsverbandes nicht sehr zuträglich ist.

Es gibt sogar Feiern in- und außerhalb der Dienstzeit, für die wahrscheinlich sogar Überstunden bezahlt worden sind. Die Kontrolle stellt fest, daß das gesamte Rechnungswesen mangelhaft ist, daß Belege gezielt aussortiert werden, daß Konten nicht auffindbar sind, daß Bankauszüge fehlen (Abg. Gerhard Heidinger: „Woher weiß er das alles?“), daß Pro-forma-Rechnungen über nicht erbrachte Leistungen zur Abdeckung von Spenden verwendet werden, deren Empfänger ohnehin schon bei dieser erwähnten Sitzung in der dringlichen Anfrage genannt worden sind. (Abg. Prensberger: „Eine kurze Zwischenbemerkung: Sie bringen dann auch von der anderen Genossenschaft einen genauen Bericht?“). Bitte, nur ein kleines bißchen Geduld, Herr Kollege Prensberger, die zweite Genossenschaft kommt rechtzeitig dran. (Allgemeine Heiterkeit.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn es sich auch nicht gerade um Bagatellbeträge handelt, so scheint mir die Höhe zwar nicht so von Bedeutung zu sein, wenn man bedenkt, daß es sich um Steuergelder und Ersparnisse der Wohnungswerber und der Mieter handelt. Wenn auch die Staatsanwaltschaft und die Steuerfahndung die Kontrollberichte angefordert haben, so scheinen trotzdem Überlegungen angebracht zu sein, für derartige Verstöße gegen die Gemeinnützigkeit strenge Strafen im Strafrecht vorzusehen, wie es das gesunde Volksempfinden, glaube ich, erwartet (Abg. Brandl: „Das Volksempfinden haben wir schon miterlebt!“)

Nicht viel anders, Herr Kollege Prensberger, sieht es bei der Neuen Heimat aus. Auch hier leichtfertiger Umgang mit öffentlichen Mitteln und Ersparnissen der Wohnungswerber, Bezahlung von nicht erbrachten Leistungen, aber trotzdem Bestätigung, sachlich und rechnerisch richtig! Gravierende Mängel im Rechnungswesen, in der Abwicklung der Bauvorhaben, mangelnde Sorgfalt bei den Finanzierungsplänen zum Schaden der Mieter und der öffentlichen Hand, zweifelhafte Rechnungen, unkorrekte Vergabe von Aufträgen usw. Der tüchtige Verbandsprüfer — bei der anderen nämlich der gleiche — läßt sich sogar ein Rechtsanwalts-honorar für ein privates Verkehrsdelikt bezahlen, nicht ganz gering! (Abg. Gerhard Heidinger: „Herr Kollege Wimpler, mißbrauchen Sie jetzt nicht Ihre Obmannstelle im Kontrollausschuß?“) Ich glaube, Herr Kollege, im Kontrollausschuß wurde darüber deswegen noch nicht berichtet, weil der zuständige Referent nicht anwesend war. (Abg. Gerhard Heidinger: „Das erste Anrecht, zu wissen, haben die Abgeordneten!“) Jawohl! Die Abgeordneten sitzen hier. Ich glaube, Herr Kollege Heidinger, das erste Anrecht, zu wissen, was mit seinen Geldern geschieht, hat der Steuerzahler, der diese Gelder hier zur Verfügung stellt. Das weitere Anrecht hat der Wohnungswerber, der allenfalls dadurch zu Schaden kommt.

Und ein zweites, Herr Kollege: Es geht nicht darum, hier irgend jemanden hinabzuziehen, sondern es geht darum, eine Schockwirkung zu erzeugen, damit solche Dinge nicht wieder vorkommen. Ich glaube, daß der Steuerzahler dazu ein Anrecht hat. Und mehr, als in der dringlichen Anfrage Kol-

lege Loidl erklärt hat, habe ich hier auch nicht preisgegeben. Ich glaube jedenfalls, daß es notwendig ist, daß festgestellt wird, daß Prüfungen aller dieser Wohnbaugesellschaften, so wie es Kollege Loidl vorhin erklärt hat, unbedingt notwendig sind. (Abg. Brandl: „Das ist richtig!“) Ich meine nur, daß sein Vorschlag nicht ausgeführt werden kann, weil bei der Vielzahl der Gesellschaften dies in kurzer Zeit nicht möglich ist. Ich könnte mir aber vorstellen, daß die laufende Überwachung dieser Gesellschaften und Genossenschaften durch die Rechtsabteilung 14, zumindest durch die Kontrolle jährlich einer Wohnbaugesellschaft, eine sinnvolle Wirkung erzielen würde, die in Zukunft solche negativen Entwicklungen verhindern könnte. Ein solcher Schock, glaube ich, wäre richtig und am Platze. Ich würde daher vorschlagen, etwas abweichend vom Vorschlag des Kollegen Loidl, nicht ein neues Team aufzustellen, sondern dafür zu sorgen, daß die Kontrollabteilung den Auftrag erhält, wenigstens eine gemeinnützige Wohnbauvereinigung im Jahr einer genauen Kontrolle zu unterziehen. Die Steuerzahler und die Wohnungswerber werden es danken. (Landesrat Bammer: „40-Jahres-Programm!“)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller.

Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Schaller: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es hätte mich gewundert, wenn das Thema GWS und Ennstaler nicht gekommen wäre. Aber es macht nichts. Ich habe auch durchaus Verständnis, daß die kleinste Fraktion im Landtag hier sich natürlich ganz gern in die Rolle des Schiedsrichters, des Saubermanns, begibt. Das ist ganz gut und richtig, weil ich glaube, daß immer dort, wo es Mißstände gibt — und solche hat es ohne Zweifel gegeben —, Ordnung gemacht werden muß. Dazu bekennen wir uns selbstverständlich.

Ich sage ein zweites dazu: Es ist auch ein Problem angeschnitten worden, das mir ebenfalls sehr bedenklich erscheint, nämlich die Tatsache, daß der Prüfungsverband eine nicht erlaubte Doppelfunktion ausübt, daß er sozusagen sich selbst prüft und damit in zwei Funktionen aufscheint. Hier ist eine ganz klare Unvereinbarkeit gegeben. Ich möchte aber auch eines feststellen: Ich glaube, auch der Herr Kollege Wimpler hat es gesagt, daß gerade der Landeshauptmann Dr. Niederl selbst es war, der vorher schon, bevor die Dinge an die Öffentlichkeit gekommen sind, Auftrag gegeben hat, Ordnung zu schaffen und er selbst hat die Kontrollabteilung eingeschaltet. (Abg. Brandl: „Spät!“) Meine Damen und Herren, natürlich werden wir uns in diesem Haus auch noch auseinanderzusetzen haben mit dem sogenannten „Riebenbauer-Bericht“, das ist der Bericht jener Kommission, die auch vom Herrn Landeshauptmann eingesetzt worden ist und wo zahlreiche Leute, alle Parteien, aber auch wirklich Betroffene aus dem Wohnungsbereich versucht haben, Vorschläge auszuarbeiten, wie so etwas nicht mehr passieren kann. Dieser Bericht ist ohnedies dem Landtag bereits zugegangen und er wird sicherlich in einer der nächsten Ausschußsit-

zungen behandelt werden, so daß das Haus selbst auch zu diesen Fragen noch Stellung wird nehmen können. Im übrigen, meine Damen und Herren, möchte ich doch auch glauben, daß man der Debatte im Kontrollausschuß nicht vorgreifen sollte, denn diese Berichte liegen ja ohnedies im Kontrollausschuß und sind, soweit ich informiert bin, das nächstmal auf der Tagesordnung.

Aber ich sage noch einmal, es hat zweifellos Mißstände auf diesem Sektor gegeben, und es muß unser aller Interesse sein, ich sage das mit vollem Verantwortungsbewußtsein, dort, wo es solche Mißstände gibt, Ordnung zu schaffen; denn eines ist auch sicher — und der Kollege Loidl hat das heute auch gesagt —, der ganze Bereich des sozialen Wohnbaues ist ohnedies in einer so weitgehenden Weise belastet, und es besteht ein ganz tief liegendes Mißtrauen, daß wir eigentlich alle miteinander interessiert sein sollten, hier für klare und saubere Verhältnisse zu sorgen.

Nun, ich möchte doch ganz kurz zu zwei Punkten Stellung nehmen, die Kollege Loidl angeschnitten hat, wir sind uns in wesentlichen Fragen durchaus einig, und er hat es ja auch gesagt. Wir haben auch immer wieder ähnliche Vorschläge zur Diskussion gestellt, und ich möchte ihm auch gerne sein Eintreten etwa für die Subjektförderung konzidieren. Ich glaube, daß das deshalb der richtige Weg ist, weil wir dann dort ansetzen können, wo die Leistungsfähigkeit des Menschen und der Familie im Mittelpunkt steht. Ich muß ihn nur insoweit ein wenig korrigieren, als — ich weiß nicht, wie er zu dem Viertel gekommen ist —, da hast du offensichtlich auch den Annuitätenzuschuß mitgezählt (Abg. Loidl: „Alles Zusagen — Eigenmittlersatzdarlehen und Mietenbeihilfe!“) — Eigenmittlersatzdarlehen und Wohnbauhilfen, da kommst du auf eine Summe, Dir stimmen die Ziffern insoweit nicht ganz von etwa 200 Millionen Schilling. (Abg. Loidl: „450 Millionen Schilling!“) Das ist also nicht ein Viertel, sondern etwa ein Sechstel. Aber sei es, wie es sei, die Frage Subjektförderung wird sich für den Landtag, für den Wohnbauförderungsbeirat und für die Regierung dann sehr massiv stellen, wenn die Novelle zum Wohnbauförderungsgesetz 1968 Wirklichkeit wird, wenn das Land die Möglichkeit hat, den an sich sehr teuren Annuitätenzuschuß abzuschaffen. Ich möchte immerhin auf eines hinweisen, die Belastungen aus dem Annuitätenzuschuß nehmen an sich wirklich in einem beängstigenden Ausmaß zu. Wir rechnen heuer mit einer Summe von 180 Millionen Schilling, die dann etwa bis 1985 auf etwa 350 Millionen ansteigen wird. Das ist dann eine Belastung, die das Bauvolumen in einem enormen Maße einschränkt.

Nun, ich möchte auf die zweite Frage eingehen, die Ohnmacht: Die vielzitierte Ohnmacht, die ist ja tatsächlich ein Faktum. Ich glaube, daß der soziale Wohnbau unter anderem in eine Krise hineingeraten ist, weil sich der Wohnungswerber selbst — ich möchte fast sagen — in einer Bittstellung befindet. Er ist der, der eine Wohnung sucht, der zur großen Genossenschaft hingehen muß und sich dann irgendwo natürlich in der Rolle des Bittstellers befindet und leider Gottes, da und dort —

ich möchte nicht sagen, daß das der Normalfall ist — auch als solcher behandelt wird. Nun, wenn es uns wirklich ernst ist — und daran zweifle ich nicht —, die Situation zu verändern, dann werden wir uns durchaus Gedanken machen müssen, in welche Richtung hin wir verändern. Ich glaube, daß die allerbeste Form, diese Vertrauensbasis wieder herzustellen, einfach die Kontrolle ist. Ich halte mich in diesem Fall — aber nur in diesem — an Lenin, der gesagt hat: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!“ Sehen Sie, wir haben in der Steiermark (Abg. Brandl: „Sehr verdächtig!“) . . . Bitte! (Abg. Dr. Schilcher: „Gilt nur unter Lenin!“) Ich bin kein Leninist, ich glaube, da bin ich wirklich unverdächtig! (Abg. Dr. Schilcher: „Und der Brandl hat gesagt, ich bin ein Maoist!“) Wir haben in der Steiermark immerhin einige Änderungen in der Wohnbaupolitik. Wir haben einige doch sehr interessante Formen des Wohnbaues, sie sind heute schon genannt worden, in Form des verdichteten Flachbaus eingeführt. Ich weiß, daß dieser sicher nicht der Normalfall sein kann, aber es ist eine hervorragende Möglichkeit, nicht zuletzt deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil hier das Moment der Überschaubarkeit, der Mitgestaltungsmöglichkeit, der Mitbestimmung und auch damit der Kontrolle in optimaler Form verwirklicht worden ist. Und ich habe viele solcher Gemeinschaften miterlebt. Das ist ein sehr langer, aber ein sehr fruchtbarer Lernprozeß, weil sich die Menschen hier von der ersten Stunde an, von der Grundsuche bis hin zur Planung, Finanzierung und Fertigstellung in einer Form beteiligen, die sonst etwa im sozialen Wohnbau bisher überhaupt nicht auch nur in annähernden Formen erreicht worden ist. Und ich glaube, daß daher die Beteiligung selbst die beste Form der Kontrolle ist. Wir könnten aus diesem Beispiel lernen. Lernen in der Form, daß wir versuchen müßten, die positiven Erfahrungen dieses Modells „Verdichteter Flachbau“ auch auf den sozialen Wohnbau zu übertragen. Ich weiß, daß ich jetzt sofort in Widerspruch mit allen leitenden und wichtigen Genossenschaftsmanagern komme, die mit dieser Form des Wohnbaus keine ganz besondere Freude haben, weil er für sie aufwendig, mühsam ist, sehr viel Gespräche, viel Planung erfordert, viel Ärger bringt. Aber trotzdem, meine Damen und Herren, vielleicht müßte man die Frage umgekehrt stellen. Wie müßte der soziale Wohnbau sein, damit er diese Qualität etwa des verdichteten Flachbaues von der Beteiligung her ermöglicht? Und hier möchte ich ganz klar eine Forderung aufstellen. Wir müssen weg von den Großsiedlungen. Beteiligung wird es immer nur geben, wenn ich überschaubare Gemeinschaften habe. Das heißt, 10, 20, vielleicht noch 50 Wohneinheiten, aber dort wird wahrscheinlich schon irgendwo die Obergrenze zu suchen sein.

Und ein zweites: Ich glaube, die beste Form der Beteiligungskontrolle wird darin zu suchen sein, daß wir möglichst früh den zukünftigen Bewohner in die Verantwortung miteinbauen. Ich bin da immer wieder bei den Genossenschaften auf sehr viel Widerstand gestoßen, weil sie immer wieder behaupten, dies sei nicht durchführbar. Meine Damen und Herren, wenn es uns gelingt — ich habe

einmal einen Vorschlag gemacht, und der hat auch im Modell Steiermark seinen Niederschlag gefunden —, etwa von der Phase an, wo die Förderungszusage in Aussicht gestellt ist, mindestens 50 Prozent der Wohnungswerber schon als echte Interessenten zu haben und sie dann mit einer Beteiligungsgemeinschaft mit herein zu binden etwa bis hin zur Vergabe der Aufträge, bis hin zur Abrechnung der Kosten, dann ist ein solcher Prozeß auch für den Wohnungswerber durchschaubar. Ich glaube, daß wir in diese Richtung hin doch einiges in Zukunft werden machen müssen.

Nun, ich glaube aber, noch eine Kontrolle müßte es auch geben, und das sage ich ganz offen, eine Verwendungskontrolle. Wir alle wissen es, es wird aber so selten ausgesprochen, daß es nicht wenige Menschen in dem Land gibt, die nicht nur eine geförderte Wohnung, sondern zwei, drei oder auch mehr geförderte Wohnungen besitzen. Meine verehrten Damen und Herren, dafür habe ich wirklich kein Verständnis. Ich sage es ganz offen, weil es oftmals so ist, daß eine solche Wohnung nicht selbst genutzt wird, auch nicht für die eigene Familie genutzt wird, sondern zu sehr teuren Preisen an ausländische Studenten oder andere weitervermietet wird. Hier sollte einmal der Finger in die Wunde gelegt werden, und man sollte einmal nachprüfen, wenigstens stichprobenartig, wo solche Fälle bestehen und, ohne mit der Wimper zu zucken, solche Förderungen aufkündigen.

Nun, noch einen letzten Gesichtspunkt, den ich doch auch gerne nennen möchte, weil ihn auch Präsident Feldgrill angeschnitten hat. Wohnbaupolitik hat eine sehr stark städtebauliche Komponente, eine raumordnungspolitische Komponente. Lassen Sie mich das an einem Beispiel erläutern:

Wir stehen jetzt in der Regionalplanung kurz vor der Verabschiedung des regionalen Entwicklungsprogramms für Graz und Graz-Umgebung. Und da zeigt sich etwa folgende Tendenz: Wir haben in diesem Raum Graz und Graz-Umgebung etwa 350.000 Einwohner, 250.000 davon in der Landeshauptstadt. Die Landeshauptstadt selbst hat eine negative Geburtenbilanz von rund 1000 pro Jahr. Es müßten also 1000 zuwandern, um hier die Einwohnerzahl gleichzuhalten. Wenn man nun — und hier greife ich zurück auf das Stadtentwicklungskonzept Graz — die Entwicklung innerhalb der Landeshauptstadt anschaut und die Wanderungsbewegungen zwischen 1960 und 1975 geradlinig verlängert bis 1990, heißt das, daß etwa 50.000 Menschen aus den Bezirken 1 bis 6, also aus der Altstadt, auswandern und in die Stadtrandbezirke oder in den Umraum von Graz wandern.

Jetzt begegnen wir einem zweiten Phänomen. Wir haben im Bezirk Graz-Umgebung einen Widmungsüberschuß von rund 250 ha, das heißt mit anderen Worten, wenn die jetzt schon ausgesprochenen Widmungen im Umraum von Graz konsumiert werden, können wir dort eine Bevölkerungszunahme von 50.000 Einwohnern feststellen. Wir haben da eine sehr starke Zentrifugalentwicklung mit allen negativen Folgen. Die negativen Folgen sind, daß wir die ganze Infrastruktur mit ungeheurem Aufwand erst schaffen müssen, das

ganze Problem des Nahverkehrs fast überhaupt nicht lösen können, eine Entflechtung etwa im Grazer Stadtbereich haben, und der Stadtkern zunehmend die Wohnfunktion verliert. Lauter Tendenzen, die wir irgendwo von der Wohnbauförderungspolitik mitsteuern müssen. Mitsteuern etwa in der Form, daß wir uns sehr wohl überlegen, wie wir die Wohnbauförderungsmittel in Zukunft dann in diesem Großraum besser, gezielter einsetzen können. Hier glaube ich, daß wir uns sehr ernst mit der Frage Sanierung beschäftigen müssen. Nicht, daß der Wille nicht bestünde. Der Herr Landeshauptmann hat vor drei oder vier Jahren 50 Millionen Schilling für die Altstadtwohnungen bereitgestellt. Diese sind nicht verbraucht, nicht in Anspruch genommen worden. Das heißt, wir haben hier einen Bewußtseinsprozeß erst in Gang zu setzen, der lange dauert. Aber was sind die Vorteile, wenn wir nicht am Stadtrand, nicht auf der grünen Wiese bauen. Wir haben im Kernbereich bereits jetzt eine hervorragende Infrastruktur, die wir ausnützen können. Wir haben auch die Versorgungsnetze, die heute noch da sind, die aber ohnedies vom Absterben bedroht sind, weil kleine Geschäfte nicht mehr überleben können.

Ich bin eigentlich schon am Ende. Ich wollte damit nur eines sagen: Wir werden in Zukunft diese doch starke Verbindung von Raumordnungspolitik und Wohnbauförderungspolitik ausnützen müssen. Ich bin sehr froh, daß wir etwa von der Raumordnung her, von der Fachabteilung I b für den Grazer Raum, aber auch für einzelne Bezirke in der Steiermark bereits die sogenannten Vorzugsstandorte oder Wohnschutzzonen ausgearbeitet zur Verfügung haben. Diese Wohnschutzzonen werden dann jene Bereiche sein, wo der soziale Wohnbau beheimatet sein wird, den wir auch in Zukunft selbstverständlich brauchen. Und dann können wir mit all diesen Instrumenten, die heute genannt worden sind, sicherlich die höchst notwendigen Bemühungen auf dem Gebiete der Raumordnungspolitik und der Flächenwidmungspläne besser in den Griff bekommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, daß wir heute schon beim Wohnbau, der sehr konfliktreich ist — und wir alle, die im Beirat sind, wissen, wie hart es manchmal zugeht, und da wir heute, Loidl, du weißt es auch, so viele Fälle auf den Tisch bekommen, die nicht mehr gefördert werden können, weil sie in keiner Weise die qualitativen Voraussetzungen mitbringen —, ich glaube, daß wir heute schon an jene zu denken haben, die morgen oder übermorgen dort wohnen müssen, die heute keinen Anwalt haben, der sie vertritt, und die sich auf uns, auf unsere Vorstellungen, auf die verantwortlichen Politiker verlassen müssen können. In diesem Sinne hoffe ich, daß wir mit dem heurigen Budget wieder einige wertvolle Impulse für die Landeswohnungspolitik in der Steiermark auslösen können. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der Herr Landeshauptmann Dr. Niederl hat das Wort.

Landeshauptmann Dr. Niederl: Lieber Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zum Abschluß dieser Diskussion über die Wohnbauförderungsmittel und Vergabe möchte ich als Wohnbaureferent doch die Gelegenheit wahrnehmen und zuerst ganz kurz darstellen, wie sich der Landeswohnbauförderungsfonds in diesen dreißig Jahren entwickelt hat. Wir haben ja heuer den dreißigjährigen Geburtstag dieses Landesgesetzes, das im Jahre 1949 hier im steirischen Landtag beschlossen worden ist. Wenn auch am Anfang die Mittel, die dem sozialen Wohnbau durch diesen Fonds zur Verfügung gestellt worden sind, gering waren, so konnte damit doch schon von Anfang an ein ganz beachtlicher Akzent gesetzt werden. Man darf nicht vergessen, daß damals von einem bundeseinheitlichen Wohnbauförderungsgesetz überhaupt noch keine Rede gewesen ist. Sie wissen, daß das Wohnbauförderungsgesetz des Bundes erstmalig im Jahre 1954 vom Nationalrat beschlossen wurde, abgesehen vom Wohnhauswiederaufbau, der damals schon gegolten hat. Dieser Landesfonds war damals gedacht, und ist es auch heute noch, daß er vor allem den Eigenheimbau forciert. Obwohl anfänglich nur geringe Förderungsdarlehen gewährt werden konnten, es waren damals 20.000 Schilling, 25.000 Schilling, die pro Eigenheim gewährt wurden, war die Nachfrage bald so groß, daß wir in den sechziger Jahren darangegangen sind, die Förderung hauptsächlich auf die Gewährung von Zinszuschüssen umzustellen.

Wenn ich nun das Wort Zinszuschüsse sage, so möchte ich gleich als erstes feststellen, daß hier die Frage des Überdenkens notwendig sein wird. Ich kann mich genau erinnern — Herr Kollege Bammer, wir sind damals zusammengesessen —, daß man gemeint hat, man soll die Zinszuschüsse einmal für ein, zwei oder drei Jahre gewähren, um die Überschüsse an Anträgen, die da sind, abzubauen. In der Zwischenzeit ist er zu Selbstverständlichkeit geworden, und wir werden sicher eine neue Form finden müssen, um hier einen Übergang festzustellen. Hier gebe ich Ihnen vollkommen recht, sei es beim Stockwerksbau, genauso wie beim Eigenheimbau. Es wird immer wieder — wir haben gerade gestern darüber in einem engeren Kreis mit den zuständigen Beamten der Rechtsabteilung 14 gesprochen — davon geredet, daß man mehr auf die Form des Direktdarlehens übergehen soll, auch beim Eigenheimbau. Das ist sicher sehr gut, aber ich möchte Ihnen gleich sagen, das geht natürlich auf Kosten der Zahl, das ist ganz selbstverständlich. Wenn man bedenkt, daß derzeit über 5000 Anträge in der zuständigen Rechtsabteilung 14 liegen, die erledigt werden sollen, und wir etwa mit den Zinszuschüssen und Direktdarlehen zusammen nur 2000 bis 2500 erledigen können, da erkennen wir schon daraus, daß das nicht einfach ist. Ich bin schon der Meinung, daß man diese Sache sicher genau überdenken soll. Aber das Finanzierungssystem, nicht nur beim Eigenheimbau, ich bin auch Ihrer Meinung, Herr Abgeordneter Loidl, natürlich auch beim Stockwerksbau, denn die Wohnbauförderungsmittel, das sei eindeutig festgestellt, sind vorhanden. Man braucht nur das

Budget aufzuschlagen und weiß, das es weit über zwei Milliarden Schilling sind, die auch im Jahre 1980 zur Verfügung stehen und auch verbaut werden. Vielleicht sind sie schon vorweg verbaut.

Hier auch ein Wort dazu: Wir haben gerade in den letzten Jahren hohe Vorgriffe gehabt auf mehrere Jahre hinaus, und wir können heute doch eines feststellen, daß wir diese Vorgriffe abgebaut haben durch eine sparsame Politik des Einschränkens, der Neubewilligung, damit jene Bauten, die bewilligt worden sind, fertiggestellt werden konnten. Ich glaube, Herr Hofrat, es ist so, daß wir ungefähr einen Jahresvorgriff haben, wenn ich genau informiert bin, es ist ein Jahresvorgriff, den man auch ohne weiteres vertreten kann. Hier kann man die notwendige Sorgfalt noch aussagen.

Ich möchte gerne eines aufgreifen, Herr Abgeordneter Loidl, was Sie gesagt haben. Das ist die Frage der Wohnbeihilfe und der Annuitätenzuschüsse. Die nehmen natürlich eine Höhe an, die nicht ganz einfach ist. Sie sind natürlich notwendig im Rahmen der Subjektförderung einerseits mit der Wohnbeihilfe im Rahmen der Verminderung der Kosten für eine Wohnung für die Annuitätenzuschüsse, aber es ist ja die soziale Wohnbauförderung, das muß man auch dazusagen. Wir sollen untersuchen, vielleicht ist es sehr gewagt, was ich hier sage, aber doch untersuchen, ob wir nicht eine Umschichtung vornehmen könnten, auch im Zusammenhang mit der Direktförderung. Der Prozentsatz — ob man den Prozentsatz erhöht, verkürzte Annuitätenzuschüsse —, aber wohl auch die Untersuchung, und ich stelle es auch in den Raum, insbesondere für den Wohnbauförderungsbeirat, ob man nicht doch durch eine Reform der Wohnbeihilfe zuungunsten der Annuitätenzuschüsse eines erreicht, daß die weniger Bemittelten dadurch leichter die Möglichkeit haben, eine Wohnung zu erwerben und auch zu betreiben und es für die anderen halt ein bißchen teurer kommt.

Es muß auch untersucht werden — und ich habe bereits gestern den Auftrag gegeben —, was uns das erspart bei der ganzen Sache. Das ist ganz klar. Es geht ja darum, daß wir die Mittel optimal einsetzen sollen. Nicht optimal dadurch, daß wir sagen, daß wir mehr Wohnungen allein bauen können, sondern daß sie auch noch erschwinglicher werden für jene Wohnungswerber, die eben eine Wohnung brauchen. Es ist eben so, und dazu möchte ich noch einmal betonen, daß auch die erhöhte Direktförderung sicher zu überlegen sein wird. Wir haben hier immer wieder beraten und haben das auch geändert. Und hier möchte ich eines noch dazu sagen, da könnte einer dann betonen, warum wird denn das alle paar Jahre einmal geändert, einmal sind wir auf 45 Prozent, dann auf 50 Prozent, dann auf 60, vielleicht auch auf 70 Prozent. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist keine ewige Sache, die wir hier haben, sondern das gehört wirklich alle paar Jahre überlegt, weil die Baukosten steigen und auch die Einkommen sich verändern, meine sehr verehrten Damen und Herren. Was früher ein hohes Einkommen war, wird auf einmal ein mittleres oder

kleineres Einkommen, und daher werden wir alle uns diese Dinge natürlich überlegen müssen. Das wollte ich nur ganz kurz auch zu dem dazusagen.

Nun, in den 30 Jahren des Bestehens dieses Fonds konnten 48.511 Wohneinheiten für natürliche Personen mit insgesamt 582 Millionen Schilling an Direktdarlehen und 3,9 Milliarden Schilling an Zinsenzuschüssen gefördert werden. Darüber hinaus waren es auch 2684 Geschoßbauwohnungen mit 175 Millionen Schilling an Direktdarlehen und 186 Millionen Schilling an Zinsenzuschüssen. Und wenn man noch dazurechnet, daß der Landtag drei Sonderprogramme beschlossen hat, die aus dem außerordentlichen Landesbudget bedeckt wurden, so sind es weiters 6536 Wohnungen, welche durch den Landesfonds gefördert wurden, also insgesamt 57.731 Wohnungen durch die Initiative des Landtages.

Nun, wie Sie wissen, besteht seit dem Inkrafttreten des Landeswohnbauförderungsgesetzes 1974 auch die Möglichkeit, unsere Jungfamilien bei der Hausstandsgründung zu fördern. Das geschieht in Form von Zinsenzuschüssen, und seit Beginn dieser Aktion waren es bereits 8900 junge steirische Familien, denen damit geholfen wurde.

Und hier ein Wort auch noch: Vielleicht ist auch die Förderung junger Familien beim Eigenheimbau zu überdenken. Es ist so, daß gerade der junge Familienerhalter oft am wenigsten verdient. Er hat nur ein kleines Einkommen — man darf da jetzt nicht die Spitzenverdiener sehen oder dorthin schauen, wo beide verdienen, sondern wenn er jung hineinkommt —, sei es, daß er ein Handwerk gelernt hat oder sei es, daß er eine Schule besucht hat, ist sein Einkommen nicht so groß, und wir fördern meistens ab dem dritten Kind. Das ist recht und billig, aber vielleicht sollten wir nicht vergessen, bei einer allfälligen Änderung dieser Richtlinien daran zu denken, daß die Jungfamilien auch eine besondere Form der Förderung finden sollen, weil sonst baut sich ein jeder erst ein Haus, wenn er einmal 40 oder 50 Jahre ist, und er dann besser verdient. Ich stelle es auch nur in den Raum und habe ja bereits Auftrag gegeben, daß das überprüft wird, ob hier eine qualitativ bessere Förderung durchgeführt werden kann.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch auf andere Aktivitäten hinweisen. Wir haben seit 1977 den Förderungsstopp der Wohnhochhäuser. Das ist sicher günstig für die gesamte Situation. Allerdings, was hier bereits angeklungen ist, geht es auch auf Kosten der Förderung, das ist ganz selbstverständlich, weil natürlich ein Hochhaus, wenn es zwölf Stockwerke hätte, im Verhältnis billiger kommt. Seit dieser Zeit wird überhaupt der Standortfrage ein besonderer Wert beigemessen. Und hier auch mit allen Problemen ausgesaugt. Wir haben vielfach Förderungen ausgesprochen, wo wir nicht gewußt haben, sollen wir es tun oder sollen wir es nicht tun. Es ist eine ungeheure Geruchs- und Lärmbelästigung gewesen, wenn man sich das angesehen hat. Die Gemeinde hat die Baubewilligung gegeben. Ich habe einen konkreten Fall in der Steiermark im Auge, der vor vielen Jahren durchgeführt wurde.

Ich war selbst als Wohnbaureferent dort. Der Bürgermeister dort hat gemeint, die Leute sind das sowieso schon gewohnt, den Lärm sind sie gewohnt, und auch den Gestank sind sie gewohnt, also fördern wir es, daß dort gebaut werden kann. Ich darf Ihnen sagen, heute kommen dort Bürgerinitiativen und sagen „Um Gottes willen, warum hat man so sein können, dort ein Wohnhaus zu fördern!“. Wir haben nun auch den Wohnbauförderungsbeirat eingeladen, hier der Landesregierung einmal Grundlagen zu liefern, wenn die Lärmelästigung oder auch die Geruchsbelästigung ein gewisses Maß überschreiten. Das ist sicher nicht einfach, und ich kenne den Druck — ich bin ja selbst am meisten unter Druck —, aber ich möchte doch bitten und daran appellieren, daß wir diese Fragen nicht übersehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, denn nach einigen Jahren ist man da und sagt, jetzt kann man das Fenster nicht mehr öffnen oder jetzt ist es dort schwierig, zu leben. Diese Umweltschutzfragen müssen sicher ihre Beachtung finden. Wenn eine Gemeinde die Möglichkeit hat, daß sie ausweichen kann, damit andere Grundstücke, die besser geeignet sind, vorhanden sind, so sollen wir gemeinsam zusammenhalten und trachten, daß das noch geändert wird, denn einmal kommt es und ja letzten Endes auf den Tisch. Die Richtlinien, die wir haben, verlangen ja schon vor der Förderungsbewilligung die Vorlage eines positiven ortsplanerischen Gutachtens, welches von der Landesbaudirektion im Einvernehmen mit der örtlichen Raumplanung erstellt ist. Es ist in vielen Fällen trotzdem schon gelungen, daß ungünstige Standorte dadurch vermieden werden können.

Nun, seit dem Jahre 1978 sind die Wohnbauförderungsrichtlinien der Steiermark auch so ausgestattet, daß die Wärmeschutzgruppe 3 da ist. Damit stehen wir derzeit an der Spitze aller österreichischen Bundesländer. Darüber hinaus gibt es durch die vor kurzem von der Landesregierung beschlossene Gesamtkostenverordnung einen Zuschlag für Wärmedämmungsmaßnahmen, die über die Wärmeschutzgruppe 3 hinausgehen. Außerdem müssen in Zukunft sämtliche erforderlichen bauphysikalischen Nachweise aller Bauteile bereits bei der Einreichung des Förderungsantrages erbracht werden. Das geschieht vor allem deshalb, damit insbesondere wärme- und schallschutztechnische Mängel nicht erst im Baustadium erkannt werden, wenn eine Sanierung fast nicht mehr möglich ist. Die vorhin erwähnte Gesamtkostenverordnung ermöglicht erstmals einen Zuschlag zu den Gesamtbaukosten bei Verwendung von Alternativenergien. Eine analoge Form der Förderung für Alternativenergien wird demnächst auch im Bereiche des Eigenheimbaues und der Althausinstandsetzung möglich sein. Ein entsprechender Gesetzesantrag wird demnächst dem Landtag vorgelegt werden.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, das neue Gemeinnützigkeitsgesetz sieht nun auch eine vermehrte Einflußnahme bei den gemeinnützigen Bauträgern durch das Land als Aufsichtsbehörde vor. Wir alle können das begrüßen, insbesondere im Hinblick auf die Diskussion, die gerade hier stattgefunden hat. Ich möchte bei dieser Ge-

legenheit daher ankündigen, daß ich bereits veranlaßt habe, daß die Rechtsabteilung 14 — das ist die Abteilung für Wohnbauförderung — ab 1. Jänner 1980 ein eigenes Prüfungsteam dafür einsetzen wird. Dieses Prüfungsteam wird hauptsächlich als Beschwerdestelle eingerichtet werden, wo man versuchen wird, zwischen Wohnungswerbern und Bauträgern zu vermitteln. Für große Überprüfungen werden aber nach wie vor die Prüfungsstelle des Genossenschaftsverbandes oder auch die Kontrollabteilung heranzuziehen sein. Außerdem sieht das neue Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz die Anrufung des Außerstreitrichters vor.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Abgeordnete Wimmler hat als Vorsitzender des Kontrollausschusses — obwohl es noch nicht dort war — aber es ist sein Recht als Abgeordneter, das möchte ich sagen, er ist ja Landtagsabgeordneter — die Überprüfung der beiden Wohnbauvereinigungen GWS und Neue Heimat durch die Kontrollabteilung angeführt. Die Konsequenzen wurden gezogen, und ich würde nur jedem Abgeordneten empfehlen, daß er den Kontrollbericht genau durchliest, denn damit soll jede Verdächtigung wegkommen. Ich möchte das ausdrücklich feststellen. Es ist so, daß wir natürlich überwachend werden, daß Mängel abgestellt werden, wie überall. Denn wenn heute ein Kontrollbericht im Kontrollausschuß liegt, so freuen wir uns immer dann, wenn es einer der seltenen Kontrollberichte ist, in denen kein Mangel ist. Aber in vielen Kontrollberichten gibt es eben einen Mangel. Und auch hier wurden Mängel festgestellt nach Schlampereien, allerdings, und ich möchte es hier auch einmal sagen, ist das kein strafbarer Tatbestand. Das sollen wir auch feststellen. Schlampereien sind da, und wir sollen eines nicht vergessen, daß wir diese Schlampereien abstellen werden. Ich möchte noch einmal sagen, wie diese Unzulänglichkeiten der Kontrollorgane aus dem Genossenschaftsverband aufgezeigt wurden, nehme ich nicht zur Kenntnis. Ich habe auch diesen Kontrollbericht für beide Genossenschaften dem Genossenschaftsverband zurückgeschickt, weil ich das nicht zur Kenntnis nehme. Ich bin ein Verwaltungsjurist und habe gelernt, daß es da die Befangenheit gibt. Wenn ein Kontrollorgan nicht nur kontrolliert, sondern auch dort tätig ist, dann ist er befangen, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.) Daher gilt ein solcher Bericht überhaupt nicht für mich. Das möchte ich ausdrücklich feststellen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein solches Organ wirklich objektiv sein kann; für mich ist maßgebend, das möchte ich sagen, der Kontrollbericht der Kontrollabteilung und darüber hinaus, Gott sei Dank, durch die Novelle des Gemeinnützigkeitsgesetzes die Möglichkeit, daß wir auch hier durch ein Prüfungsteam selbst nicht nur fördern, sondern auch prüfen können.

Meine sehr Verehrten, aber auch eines sei gesagt oder mehreres: Bitte schön, mit dem gesunden Volksempfinden bin ich ein bißchen vorsichtig, das sage ich dir auch gleich, weil, wenn es wirklich das gesunde Volksempfinden ist, bin ich voll einverstanden, aber wenn es mißbraucht wird, kann man auch Menschen damit vernichten, meine sehr ver-

ehrten Damen und Herren. Und das wollen wir nicht machen! (Allgemeiner Beifall.)

Eines am Schluß zu diesem Thema: Zum großen Teil sind die gemeinnützigen Bauvereinigungen in ihren Aufgaben als Dienstleistungsbetrieb und als Serviceleistung ausgezeichnet tätig in unserem Lande. Wir könnten uns sicher nicht vorstellen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß diese Leistungen erbracht worden wären, wenn nicht viele Amtsträger, ehrenamtliche Funktionäre und hauptamtliche Bedienstete dieser gemeinnützigen Bauvereinigungen da wären, die ihre Aufgaben bestens erfüllen. Wenn einer übersieht, daß er Serviceleistungen zu machen hat und nichts anderes, haben wir die Konsequenzen zu ziehen. Ich möchte Ihnen eines als Wohnbaureferent versichern: Wo solche Unzulänglichkeiten auftreten, wo eine Wohnbauvereinigung nicht weiß, daß sie praktisch nichts anderes ist als Beauftragter des Erbauers oder des Wohnungseigentümers, wenn wir das sehen, so werden wir keine Förderung mehr aussprechen. Wir werden dieser Bauvereinigung einfach keine Förderungsmittel mehr zur Verfügung stellen, denn dann ist sie nicht geeignet, das ist meine Meinung, daß sie im Interesse der Wohnungswerber tätig ist. Hier muß die Sorgfalt vorhanden sein. Noch einmal sei betont: Gott sei Dank, zum größten Teil wird wirklich gute Arbeit geleistet, das sollen wir hier ausdrücklich feststellen. Wo die nicht vorhanden ist, und das erkennen wir da und dort, oder wo man glaubt, die Wohnungseigentümer, das sind Menschen, die dorthin bitten kommen müssen, dann haben sie ihr Ziel verfehlt, dann sollen sie auch die Wohnbauförderung unterlassen, dann sollen sie ihr Unternehmen liquidieren und sollen sich einen anderen Beruf suchen.

Eine wichtige Aufgabe dieses Prüfungsteams wird auch die Kontrolle der rechtmäßigen Benutzung geförderter Wohnungen sein. Ich möchte das auch ausdrücklich feststellen. Ich glaube, es ist im Sinne von uns allen, all jene Fälle aufzugreifen und die Förderung dort aufzukündigen, wo die Wohnung nicht vom Förderungswerber oder seinen nächsten Angehörigen bewohnt wird. Hier werden wir Schritt für Schritt jedes Haus überprüfen. Auch wenn das längere Zeit in Anspruch nehmen wird, da wir unserer steuerzahlenden Bevölkerung schuldig sind, dafür Sorge zu tragen, daß zweckgebundene Steuermittel nur gesetzeskonform verwendet werden.

Nicht unerwähnt möchte ich auch lassen, daß durch Änderung der Richtlinien nunmehr auch ein jahrelanger Streitpunkt, nämlich der der Kosten für Planung, Statik, Bauleitung und Betreuung, aus der Welt geschafft worden ist. Für die Baubetreuung tritt nunmehr anstelle der bisher pauschalierten Regelung ein Fixsatz von 4 Prozent der reinen Nettobaukosten und für die Planung, Statik und Bauleitung erfolgt die Honorierung nunmehr aufgrund der Vorlage von Honorarnoten von Ziviltechnikern oder sonstigen befugten Personen, beziehungsweise durch Vorlage detaillierter Leistungsausweise gemeinnütziger Bauvereinigungen. Diese Änderung soll eine erhöhte Transparenz vor allem für die Wohnungswerber bringen. Sie gibt uns aber auch

die Hoffnung, daß sich in Zukunft auch ein vermehrtes Engagement der Architekten im sozialen Wohnungsbau erkennen läßt.

Ich möchte am Schluß eigentlich nur eines wünschen, daß gerade diese Neuerungen mithelfen, die Qualität zu verbessern und darüber hinaus auch wieder eine bessere Betreuung der Wohnungswerber zu erreichen, vor allem aber, daß im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues dem Sozialen noch mehr zum Durchbruch verholfen wird. Wenn es nicht ein sozialer Wohnungsbau wäre, wobei ich das Wort sozial hervorstreiche, dann wären wir in diesem Haus wahrscheinlich gar nicht damit befaßt, denn dann wäre es eine reine private Sache. In diesem Sinne darf ich Ihnen eines versichern, daß ich als Wohnbaureferent dieses Landes nach bestem Wissen und Gewissen bemüht sein werde, dieses Referat im Interesse derjenigen, die Wohnungen brauchen, auch weiterzuführen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung vor.

Ich frage die Frau Abgeordnete Bischof als Berichterstatterin, ob sie das Schlußwort wünscht.

Abg. Bischof: Ich verzichte auf das Schlußwort, wiederhole meinen Antrag und bitte die Abgeordneten, daß sie den Ansätzen der Gruppe 4 die Zustimmung geben.

Präsident: Die Damen und Herren, die mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 4 einverstanden sind, mögen zum Zeichen der Annahme die Hand erheben.

Die Gruppe 4 ist angenommen.

Gruppe 5, Gesundheit. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Harald Laurich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Laurich: Herr Präsident, Hohes Haus!

Die Gruppe umfaßt in den Abschnitten 51 bis 58 mit den dazugehörigen Unterabschnitten Ansätze für den Gesundheitsdienst, die medizinische Bereichsversorgung, die Familienberatung, den Röntgenzug, den Umweltschutz, die Müllbeseitigung, die Ausbildung im Gesundheitsdienst, die medizinisch-technischen Dienste, die Krankenanstalten, Pflegeanstalten und die Veterinärmedizin.

Die im Voranschlag ersichtlichen Ansätze wurden im Finanz-Ausschuß beraten und ich stelle den Antrag, die Einnahmen in der Höhe von 2.577.864.000 Schilling und die Ausgaben in der Höhe von 3.214.857.000 Schilling zu beschließen.

Zweiter Präsident Gross: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Jamnegg. Ich erteile es ihr.

Abg. Jamnegg: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

In den Budgetansätzen für unsere Spitäler sind auch jene Summen ausgewiesen, die das Land Steiermark in den Krankenanstaltenfonds einbezahlt hat beziehungsweise daraus erhält. Letzteres ist sicher weit mehr als früher. Aus den Budgetunter-

lagen ist allerdings nicht abzulesen, daß unser Bundesland Steiermark bei der Zuteilung der Mittel aus dem Fonds nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft hat. Seit Bestehen des Krankenanstaltenfonds hat das Bundesland Wien auch die Kosten der mit dem Krankenanstaltenwesen befaßten Zentraldienststellen beim Amt der Wiener Landesregierung in die Berechnung des Betriebsabganges mit einbezogen. Diesem Beispiel sind mittlerweile auch die anderen Bundesländer gefolgt. Die Steiermark ist somit das einzige Bundesland, das bisher auf diesen Kostenersatz verzichtet, wodurch dem Land Beträge in Millionenhöhe entgangen sind. Eine Vergleichsberechnung hat für den bisherigen Verlust einen Betrag von etwa 10 Millionen Schilling ergeben.

Bei der letzten Besprechung mit den Vertretern der Arge-Kostenrechnung hat ein Vertreter dieser Arge-Kostenrechnung sogar mit Verwunderung festgestellt, daß die Steiermark auf diesen finanziellen Anspruch verzichtet. Ich glaube daher, Herr Landesrat, daß sofort alles unternommen werden muß, hier mit den anderen Bundesländern gleichzuziehen und auch zu versuchen, den bisherigen Verlust für unser Bundesland aus diesem Titel wieder hereinzubringen.

Und nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu unseren Krankenanstalten selbst. In den letzten Jahren ist unter Einsatz großer finanzieller Mittel sehr viel geschehen. Es wurde ein Neubau für das Krankenhaus Leoben errichtet und es hat eine Reihe von Erweiterungsbauten gegeben, und weitere neue Projekte und zusätzliche neue Abteilungen an bestehenden Krankenhäusern sollen in den nächsten Jahren fertiggestellt beziehungsweise neu gebaut werden. Nun waren wir uns, Herr Landesrat Bammer, glaube ich, grundsätzlich darüber einig, daß durch Neu- und Erweiterungsbauten die Bettenanzahl in den steirischen Landeskrankenanstalten, insgesamt gesehen, nicht noch weiter erhöht werden soll, weil wir im Vergleich zu allen anderen Bundesländern, aber auch im internationalen Vergleich, ohnehin mit Abstand die höchste Bettenanzahl mit allen Folgekosten, die sich daraus ableiten, haben. Die Ausstattung unserer Standard-Spitäler mit zusätzlichen Fachabteilungen sollte ja — auch darüber bestand Übereinstimmung — der Zentralisierung dienen. Es war daher klar, daß eine immer weiter zunehmende Aufstockung der Gesamtbettenanzahl in unseren Landeskrankenanstalten nur durch eine gleichzeitige Umschichtung von Betten aufgefangen werden kann. Tatsächlich aber, auch das wissen wir, hat bisher jeder Neubau und die Errichtung jeder neuen Abteilung eine Vermehrung des Bettenstandes zur Folge gehabt. Und wenn nun, wie vorgesehen, das Krankenhaus in Deutschlandsberg errichtet wird — um nur ein Beispiel für die nächsten Projekte herauszugreifen — müßte wohl schon vor Baubeginn, glaube ich, feststehen, wo und in welchem Ausmaß dafür im Landeskrankenhaus Graz Betten reduziert werden. Ein vermehrter Bettenstand bedeutet zwangsläufig auch mehr Personal. Und schon heute stehen — und Hinweise darauf hat es anlässlich der letzten Budgetdebatten schon oft genug gegeben — Personalaufwand und Sachauf-

wand für die Spitäler in einer überaus ungünstigen Relation, nämlich 64,54 Prozent werden für das Personal und 35,54 Prozent für den Sachaufwand ausgegeben. Und wenn nun, meine Damen und Herren, diese Entwicklung ungebremst so weitergeht, dann geht das zwangsläufig immer stärker zu Lasten des Sachaufwandes, des Investitionsaufwandes, wie überhaupt zu Lasten notwendiger Neuanschaffungen und aller übrigen Vorhaben.

Ich glaube daher, Herr Landesrat, daß wir hier wirklich bald ein einheitliches Gesamtkonzept brauchen, das alle Einzelmaßnahmen aufeinander abstimmt, um Fehlentwicklungen für die Zukunft zu vermeiden. So ist beispielsweise bis heute noch offen die wichtige Frage der Anästhesie in den Standardkrankenhäusern und auch offen, wie dieses Problem gelöst wird. Offen ist auch, wo in der Steiermark noch Gebärabteilungen, Kinderabteilungen, Abteilungen für die Unfallchirurgie und vielleicht auch noch andere zusätzliche Abteilungen errichtet werden und wo hierfür andererseits Bettenreduzierungen erfolgen sollen. Diese Fragen, Herr Landesrat, können ja nur im Rahmen einer gesamtsteirischen Spitalsplanung gelöst werden, wobei der Detailplan, der dem Landtag als Zwischenbericht vor Jahren schon vorgelegt worden ist, schon deshalb nicht mehr ganz als Grundlage dafür herangezogen werden kann, weil dort die Planung und Bettenverteilung im wesentlichen, allein wenn ich den Bereich Süd nehme, auf das zweite Schwerpunktkrankenhaus in Graz im wesentlichen aufbaut und ich glaube, meine Damen und Herren, es wohl niemanden hier im Landtag geben wird, der glaubt, daß dieses gigantische Projekt — wenn überhaupt — in den nächsten zehn Jahren zu realisieren ist.

Man kann daher, glaube ich, bei der notwendigen Gesamtkonzeption nur von den realistischen Möglichkeiten und auch von den finanziellen Möglichkeiten des Landes ausgehen. Und daraufhin wäre auch — glaube ich — der Teilplan, der uns vorgelegt worden ist, zu überprüfen, wobei hier auch, und ich darf daran erinnern, auf die Versorgung der Langzeitkranken nicht weiter vergessen werden darf.

Und zum Schluß noch zu einem anderen Problem: Die Massenmedien und damit die Öffentlichkeit haben sich heuer ganz massiv mit den Problemen der Strahlentherapie im Landeskrankenhaus Graz beschäftigt. Nun ist in den letzten Monaten für diesen wichtigen Bereich der Strahlenbehandlung im Rahmen der derzeit gegebenen räumlichen Verhältnisse im Zentralröntgeninstitut sicher das Mögliche getan worden. Das alte, unbrauchbare Kobaltgerät wurde durch ein neues Teratrongerät ersetzt, so daß krebserkrankte Patienten jetzt auch wieder in Graz bestrahlt werden können, aber leider, meine Damen und Herren, eben nicht alle Patienten, die auf eine Strahlenbehandlung warten, weil die Kapazität dieser Einrichtung nicht ausreichend ist. 42 Patienten können derzeit dort behandelt werden, über 100, die zum Teil bis zu zwei Monaten warten müssen, bis sie einmal dran kommen können, stehen auf der Warteliste. Dringende Fälle müssen, wie mir gesagt worden ist, nach wie vor auch zur

Strahlenbehandlung nach Wien geschickt werden, und auch das wurde mir gesagt, wer es sich leisten kann, fährt in die Bundesrepublik Deutschland zur Behandlung und wer kein Geld hat, muß eben hier warten. Und das, meine Damen und Herren, deshalb, weil der Bau eines neuen Strahlentherapie-zentrums all zu lange verzögert worden ist! Die ersten Verhandlungen mit dem zuständigen Ministerium über die Beteiligung des Bundes an einem solchen Projekt haben ja schon im Jahre 1965 stattgefunden, und wenn ich mir erlauben darf daran zu erinnern, seit sieben Jahren haben wir als Abgeordnete hier im Landtag den Bau eines Strahlenbunkers urgirt. Und der Bund hat, ich glaube es war im Jahre 1973, für diesen Bau bereits 50 Millionen Schilling bereitgestellt gehabt, vor drei Jahren erst wurde dann endlich ein erstes Projekt geplant. Leider hat sich dieses Projekt dann sozusagen als Fehlplanung erwiesen. Mit drei Stockwerken war es zu groß und kostenaufwendig angelegt — mit drei Stockwerken unter der Erde, meine Damen und Herren, wobei sich ja hier allein schon die Frage stellt, ob es für alle dort Beschäftigten zumutbar ist, auf lange Jahre unterirdisch wie in einem Bergwerk arbeiten zu müssen. Dazu kommt, daß der Betrieb einer solchen unterirdischen Anlage mit erheblichem Kostenaufwand vollklimatisiert werden müßte, was nebenbei auch aus energiepolitischer Sicht höchst fragwürdig wäre. Außerdem war für dieses Projekt 1, wie es genannt wird, neben zwei modernen Linearbeschleunigern für die Strahlenbehandlung auch die Anlage einer Kobaltbombe mit eingeplant und das zu einem Zeitpunkt, also zum Zeitpunkt der Projektplanung, wo die Hauptzeugerfirma dieses Gerät gar nicht mehr hergestellt hat.

Nun, das Projekt Nr. 1 war also sicher keine Ideallösung. Und so wurde also ein Projekt Nr. 2 geplant, das jetzt in die Detailplanung gegangen ist. Leider hat sich dadurch der Baubeginn zum Nachteil der Patienten um weitere drei Jahre verzögert. Die Fachleute glauben, daß die Konzeption des Projektes Nr. 2 gut ist und daß nach seiner Fertigstellung eine ausreichende, rechtzeitige und medizinisch optimale Versorgung aller Patienten, die künftig eine Strahlenbehandlung brauchen, im eigenen Land gesichert ist.

Nachdem es sich um einen Hochbau handelt, wird auch mit einer kürzeren Bauzeit gerechnet. Dieses Projekt ist an sich schon deshalb kostengünstiger, weil hier ohne weitere zusätzliche Kosten gegenüber dem Projekt Nummer eins auch eine Diagnose vorgesehen ist und allein bei der Klimaanlage ergibt sich gegenüber dem ersten Projekt eine Reduzierung der Anschaffungs- und laufenden Kosten um 40 Prozent, meine Damen und Herren.

Herr Landesrat, was nun die Standortfrage anlangt, so ist doch anzunehmen, daß diese durch den Verkauf der Rieswerke, den man hätte vielleicht schon früher veranlassen können, ja präjudiziert ist und damit abgeklärt scheint. Im außerordentlichen Haushalt sind für das kommende Jahr für die Errichtung dieses Strahlentherapie-zentrums, und zwar bedeckt, 20 Millionen Schilling präliminiert. Und damit ist, glaube ich, wohl der Baubeginn

für das kommende Jahr gesichert. Ich bitte Sie, Herr Landesrat, und alle Zuständigen, nun auch rechtzeitig die erforderlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß nächstes Jahr sobald wie möglich mit dem Bau dieser für viele Patienten so wichtigen medizinischen Einrichtung begonnen werden kann. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Lackner. Ich erteile es ihm.

Abg. Lackner: Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Ich möchte einleitend grundsätzlich feststellen: Der Umweltschutz hat mit dem „Steirischen Herbst“ nichts zu tun! Er ist nur ein großes Problem geworden. Noch in den fünfziger Jahren war die größte Sorge in unserem Lande die Aufbringung der Ernährung für unsere Bevölkerung, für unsere Mitmenschen, die damals noch gehungert haben. In der jetzigen Zeit ist es so, daß wir mehr Lebensmittel in die Abfallkübel werfen, als wir damals zu produzieren imstande waren. Aber wir werfen nicht nur Lebensmittel in die Abfallkübel, sondern wir werfen heute ja überhaupt alles weg. Wir sind am schnellsten Weg dabei, daß wir unsere Umwelt zu einem richtigen Misthaufen machen. Es ist ja eigentlich ein Armutszeugnis für diese unsere Wohlstandsgesellschaft, daß wir Gesetze schaffen müssen, um die Umwelt, die uns birgt, die unser Lebensraum ist, vor den Menschen zu schützen. Wenn damals vor 30 Jahren die Frage der Ernährung das Problem Nummer eins gewesen ist, so ist heute der Umweltschutz das Problem Nummer eins.

Ich darf zwar mit Begeisterung feststellen, daß unsere Landesbaudirektion bereits in den sechziger Jahren durch die Schaffung eines Gewässeraufsichtsdienstes eine Pionierarbeit, oder überhaupt eine Voraussetzung geleistet hat, um dem Umweltschutz näherzutreten. Den Umweltschutz müßten wir jetzt eigentlich in zwei Teile teilen. Zuerst einmal müssen wir sofort raschest handeln, damit wir die Grundelemente Wasser und Luft nicht noch weiter verschmutzen, und zweitens müßte eine ununterbrochene Aufklärungswelle über das ganze Land gehen, und zwar angefangen vom Kind bis zum Großvater. Sie müssen ununterbrochen darauf aufmerksam gemacht werden, ihren Beitrag zu leisten, daß die Verschmutzung unserer Umwelt, die oft sinnlos erfolgt, erst gar nicht stattfindet.

Ich habe schon gesagt, in der Steiermark wurde Pionierarbeit geleistet. Es wurde eine Reihe von Gesetzen beschlossen, zum Beispiel haben wir ein Olfeuerungsgesetz, ein Gasschutzgesetz, ein Abfallbeseitigungsgesetz, ein Luftreinhaltegesetz, ein Baulärmgesetz, Geländefahrzeuggesetz, Naturschutzgesetz, Umweltschutzbestimmungen in der Bauordnung und für die Müllbeseitigung wurde eine Landesstudie zur Erleichterung der Völlziehung der Gemeinden entwickelt und diese sieht zwölf regionale Anlagen vor. Das ist ja erfreulich. Es geschieht ja allerhand, aber trotzdem sind wir noch ziemlich weit hinten. Die Region Mürzzuschlag/Bruck hat eine VOEST-Anlage in Betrieb. Deutschlandsberg ist noch offen. Region Feldbach/Für-

stenfeld plant, die Stadt Graz — es wird eine Deponie errichtet — die Region Hartberg ist in Betrieb, die Region Knittelfeld/Judenburg und die Region Leoben wollen gemeinsam etwas unternehmen. Und wenn wir nach Liezen kommen, dann dürfen wir mit Begeisterung feststellen, daß nicht nur eine Müllhygienisierungsanlage gebaut wird, sondern daß schon eine Musteranlage im Raum Schladming steht, an der sich alle anderen in der Steiermark ein Beispiel nehmen können. Man soll nicht ununterbrochen die sogenannte Florianipolitik betreiben und sagen, ja, wir brauchen eine solche Anlage, aber nicht in unserer Gemeinde, in der Nachbargemeinde soll diese Anlage errichtet werden. In Murau ist noch die Frage offen, in Leibnitz/Radkersburg ist eine geordnete Deponie in Betrieb, Weiz ist in Betrieb, Region Voitsberg wird noch geplant. Außerdem muß noch eine Vereinbarung über den höchstzulässigen Schwefelgehalt im Heizöl getroffen werden. Die Länder sind ja seit Juni 1978, seit einer Landeshauptleuterkonferenz in Eisenstadt, abschlußbereit. Die Verbindungsstelle ist derzeit beauftragt, mit unserem neuen Bundesminister Dr. Salcher zu klären, ob ein Abschluß nunmehr mit dem Bund möglich wird. Es wurde bereits erwogen, daß die Länder diesen Vertrag abschließen. Das Land Steiermark hat bereits auf diesem Gebiet eine Regelung erlassen, wie zum Beispiel durch das Olfeuerungsgesetz.

Des weiteren ist auf dem Sektor Wasserversorgung, Abwasser, Abfallbeseitigung und so weiter Beachtliches geleistet worden, und zwar bestehen 48 Einzelwasserversorgungsanlagen, 167 Wasserversorgungsanlagen, 178 Abwasseranlagen und 7 Abfallbeseitigungsanlagen mit einem Gesamtkostenaufwand von 580 Millionen Schilling. Der Bauumfang für Wasserversorgungsanlagen beträgt rund 232 Millionen Schilling, für die Abwasseranlagen 348 Millionen Schilling und für die Abfallbeseitigung 32 Millionen Schilling.

Für diese Anlagen wurden nachstehende Förderungsmittel aufgewendet: Der Bund hat 274 Millionen Schilling, das Land Steiermark einen Beitrag von 63 Millionen Schilling und Darlehen von 26 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Diese hohen Summen sind im besonderen ein Verdienst unseres Landeshauptmannes, denn er hat seitens des Wasserwirtschaftsfonds die Mittel erwirkt, die in unser Land gekommen sind, und die Landesmittel dazu haben es erst vielen Gemeinden ermöglicht, daß mit den verschiedenen Projekten begonnen werden konnte.

Weiters darf ich noch von dieser Stelle aus erwähnen, daß es gerade unser Landeshauptmann war, der in seiner Eigenschaft als Stellvertreter des Wasserwirtschaftsfonds und als Fraktionsvorsitzender der ÖVP am 20. September 1978 einen Resolutionsantrag über eine Novellierung des Wasserbautenförderungsgesetzes eingebracht hat, wonach die Müllbeseitigungsanlagen durch den Fonds gefördert werden sollen. Dieser Antrag war damals zwar ein Minderheitsantrag, aber es sind erfreulicherweise die Männer der Sozialistischen Partei diesem Antrag gefolgt, was zur Folge hatte, daß diese Resolution in die Novelle des Wasserbauten-

förderungsgesetzes eingebaut werden konnte. Es wurde nur leider Gottes der Nationalrat zu früh aufgelöst, dadurch wurde diese Novelle nicht mehr beschlossen. Ich muß von dieser Stelle aus appellieren, daß eine Beschlußfassung so schnell als möglich nachgeholt wird.

Weiters möchte ich noch feststellen, daß es zur Zeit wenig sinnvoll ist, sich mit dem Gedanken zu beschäftigen, Nationalparks in unserer Heimat zu errichten, solange wir nicht die gesamte Umwelt fest in unseren Griff bekommen haben. Mit der Arbeit, Landschafts- oder Naturschutzgesetze zu errichten, wurde deshalb nicht aufgehört.

Abschließend möchte ich feststellen: Der Umweltschutz kann auf keinen Fall nur eine Angelegenheit der politischen Mandatäre in diesem Lande sein, der Umweltschutz geht jeden einzelnen an. Ich möchte in dieser Stunde besonders an unsere Lehrer und Erzieher appellieren, daß sie auf die ihnen anvertrauten Kinder besonders Einfluß nehmen und einwirken und ihnen die Umwelt als das in ihre Gehirne und ihre Herzen legen, was sie heute noch ist, als eine wunderbare Naturlandschaft. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat die Frau Abgeordnete Zdarsky.

Abg. Zdarsky: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

Ein schrecklicher Unfall vor kurzer Zeit hat die Menschen unseres Landes und besonders die Grazer mit Bestürzung erfüllt: Ich meine das Unglück an der Eisenbahnkreuzung in Seiersberg. Aber nichts wird so schnell aus den Gedanken verdrängt, wie Unglück, welches sich in der Nähe ereignet. — Sonst wäre es nicht möglich, daß jetzt schon wieder sehr viele Autos über diese Kreuzung fahren, ohne das Tempo zu vermindern.

Die Budgetpost 7670 der Gruppe 5, der Beitrag des Landes an den Landesverband Steiermark, des Roten Kreuzes, bewegt mich aber, Ihnen „Seiersberg“ wieder in Erinnerung zu rufen. Der Betrag, der hier ausgewiesen wird, wird immer geringer und ich meine, gerade in einer Zeit, wo der Straßenverkehr mit seinen Risiken immer mehr zunimmt, mehr Fahrzeuge sich auf den Straßen mit mehr oder weniger intelligenten oder charakterlich befähigten Fahrern bewegen, außerdem viele Menschen aus Krankheitsgründen schnell von geschulten und gut ausgerüsteten Helfern Hilfe erwarten, müßte dieser Betrag wesentlich höher angesetzt sein. Gegenüber solchen Notsituationen müßte manches andere zurückstehen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Als sich das Unglück in Seiersberg ereignete, waren beim Roten Kreuz nur „Freiwillige Besatzungen“ im Einsatz! Der Alarmplan wurde telefonisch ausgelöst und alle umliegenden Rettungsstellen bis Voitsberg benachrichtigt. Zufällig waren bei der Rettung Graz 8 Fahrzeuge sofort greifbar und der erste Rettungswagen war in 6 Minuten am Unfallsort. Zum Glück war auch ein erfahrener und tüchtiger Fahrer als erster dort im Einsatz, der am Unfallsort alles gut organisierte: 59 Minuten und 77 Menschen waren versorgt!

Es war also bei dem furchtbaren Geschehen sehr viel Glück dabei! Ich meine deshalb, weil 8 Fahrzeuge greifbar waren und ein guter Mann als erster dort war. Dieser Unfall sollte aber auch zum Nachdenken und Umdenken beitragen, auch dazu, daß das Land einen höheren Beitrag für die Notversorgung durch das Rote Kreuz bereitstellt. Das Umdenken muß aber auch in uns, in der Bevölkerung, stattfinden, und zwar bezüglich der Versorgung: Rascher Abtransport ist nicht so wichtig wie die richtige Versorgung! Der Patient oder der Verunfallte muß am Unfallsort für den Transport vorbereitet werden. Das oberste Ziel ist, daß der Patient den Transport überlebt. Es kommt darauf an, das Krankenhaus lebend zu erreichen, denn dadurch werden Chancen wesentlich vergrößert!

Diese Erfahrungen hat man schon in den letzten Kriegen in Korea und Israel gemacht. Nicht immer stirbt ein Unfallverletzter an den Unfallfolgen, kann aber an einer unversorgten Blutung, Erstickung oder kleinen Komplikation, die behebbar wäre, sterben. Eine rechtzeitig angelegte Infusion hat wesentlichen Einfluß auf Schockgeschehen oder zum Beispiel auf eine Fettembolie. Es muß innerhalb einer halben Stunde gehandelt werden! Entscheidend bei einem Unfall ist, ob man sofort einen Arzt an den Unfallort heranbringen kann. Deshalb wäre es wichtig, daß ein Notarztwagen immer sofort im Einsatz sein kann. Eine solche Dauerbereitschaft eines Notarztwagens käme für eine Stadt wie Graz mit zirka 250.000 Einwohnern und einem Umkreis von zirka 15 Kilometern oder einen Städtebereich wie zum Beispiel Leoben, Bruck, Kapfenberg in Frage. Im sogenannten „Rendezvous-System“ fährt die Rettung zum Unfallsort, ebenso der Notarzt mit dem Notarztwagen. Beide haben alle Geräte bei sich, die zur Aufrechterhaltung der notwendigen Körperfunktionen gebraucht werden, das heißt, Atmung, Herz und Kreislauf würden sofort versorgt werden. Bei kleineren Orten mit Krankenanstalten, in denen ein Notarzt in Bereitschaft ist, könnte die Rettung im Krankenhaus vorbeikommen und Arzt und Schwester abholen. Für weite Einsätze wäre ein Hubschrauber wichtig!

Die Notfälle, für die ein solcher Einsatz lebenswichtig wäre, teilen sich auf in zirka 40 Prozent Unfälle und 60 Prozent andere Notfälle wie zum Beispiel Infarkte, Selbstmorde usw.

Sehr geehrte Damen und Herren! Zur Zeit läuft ein Ansuchen vom Roten Kreuz bei der Stadtgemeinde Graz und beim Land Steiermark um Bewilligung, das heißt, Bezahlung von je zwei Fahrern für den Notarztwagen in Graz. Ärzte und der Notarztwagen sind bereit! Doch für die Dauerbereitschaft fehlen noch die vier Fahrer. In allen europäischen Staaten, auch in den Ostblockländern, sind Notarztwagen schon im Einsatz, in Österreich derzeit nur in Wien und Linz, im Burgenland wird das Rote Kreuz in seinen Bemühungen darum sehr unterstützt. Die Gemeinde Graz hat trotz der angespannten Budgetsituation die Subvention an das Rote Kreuz nie gekürzt und diese erreicht fast 70 Prozent der Landessubvention. Graz müßte aber eine große Summe, nämlich 20 Millionen Schilling jährlich nur für Personalkosten bei dem derzeitigen Rettungs-

einsatz investieren, wenn die „Freiwilligen Helfer“ des Roten Kreuzes ihren Dienst einstellen würden.

Im ganzen Land stellen sich diese unbekannteten und ungenannten Helfer in den Dienst der Nächstenhilfe. Wir alle, die gesamte Bevölkerung, sind den freiwilligen Helfern des Roten Kreuzes zu großem Dank verpflichtet, aber es sollte nicht beim Danke bleiben. Wir sollten interessiert sein, daß in Notfällen wirkliche Hilfe geleistet werden kann, dazu gehört auch, daß für die notwendige Einführung des Notarztwagens alle Voraussetzungen geschaffen werden. Es wird damit weiter ein Schritt nach vorne im Kampf gegen das Sterben vor der Zeit getan. (Allgemeiner Beifall.)

Sehr geehrte Damen und Herren! Noch ein paar Worte zur Veterinärmedizin! Mir liegen die Tiere sehr am Herzen und Sie müssen das schon entschuldigen.

Für 1980 werden als Ausgaben in der Post 58 etwa knapp 6 Millionen Schilling veranschlagt. Aber auch in der Tiermedizin haben Medizin und Hygiene in unserem Jahrhundert enorme Fortschritte gemacht. Wesen und Ursachen der meisten Krankheiten sind erkannt worden, ebenso wie die Mittel und Möglichkeiten, den Organismus dagegen zu schützen. Veterinärmedizin hat aber außer der Aufgabe der Bekämpfung von Krankheiten und Seuchen die Aufgabe, Sorge zu tragen, daß die heutigen Erkenntnisse besonders auch bei der Nutztierhaltung in der Praxis angewendet werden.

Ich möchte hier ein paar Punkte kritisch anführen, bei denen man vielleicht eine Änderung ohne wesentliche Geldaufwendung herbeiführen könnte:

Wenn man im Schlachthof die Übernahme der Schlachttiere sieht und bemerkt, wie dort Tiere, die vollkommen verschmutzt sind, übernommen werden, dann fragt man sich, wie diese Tiere gehalten werden. Wenn man sieht, daß die Klauen ins Fleisch gewachsen sind und bei Stieren oft die Kette ins Fleisch gewachsen ist, dann fragt man sich, wo bleibt da die Hygiene und vor allem wo bleibt das Gefühl. Tierärzte sehen diese Zustände und könnten sie aufzeigen. Sicherlich sind es meist immer nur dieselben Landwirte. Aber auch bis zu diesen Tierhaltern muß es sich langsam herumgesprochen haben, daß ein Tier ein Lebewesen ist, das Empfindungen hat. Wenn die Tiere auch meist nur aus wirtschaftlichen Überlegungen gehalten werden, dürfen sie doch nicht so mißhandelt werden. Dem Menschen wird sein Arbeitsplatz menschlicher gemacht. Die soziale Betreuung wird ständig verbessert — aber was ist eigentlich bei den Tieren? Die Beziehung der Menschen zu Tieren legt Zeugnis über die menschliche Kultur ab. Ich weiß, Herr Präsident, es kommt Ihnen vielleicht lächerlich vor. Aber wenn wir Menschen uns nicht für die Tiere einsetzen, wer sollte es tun?

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Transport von Vieh ist gesetzlich geregelt, jedoch nicht der des Fleisches. Es kann also ein Auto für Viehtransporte benützt werden, in dem man nachher Frischfleisch transportiert. Hier ist keine Hygieneverordnung erlassen. Nur das Lebensmittelgesetz ist dafür zuständig, welches aber dafür keine De-

tailbestimmungen enthält. Es müßte also dahingehend novelliert werden.

Als letztes möchte ich noch sagen, daß die Gesundheit der Tiere mit dem Wohlbefinden der Tiere zusammenhängt. Diesbezügliche Untersuchungen in der Schweiz und in Deutschland haben dies bestätigt. Es muß den Tierärzten beim Impfen, aber auch Nachbarn und Bekannten von schlechten Tierhaltern ein Anliegen sein, darauf einzuwirken, auch Nutztiere so zu halten, daß das Tier, solange es lebt, sich wohlfühlt. Es sollten die Menschen, die Tiere vernachlässigen oder quälen, an der Haltung der Mitmenschen erkennen, daß dies ein echtes Vergehen ist. Das Tier soll nicht nur wegen des Nutzens für den Menschen oder wegen der Verletzung des Sittlichkeitsgefühls zufälliger Tatzeugen gegen schlechte Behandlung und Quälerei geschützt werden, sondern weil es einem humanen Gebot entspricht, das Tier um des Tieres willen selbst zu schützen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Pranchh.

Abg. Pranchh: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zurück zur Humanmedizin. Im Interesse der ärztlichen Versorgung des Bezirkes Murau ersuche ich die zuständigen Referenten, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Wegart und Herrn Landesrat Bammer, alle Vorkehrungen zu treffen, daß am Landessonderkrankenhaus Stolzalpe eine interne Station errichtet werden kann. Derzeit ist als Internist am Sonderkrankenhaus der Oberarzt Dr. Feischl tätig, der sich einer enormen Beliebtheit bei den Patienten des gesamten Bezirkes erfreut. Das wahrscheinlich nicht nur, weil er sein handwerkliches Können gut beherrscht, sondern weil er als Arzt den Patienten das Gefühl vermittelt, ihnen zu helfen. Ich glaube, daß das eine ganz wesentliche Funktion des Arztes ist.

Nun hat sich dieser Oberarzt um die ausgeschriebene Stelle als Primarius der Internen Abteilung am Landeskrankenhaus Bad Aussee beworben und bei uns oben ist der Teufel los! Seit das bekannt ist, gibt es keinen Tag mehr, wo nicht Kollege Ritzinger und ich, und wahrscheinlich auch verschiedene andere Herren, die auf diesem Gebiet herangezogen werden können, mit den Wünschen der Bevölkerung unseres Bezirkes bombardiert werden, dafür zu sorgen, daß dieser gute Arzt bleibt, und auch, daß überhaupt die Voraussetzungen für die Errichtung der gewünschten Internen Abteilung geschaffen werden.

Ich habe im Laufe des heutigen Tages mit allen direkt Betroffenen gesprochen und habe den Eindruck, daß man hier wirklich auf Verständnis stößt. Ich bitte nun darum, daß sich dieses gezeigte Verständnis nicht in der Überprüfung aller Möglichkeiten erschöpft, sondern daß wir wirklich eine Interne bekommen. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „100 Millionen Schilling!“) Nein, nein, Herr Landeshauptmann! (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Ich habe das nicht zu Dir gesagt!“) Ich habe es trotzdem gehört — nicht hundert Millionen! Die Gewaltigen

haben sich schon wieder verständigen wollen, über den Rücken der armen Patienten hinweg! Das sind die Heimlichen, aber bitte sehr, Ihr seid die Unheimlichen.

Bitte, meine sehr Verehrten, es geht hier wirklich um echte Mangelsituationen in der ärztlichen Versorgung des Bezirkes Murau. Mir hat erst diese Woche eine Bergbäuerin gesagt, sie sei bereits um halbvier Uhr früh in der Ordination eines Frauenarztes in Judenburg gesessen und erst um halbzwei Uhr zu Mittag drangekommen. Eine große Anzahl anderer Patientinnen, die nach ihr gekommen sind, also nach halbvier Uhr früh, mußten unbehandelt und unversorgt zurückgehen. So ähnlich ist es halt auf vielen Gebieten der Fachmedizin am Land.

Ich glaube, das haben ja auch die heutigen Gespräche gezeigt, ich habe auch seit einigen Tagen ein Schreiben des ärztlichen Direktors des Sonderkrankenhauses in Händen, in welchem er sich bereiterklärt, mit allem Nachdruck diesen Wunsch zu unterstützen, daß die Voraussetzungen gegeben sind. Ich bitte daher um positive Erledigung. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wimmler. Ich erteile es ihm.

Abg Wimmler: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Frage des Natur- und Landschaftsschutzes ist weniger brisant als die der Wohnbauförderung. Aber die Erteilung der Ausnahmegewilligung nach dem Naturschutzgesetz zur Errichtung eines Ausfluggasthofes am Giglachsee durch die Politische Expositur Gröbming im heurigen Sommer hat auch einigen Staub aufgewirbelt.

Ich habe schon einmal in diesem Hohen Hause zum Problem Nationalpark Schladming Stellung genommen und möchte heute ganz kurz wiederholen: Der Gedanke eines Nationalparks in diesem Gebiet ist nicht neu. Schon vor dem Ersten Weltkrieg waren Bestrebungen im Gange, im deutschsprachigen Raum drei Naturschutzräume zu errichten. Die Lüneburger Heide, der Bayrische Wald und die Niederen Tauern. Es ist eine Tatsache, daß das Gebiet der Niederen Tauern nach dem Naturschutzgesetz 1976 alle Voraussetzungen für einen Nationalpark erfüllt. Wie bekannt, habe ich daher auch an einer Begehung dieses Gebietes teilgenommen, um bei der Erörterung der damit zusammenhängenden Fragen aus eigener Wahrnehmung mitreden zu können. Ich bin damals zur Erkenntnis gelangt, daß die Erhaltung der unberührten Landschaft dort ein Gebot der Stunde ist, daß aber selbstverständlich, und das habe ich bei jeder Gelegenheit betont, einem gerechten Ausgleich zwischen Fremdenverkehr und Tourismus auf der einen Seite, dem Privateigentum und den Bedürfnissen der Land- und Forstwirtschaft auf der anderen Seite Rechnung zu tragen ist.

Bei dieser Wanderung, haben wir damals gerade an der Stelle, wo später aufgrund der erteilten Ausnahmegenehmigung um die Errichtung eines Alpengasthofes angesucht wurde, eine kleine Ver-

schnaufpause eingelegt. Wir konnten keinen besonders schwerwiegenden Grund finden, an besagter Stelle keinen schutzhüttenartigen Ausfluggasthof errichten zu lassen. Es ist ja bekannt, daß die sich in der Nähe befindliche Ignaz-Mattis-Hütte auch nach dem geplanten Ausbau den zunehmenden Strom der Touristen in Stoßzeiten nicht bewältigen kann. Vom Bauwerber aber wissen wir, daß er sich gerne über etwas hinwegsetzt. Er hat vor 10 Jahren — und das wurde in einer Anfragebeantwortung von Herrn Landesrat Jungwirth hier erklärt — ohne Bewilligung eine Straße gebaut, hat vor erteilter Baubewilligung mit dem Bau für diesen Alpengasthof begonnen, hat justament dort gebaut, wo es ihm nicht erlaubt wurde. Meiner Meinung nach ist daher größte Vorsicht am Platze. Größte Vorsicht deshalb, weil sich jeder ausrechnen kann, daß wegen der witterungsbedingt kurzen Betriebszeit bestenfalls in den Monaten Mai bis Oktober eine Rentabilität dieses Ausfluggasthofes gegeben sein dürfte. Der nächste Schritt wäre dann vielleicht der weitere Ausbau der Straße, und schon ist die Blechlawine am Giglachsee! Ich glaube, das wollen wir doch nicht.

Mit dem Argument der zu geringen Rentabilität könnten schließlich auch kommerziell wirkungsvolle Wintersportanlagen angestrebt werden, für die unter Umständen dann Sicherungs- und Lawinenschutzbauten erforderlich werden würden. Und das wäre, meiner Meinung nach, aber dann sicher alles zusammengenommen das Ende der unberührten Landschaft, das Ende eines unersetzlichen Kapitalwertes.

Es ist sicher richtig, meine Damen und Herren, wenn Kollege Laurich und auch Kollege Lackner meinen, daß es bei so schwerwiegenden Fragen ganz besonders auf das Fingerspitzengefühl der Verhandler ankommt. Selbstverständlich bekenne ich mich zum Privateigentum, selbstverständlich müssen Maßnahmen, die schwerwiegende Eingriffe in das Privateigentum darstellen, mit den Besitzern in geeigneter Weise besprochen werden. Und es ist daher schade, daß durch den natürlich nicht beabsichtigten, aber doch ein wenig ungeschickten Vorgang bei der damaligen Besprechung mit den Besitzern in Schladming der Widerstand der Besitzer geradezu geschürt worden ist. In dieser Besprechung ist der Eindruck aufgekommen, daß mit allen eher gesprochen wird als mit den betroffenen oder betroffenen Bauern und Grundbesitzern. Und am Rande bemerkt, müßte man sagen, daß auch die Mentalität der Schladminger ins Kalkül gezogen werden müßte, von denen man weiß, daß sie sich ja schon im 16. Jahrhundert als sehr revolutionär erwiesen haben.

Meine Damen und Herren, nichts also gegen einen Ausfluggasthof mit schutzhüttenartigem Charakter. Ein Berghotel an dieser Stelle aber wäre, glaube ich, doch der Anfang vom Ende. Und nicht zuletzt müßten auch die Folgewirkungen in Betracht gezogen werden, daß nämlich nicht aufgrund der einen erteilten Bewilligung andere ein gleiches Recht ableiten könnten.

Meine Damen und Herren, vor einigen Tagen fand in Schladming auch eine Diskussion über das re-

duzierte Kraftwerksprojekt der STEWEAG statt. Ich hätte leider keine Möglichkeit, daran teilzunehmen und kenne daher die dort besprochenen Einzelheiten nicht. Ich weiß nur, daß der Wassereinhalt des Stausees von ursprünglich 60 Millionen Kubikmetern auf 20 Millionen — auf ein Drittel also — reduziert worden ist, wodurch natürlich auch die Staumauer niedriger ausfallen kann. Es hat also den Anschein, daß hier den Wünschen der Bevölkerung von Schladming sowohl in bezug auf ihre Sicherheit als auch auf die Erfordernisse des Landschaftsschutzes annähernd Rechnung getragen worden ist. Hier wie beim geplanten Ennskraftwerk des Stiftes Admont beim Gesäuseeingang wird man die Notwendigkeiten der Energieversorgung und die nicht geringere Bedeutung des Natur- und Landschaftsschutzes sehr sorgfältig prüfen müssen.

Ganz besonders eingehend müßte meines Erachtens die im Zusammenhang mit dem Kraftwerksbau Schladming und Sölk vorgenommene Ableitung der südseitigen Zuflüsse der Enns von Schladming bis Donnersbach untersucht werden, ob durch diese einschneidenden Maßnahmen nicht das ökologische Gleichgewicht in diesem Gebiet zerstört wird. Es mag sein, daß bei einer überfluteten Grundwelle 300 Meter oberhalb des Gesäuseeinganges und einer Restwassermenge von mindestens 3 Kubikmetern pro Sekunde der Charakter des Gesäuses nicht vollkommen verlorengeht. Aber, meine Damen und Herren, wenn es im Gesäuse nirgends mehr saust, am Eingang wegen dem Stift, am Ausgang wegen der STEWEAG, dann hat das Gesäuse seinen Fremdenverkehrswert verloren. Ob wir uns das leisten können, wenn wir das Gesäuse als das Tor zu jenem Gebiet betrachten, das den Fremdenverkehr bitter notwendig hat, wie Kollege Hammer — er ist gerade nicht anwesend — gestern auch dargelegt hat und wenn wir darüber hinaus an unsere Zahlungsbilanz denken, ist sicher keine einfach zu beantwortende Frage.

Meine Damen und Herren, wir tragen die Verantwortung, wir tragen eine große Verantwortung. Wägen wir daher sorgfältig ab, und lassen wir uns nicht ausschließlich vom Augenblick und von der klingenden Münze leiten, damit uns im übertragenen Sinne nicht dasselbe Schicksal blüht, wie den sagenhaften Giglacher Knappen, die aus Übermut die drohende Gefahr im Stollen nicht erkannten und im Stollen ertranken. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Primarius Abgeordneter Dr. Piaty.

Abg. Dr. Piaty: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Brandl als Generalredner, er befindet sich momentan nicht im Saal, hat die Meinung vertreten, daß ich mich zu wenig zu Wort melde und hat daher den Schluß gezogen, daß ich entweder nicht mehr reden will oder nicht mehr reden darf. (Abg. Brandl: „Es ist mir so vorgekommen!“) Das ist halt eine Täuschung, bitte, denn in unserer Partei — vielleicht ist es in anderen Parteien anders, das soll so möglich sein — kann jeder reden, wann er will, und er hat auch

die Freiheit des Schweigens, wenn er will, und ich gehöre, bitte, zu jenen, die nicht glauben, daß sie zu jeder Speise ihren Kren dazureiben müssen.

Ich möchte zum Thema der Gesundheit doch einiges sagen. Da war im Oktober der Herr Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Steyrer, ein Kollege von uns, ein sehr schätzenswerter Kollege, in der Steiermark und hat vor den sozialistischen Frauen ein Referat über Gesundheitspolitik gehalten. Und dort sagte er, laut „Neue Zeit“ vom 19. Oktober 1979, er müsse provozierend gedachte Zahlen über die weißen Flecken in der steirischen Gesundheitspolitik mitteilen. Er kritisierte dort zum Beispiel, daß die Steiermark, was die Säuglingssterblichkeit in Österreich anlangt, fast im schlechtesten Rang liegt und daß es nicht viel anders bestellt sei um die Basisversorgung mit praktischen Ärzten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es kommt in einer großen Partei vor, daß die linke Hand nicht weiß, was die rechte tut (Abg. Preamberger: „Bei den Ärzten, daß der eine nicht weiß, was der andere tut!“), es kommt vor, daß es Flügel gibt, linke Flügel, rechte Flügel, ideologische Flügel, pragmatische Flügel, aber anscheinend gibt es bei Ihnen die Flügel der Eingeweihten und die Nichteingeweihten, denn sonst wäre nämlich der Herr Doktor Steyrer sehr vorsichtig gewesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn jemanden die Verantwortung in diesem Lande trifft, warum wir in der Säuglingssterblichkeit an der Spitze liegen, so trifft das bitte zwei Referenten der Sozialistischen Partei, nämlich erstens den Herrn Referenten der Abteilung 12 für das Krankenhauswesen und zweitens den Herrn Finanzreferenten. Ich werde Ihnen auch sagen warum. Erstens, weil der Herr Anstaltsreferent — ich mache nicht ihm den Vorwurf, er ist ein Gefangener einer sogenannten Planung seines Vorgängers und er ist ein Gefangener des Vorstandes dieser Abteilung, das möchte ich auch mit aller Deutlichkeit sagen — nicht einsehen will, daß nach dem Krankenanstaltengesetz, das sozusagen seit zwei Jahren geistig bei uns kreist, und ich hoffe, daß dieses Kreisen nicht zum Schluß ein armseliges Reformmäuschen herausbringt, wenn es schon so lange kreist, daß jedenfalls in diesem Krankenanstaltengesetz zwingend vorgesehen ist, wenn auch mit Ausweichmöglichkeiten, von denen man reichlich Gebrauch macht, daß aus den zweigliedrigen Anstalten, sprich Interne und Chirurgie, eine dritte gemacht werden müßte. Und falls Sie es bitte nicht wissen: Wenn Sie in ganz Österreich die Situation kennen, ist die Versorgung durch stationäre frauenärztliche Abteilungen in der Steiermark am schlechtesten. Ich fordere daher den Herrn Referenten auf, sich im Sinne der aktiven Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit mit mehr Aufmerksamkeit darauf zu konzentrieren, daß sämtliche Abteilungen, wo es notwendig ist, und es ist, glaube ich, in allen Krankenhäusern notwendig, eine Gebärabteilung bekommen, die fachlich vom zuständigen Facharzt geführt wird. Es muß nicht alles ein Primariat sein, aber man müßte die Möglichkeit haben, daß nicht eine Situation eintritt, wie jetzt, daß im Krankenhaus A der nicht

zuständige Chirurg weiterhin Geburtshilfe betreibt, und im Krankenhaus B dann der Gynäkologe Geburtshilfe betreibt. Es hat jeder Bürger in unserem Land das gleiche Recht auf gleichmäßige ärztliche Behandlung.

Das zweite: Es gab und es gibt eine Gesellschaft, die sich der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit mit Konsequenz und Überlegung gewidmet hat. Ich weiß, daß das für manche in Ihren Reihen ein Reizwort ist, das ist die Steirische Gesellschaft für Gesundheitsschutz. Wir haben die Mutter-Kind-Paß-Blätter aller steirischen Mütter und aller steirischen Säuglinge systematisch erfaßt. Wir haben sie datenmäßig gespeichert und wir wären in der Lage gewesen, jene Frauen, die Risiken für die Schwangerschaft aufweisen, oder Säuglinge, die Risikogeburten darstellen, individuell namentlich zu erfassen und ihren weiteren medizinischen Verlauf zu überwachen und bei Wiederholung von Schwangerschaften, das soll ja auch noch vorkommen in unserer Zeit, auch hier rechtzeitig ärztlich einzugreifen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Herr Finanzreferent, das möchte ich deutlich sagen, und ihn trifft allein die Verantwortung, hat mit seinem Budgetstift diesen Budgetposten seit den letzten Jahren systematisch demoliert. (Abg. Loidl: „Er hat schon gewußt, warum!“) Ich muß Ihnen sagen, das ist Sabotage an einer konstruktiven Gesundheitspolitik, denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn es Ihnen nicht paßt, daß diese Gesellschaft das tut, wenn Sie damit beweisen, daß zwar Ihre geistigen Vorväter aus der Gründerzeit noch eine Sensibilität an den Tag gelegt haben für soziale Anliegen und für gesellschaftliche Notwendigkeiten und Sie heute anscheinend nur mehr die Sensibilität haben, nämlich für die Machtausübung, für die Monopolmacht, und in jenen Bereich, wo Sie fest darauf sitzen, niemanden anderen hineinlassen, keine Privatinitiative dulden (Abg. Ileschitz: „Das ist unerhört!“) dann muß ich sagen, dann übernehmen Sie die Verantwortung, denn dann hätten Sie die moralische Pflicht, wenn Sie andere daran hindern, das zu tun, es selbst zu tun. Aber Sie tun es ja auch nicht! (Abg. Zdarsky: „Sie hätten auch nicht 3 Jahre mit dieser Feststellung warten müssen!“)

Das zweite wegen der Niederlassung: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hatte Gelegenheit, vor einiger Zeit dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Vizekanzler ein Papier zu überreichen, in dem eine sehr interessante Berechnung drinnen ist. Mir ist nämlich schon früher aufgefallen, daß etwa vergleichbare Bundesländer wie Oberösterreich und Niederösterreich mehr praktische Ärzte haben, die in Praxis sind, als die Steiermark, daß aber diese Bundesländer wesentlich weniger Krankenbetten haben als die Steiermark. Ich bin dieser Sache nachgegangen und da gibt es eine Berechnung, ich möchte Ihnen auch die Quellen sagen, nach dem Österreichischen Statistischen Zentralamt und dem Gesundheitsministerium, wir haben nämlich die Ziffern der Akutbetten auf 1000 Einwohner, die Verpflegstage auf 1000 Einwohner genommen und haben die Bundesländer Kärnten, Vorarlberg und Steiermark untersucht. Ich lasse jetzt Kärnten bewußt

weg und konzentriere mich nur auf Vorarlberg und Steiermark. In Vorarlberg kommen auf 1000 Einwohner sechs Akutbetten. Der österreichische Bundesdurchschnitt ist 7,9 Akutbetten. Der steirische Durchschnitt sieht 9,1 Akutbetten vor. Verpflegstage: Auf 1000 Einwohner kommen in Vorarlberg 1834 Verpflegstage, gesamtösterreichisch sind es 2407, und in der Steiermark sind es 2957. Wenn Sie jetzt diese Differenz nehmen und Sie rechnen, daß ein Verpflegstag pro Bett etwa 800 Schilling an Betriebskosten beträgt, so ist der Mehraufwand der Steiermark gegenüber den Vorarlberger Werten, immer bezogen auf 1000 Einwohner, eine Milliarde und siebenzig Millionen, und wenn Sie den Bundesdurchschnitt nehmen mit 524 Millionen, meine sehr geehrten Damen und Herren, gibt es aus diesen Zahlen eine einzige Konsequenz: Hören Sie bitte auf, immer mehr und mehr Betten zu bauen. Hören Sie bitte auf, mit Ihrer Gigantomanie immer neue Spitäler zu propagieren und hören Sie bitte auf, wie es im jetzigen Budget ist, neue Spitalsambulanzen zu bauen, die ja nur das Krankenhaus mit Funktionen betrauen und belasten, das ja ur-eigene Aufgabe eines Krankenhauses nicht ist, nämlich die stationäre Betreuung. Und tun Sie bitte etwas für die extramurale Medizin, das heißt, für die Medizin außerhalb der Krankenhäuser, so wie in Vorarlberg, dann werden Sie sich diese eine Milliarde oder die halbe Milliarde ersparen. Sie werden damit auch vielleicht die Medizin etwas humaner und etwas persönlichkeitsnäher gestalten.

Das muß ich Ihnen sagen, wenn man dieses Budget anschaut: Ich betrachte es schlechthin als skandalös, daß bei einem Vertrag über den Grazer Ärztenotdienst — dem die Gebietskrankenkasse für alle Sozialversicherungsträger, der Magistrat Graz für Graz, die Ärztekammer, beigetreten sind und unterschrieben haben, und wo sich auch die Vertreter des Landes verpflichtet haben, bei den Verhandlungen ihren Anteil, der ziffernmäßig festgelegt ist, zu übernehmen — sich der Herr Finanzreferent einfach über diese Dinge kaltblütig hinwegsetzt und nur den halben Betrag im Budget vermerkt. Ich möchte heute schon sagen, wenn in einem halben Jahr sich diese Beträge erschöpfen, dann werden wir — und die Verantwortung trifft den Herrn Finanzreferenten — diesen Dienst in Groß-Graz einstellen. Denn es ist nicht so, daß alle anderen die Verpflichtung auf sich nehmen und man hier glaubt, man kann sich dieser Verpflichtung einfach entziehen. Vergessen Sie nicht, Graz ist nicht nur die Landeshauptstadt, Graz ist ja auch ein Zentrum des Fremdenverkehrs. Sie bauen ein großes Kongreßzentrum, Sie wollen die Oper erneuern. Sie wollen vieles tun, damit Graz attraktiver wird. Dazu gehört bitte auch ein ärztlicher Dienst, der in der Nacht und Samstag, Sonntag tätig ist.

Und als letztes: Die Funktion der Krankenanstalten, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nicht so, daß wir jetzt in satter Selbstzufriedenheit versinken können. Wissen Sie, daß es bei uns 19 Krankenanstalten gibt? Und wenn ich jetzt Graz, Bruck und Leoben abrechne, dann sind es nur mehr 16, und von diesen Krankenanstalten haben sieben

Krankenanstalten keinen Facharzt für Anästhesie, das heißt, keinen ausgebildeten Narkosearzt. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wünsche niemandem, daß er irgendwo einen Verkehrsunfall unterwegs erlebt und das Pech hat und das Risiko auf sich nehmen muß, schwerverletzt in ein Krankenhaus eingeliefert zu werden, wo vielleicht der vor wenigen Monaten promovierte Turnusarzt, der jüngste im Kreise, sozusagen gerade noch für die Anästhesie herangezogen wird. Und der arme Teufel hat das auch noch im Falle eines Zwischenfalles vor Gericht persönlich zu vertreten! Ich muß Sie daher ernstlich ersuchen, diesen unhaltbaren Zustand zu beseitigen. Wir haben fast in allen Krankenhäusern Intensivstationen. Aber wissen Sie, daß es keinen Nachtdienst in den Laboratorien gibt, daß also die Intensivstationen, wenn Sie wollen, in der Nacht und am gesamten Samstag, Sonntag einfach nur halb funktionsfähig sind, weil sich ohne Labormedizin eine Intensivmedizin nicht betreiben läßt? Und haben Sie bitte in die Budgets hineingeschaut, und sehen Sie, daß die Anteile für die gerätemäßige Ausrüstung unserer Krankenhäuser nicht nur stagniert, sondern da ja die Preise auf der einen Seite steigen, wir von Jahr zu Jahr immer weniger für Ausrüstung aufwenden können, und daß wir den technologischen Standard nicht werden halten können auf die Dauer, wenn diese Entwicklung weiter fortgesetzt wird? Ich möchte Ihnen das alles sagen und ich möchte nochmals zum Schluß sagen, ich warne vor Plänen, die darauf auslaufen, einfach quantitativ den Bettenraum auszuweiten. Versuchen Sie doch die vorhandenen Krankenhäuser qualitativ zu verbessern.

Meine sehr Geehrten, ich bin jetzt zehn oder elf Jahre unten in Fürstenfeld, seit den letzten vier Jahren muß ich drei Viertel der Patienten immer wieder am Gang unterbringen. Unsere Krankensäle sind total überfüllt und verstopft, und es geht in den anderen Krankenanstalten auch so. Ich hielte es für sinnvoller, daß Sie bitte, wenn Ihnen die Humanität wirklich ein Anliegen ist, zuerst sorgen, daß in den vorhandenen Krankenhäusern humanitäre Situationen entstehen, daß man die Menschen dort menschenwürdig unterbringen kann, wenn sie krank sind, daß sie nicht am Gang draußen liegen. Und wenn Sie das erfüllt haben, dann bauen Sie von mir aus, wenn Sie das Geld haben, weitere Krankenhäuser. (Abg. Brandl: „Ein Genie an Widersprüchen!“)

Mein Schlußwort ist: Es ist sicherlich in unserem System der Gesundheitsversorgung im Krankenhauswesen im Vergleich zu anderen Ländern — das möchte ich einräumen — vieles gut. Das heißt aber bitte nicht, daß nicht vieles besser sein könnte. (Beifall bei der OVP und FPÖ.)

Dritter Präsident Feldgrill: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Loidl. Ich erteile es ihm.

Abg. Loidl: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich fühle mich verpflichtet, zu den Ausführungen des Präsidenten Dr. Piaty im Zusammenhang mit

der Feststellung, daß die Kürzung der Mittel für die Gesellschaft für Umweltschutz eine Gefährdung für die neugeborenen Kinder beziehungsweise für die werdenden Mütter darstellt, festzustellen: Es ist dies meines Erachtens schon eine mehr als gewagte Behauptung, was hier dem Finanzreferenten unterstellt wurde. Ich erinnere an die Auseinandersetzungen hier über diese Gesellschaft, welche vom Land sehr vertrauensselig, Herr Präsident, Dutzende Millionen Schilling bekommen hat: Im Vertrauen, daß Sie der Präsident sind, daß sie von Ärzten geführt wird. Die Kontrollabteilung mußte aber feststellen, daß dieses Geld dort leichtsinnig, unkontrolliert ausgegeben wurde. (Abg. Dr. Piaty: „Bitte, wo steht das? Im Kontrollbericht? Das sind unwahre Behauptungen, um nicht zu sagen, glatte Lügen!“) Das steht drinnen, lesen Sie nach! (Abg. Dr. Piaty: „Kennen Sie den Bericht überhaupt?“) Ich kenne es beinahe auswendig! (Abg. Brandl: „Die Kontrollabteilung legt falsche Berichte vor?“ — Abg. Dr. Piaty: „Schauen Sie doch den Kontrollbericht an!“) Daß ohne Abrechnung, ohne Finanzierungspläne gearbeitet wurde! Und ich sage Ihnen, und Sie wissen das auch, daß jetzt noch die Schulden bezahlt werden, die vor Jahren gemacht wurden, — (Abg. Brandl: „So eine Wirtschaft!“) — und daß die Landesregierung in Kenntnis dieser Sache gesagt hat, daß unter diesen Voraussetzungen eine weitere Finanzierung in dieser Höhe nicht mehr möglich ist.

Und noch etwas sage ich Ihnen, woran wir uns gestoßen haben. Das ist auch eine Frage der Moral. Sie haben 50 Schilling verrechnet, nur um eine Adresse zu schreiben. Das steht ganz genau in diesem Bericht. Um den Mutter-Kind-Paß an die Zentralstelle zu schicken, eine Arbeit, die Ihre Assistentin in drei Minuten macht, dafür haben Sie 50 Schilling verrechnet und daran haben wir uns, daran hat sich die Kontrollabteilung gestoßen, und daran werden sich auch die Steuerzahler stoßen. Ich habe Ihnen ausgerechnet, welchen Stundenlohn das ausmacht, wenn man für drei Minuten 50 Schilling verrechnen kann. (Abg. Dr. Piaty: „Haben Sie das besser gemacht? Nichts haben Sie gemacht!“) Das sind die wahren Gründe, warum diese Gesellschaft für Gesundheitsschutz nicht mehr diese finanziellen Mittel im Budget bekommt. Aber fragen Sie den Herrn Landeshauptmann! (Unverständlicher Zwischenruf.) Sie täten besser daran, dafür zu sorgen oder mitzuhelfen, daß wir in Murau endlich einen Frauenarzt bekommen. Wir haben im ganzen Bezirk Liezen nur einen einzigen Frauenarzt. Die Frauen stellen sich um 4 Uhr früh an, und um 12 Uhr müssen sie wieder heimfahren, weil sie nicht daran kommen. (Abg. Dr. Piaty: „In Graz warten sie zwei Monate!“ — Abg. Ileschitz: „Wo bleibt der hypokritische Eid!“ — Abg. Dr. Piaty: „Ich kenne den Eid, aber Sie nicht!“ — Abg. Gratsch: „Sie haben den Eid vergessen!“ — Abg. Dr. Piaty: „Sie reden wie der Blinde von der Farbe!“) Aber was machen Sie? Sie reden von einer Ärzteschwemme und verhindern, daß Ärzte eines schönen Tages einmal nachkommen! So einfach kann man sich das nicht machen, Herr Primarius! Wir wissen ganz genau, daß wir keine Gesundheitspolitik ohne Ärzte ma-

chen können. Aber wir können Gesundheitspolitik nur mit Ärzten machen, für die der hypokratische Eid doch noch ein wenig Bedeutung hat (Beifall bei der SPO.) und nicht nur die finanziellen Mittel, das möchte ich Ihnen bei der Gelegenheit auch gesagt haben. (Abg. Dr. Piaty: „Kennen Sie den hypokratischen Eid überhaupt?“ — Abg. Hammerl: „Sie haben ihn vergessen! Sie reden wie ein Blinder von der Farbe!“) Ich würde Ihnen empfehlen, in aller Ruhe diesen Kontrollbericht — ich weiß nicht, vielleicht haben Sie nicht Zeit gehabt — durchzulesen (Abg. Dr. Piaty: „Den ersten und den zweiten Bericht!“) ich war Berichterstatter im Ausschuß, ich habe hier darüber gesprochen. Ich habe es noch ganz genau in Erinnerung. Ich weiß gar nicht mehr alle kritischen Bemerkungen, welche die Kontrollabteilung sehr sachlich festgestellt hat. Aber es wäre unverantwortlich gewesen, auch für die Abgeordneten hier, eine Budgetpost zu beschließen, wie wir es ohnehin durch Jahre getan haben. Wir hätten es gar nicht machen dürfen ohne Kontrolle, ohne Finanzierungspläne. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit für jeden Kegelverein, wenn er eine Subvention bekommt, daß er sagt, was er damit getan hat. Und das müssen auch Sie tun! (Abg. Dr. Piaty: „Bitte, kontrollieren Sie die Subventionsgelder der Parteien!“) Davon werden wir uns nicht abhalten lassen, das möchte ich Ihnen mit aller Deutlichkeit sagen. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete DDr. Stepantschitz. Ich erteile es ihm.

Abg. DDr. Stepantschitz: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich werde versuchen, trotz der etwas aufgeheizten Stimmung wieder etwas zur Sache zu kommen. Es ist davon gesprochen worden, daß unser Bettenplan nicht stimmt. Es ist jetzt ein bißchen schwer, sich zu orientieren, sind es zu viel oder sind es zu wenig. Ich bin auch der Meinung, es sind an sich zu viel. Wir werden uns auf die Dauer diese Zahl nicht leisten können. Wir werden konzentrieren müssen und wir werden in den Betten, die dann noch da sind, wirklich alles das bieten müssen, was notwendig ist.

Meine Damen und Herren, ich flechte das gleich ein, es ist sehr, sehr schwer, Gesundheitspolitik zu betreiben, wenn man sich nur von lokalen Interessen oder nur von politischen Interessen leiten läßt. Ich glaube, wir müssen hier wirklich versuchen, Gesundheitspolitik für alle Steirer zu machen, gleich, ob sie jetzt rot, schwarz, jung oder alt sind. Ich glaube, wir müssen einmal einen Plan haben, wieviel Betten wir brauchen. Meine Damen und Herren, es ist jetzt bereits die Kostenstellenrechnung da. Wir können feststellen, wieviel ein Bett dem Land Steiermark kostet. In Graz ein sehr interessantes Ergebnis: Die kleinste Abteilung, die zweite Lungenabteilung, die eine sehr gute ist, aber an der gar keine besonderen Eingriffe gemacht werden, ist für uns relativ die teuerste, weil man halt mit 20 Betten ein Primariat nicht führen kann. Es kommt uns teurer wie die große Chirurgie, pro Bett natürlich. Das ist etwas, was man, glaube ich,

berücksichtigen muß, wenn man im Rahmen eines Budgets, das vorgegeben ist, verantwortungsvoll kalkulieren will. Ich glaube also, wir müssen schauen, daß wir die Betten konzentrieren und dort dann auch wirklich alles bieten.

Richtig ist angeführt worden, wir haben noch Abteilungen ohne Anästhesisten. Meine Damen und Herren, mit einem ist es ja nicht getan. Der macht 40 Stunden Dienst. Wir brauchen pro Posten vier-einhalb. Wir haben Gebärabteilungen, die von Chirurgen betreut werden. Es hat sich einiges, ich möchte nicht sagen gebessert, sondern geändert. Wir haben mehr Gebärabteilungen, nur sind die auch noch nicht ausreichend besetzt. Auch hier ist es Glücksache, ob in der Nacht gerade der Facharzt da ist, den ich brauche. Woraus man auch die Lehre wird ziehen müssen, daß wir endlich einmal einen Plan brauchen, wo in der Steiermark Geburten so durchgeführt werden können, daß die Kindersterblichkeit endgültig sinkt. Wir haben uns zwar gebessert, ich weiß das, aber wir sind immer noch nicht sehr gut dran.

Schauen Sie die Planung an, was die Ärzte betrifft: Ewige Klage vom Oberland, es fehlt der Frauenarzt, es fehlt der Kinderarzt. Wir haben einen Stau von Ärzten in den Kliniken, eine Entwicklung, die sich ergeben hat aufgrund der Nachkriegsverhältnisse, wir müssen schauen, daß die Ausbildung rascher vor sich geht. Ich glaube nicht, daß wir in der Summe zu wenig Ärzte haben in der Steiermark. Wir haben, jedenfalls wenn man die Statistik anschaut, sehr viele, aber sie sind falsch verteilt. Sie sind eben auch konzentriert in den Krankenhäusern und wir bekommen sie nicht dorthin, wo man sie wirklich draußen braucht. Das hat sehr viele Gründe, auf die ich heute nicht eingehen will, weil die Zeit dazu nicht reicht und weil wir froh sind, wenn wir dieses Kapitel in Ordnung hinter uns bekommen, aber wir werden schauen müssen, daß die Ausbildung von Fachärzten rascher vor sich geht.

Es ist merkwürdigerweise ein Fach heute nicht genannt worden, das muß irgend jemand vergessen haben, das sind die Zahnärzte. Dort ist es wirklich arg. Es werden jetzt wieder ein paar Zahnärzte mehr ausgebildet werden in Graz. Da fehlt aber bitte wirklich der Plan vom Gesundheitsministerium. Wenn bei einer Besprechung vor einem Jahr gesagt wurde, gerade um vier Stellen haben wir zu wenig, und wenn wir gerade erst angebaut haben, dann ist das schon ein Flickwerk. Und wenn man jetzt in die wahrscheinlich aufzulassende — ich will der hohen Regierung nicht vorgreifen, was sie endgültig beschließt — wieder Zahnausbildungsstellen hineinschafft, ist das schon ein etwas groteskes Flickwerk, dann ist die Zahnklinik bereits auf drei Stellen verteilt. Wenn man einen Neubau begonnen hätte, freilich in dem enormen Ausmaß, wie es einmal vorgesehen war, wäre das wahrscheinlich heute zusammenfassend billiger gekommen. Das ist also wieder ein Flickwerk. Ich habe, bitte sehr, noch nirgends von einer verantwortungsvollen Stelle erfahren, wieviel Zahnärzte wir eigentlich in der Steiermark brauchen. Die Ausbildung ist derzeit nur an einer Klinik möglich. Es ist wirklich

nicht lustig, wenn man Zahnweh hat und drei Wochen warten muß, bis man drankommt. Ich glaube, da wird es auch notwendig sein, endlich einmal das ganze ins richtige Lot zu bringen.

Es sind noch etliche andere Forderungen erstellt worden. Ich könnte mir das sehr leicht machen und könnte Ihnen alles aufzählen, was wir noch brauchen. Die Frage ist ja nur, wie es realisiert wird. Ich bin ohne weiteres in der Lage, meine Damen und Herren, wenn Sie zustimmen, wir können das Budget von vorn wieder anfangen, geben Sie uns den ganzen Betrag für das Gesundheitswesen, ich komme leicht aus. Die Frage ist nur, ob sonst noch etwas passiert. Die Frage ist die Machbarkeit. Es wird eben immer teurer. Wir haben jetzt Gott sei Dank, ein neues Medikament gegen Knochenkrebs, es hilft, nicht viel, aber doch etwas. Allein durch ein Medikament entstanden im Krankenhaus Graz Mehrausgaben von 3 Millionen Schilling bisher. Dieses Medikament ist erst seit fünf Monaten bekannt. Das sind Dinge, die man halt geben muß, da gibt es keine wirtschaftliche Führung eines Krankenhauses. Das sind halt Realitäten. Zu dem Medikament gehört natürlich auch ein Superspezialist dazu, der sich damit auskennt, und der mir sagen kann, das hat einen Sinn, oder das hat keinen Sinn. Wie gesagt, ich bin gerne bereit, das ganze Budget zu übernehmen und gemeinsam mit Kollegen Piaty, oder auch mit Ihnen allen, zu verteilen. Die Frage ist nur, und das ist ja nicht eine Frage, die die Steiermark betrifft, die ist ja weltweit, wie weit kommen wir mit den Möglichkeiten, den Angeboten, überhaupt noch mit. Ich darf schon sagen, ich möchte nicht, daß die ganze Diskussion in reinem Pessimismus schließt, wir haben doch schon einiges erreicht. Wir haben sicher das Lebensalter erhöht, man bekommt ein Bett, wenn man will. Ich darf hier nicht ganz ohne Stolz sagen, ich habe es schon am Vormittag gesagt, der Durchschnittsbelag im Krankenhaus Graz ist um 5 Prozent zurückgegangen, zum Teil, weil es Maßnahmen außerhalb des Krankenhauses gibt, weil es die Hauskrankenpflege gibt — vom Land Steiermark —, weil es den Altenhilfsdienst gibt — vom Land Steiermark —, aber schon auch, weil wir schneller arbeiten, weil ja die Durchschnittsdauer des Belages sich gesenkt hat. Da gibt es vor allem Probleme mit der Krankenkasse, das wissen Sie ja, aber letzten Endes haben wir ja doch den Auftrag, daß es schneller geht und daß wir weniger Betten haben. Es kommt ein Krankenhaus teurer, weil es den Aufnahmestag und den Entlassungstag doppelt zahlen muß. Das sind Spielereien, auf die man nicht eingehen sollte. Wir wollen schauen, daß wir mit weniger Betten auskommen; und wir wollen schauen, daß wir mit den Mitteln, die das Land uns gibt, und die wir beschließen werden, halt doch das Bestmögliche erreichen.

Nun zum Schluß, es wurde gesprochen vom Roten Kreuz, das nur deshalb existiert, weil es freiwillige Helfer hat. Herzlichen Dank für alles das, was das Rote Kreuz macht. Aber wenn nicht freiwillige Helfer bei der Krankenpflege, das fängt zu Hause an, da sind, können wir sowieso zusperrern. Wir haben Gott sei Dank noch eine jugendliche Hilfsgruppe. Herzlichen Dank für das, was geleistet wurde bei

diesem Eisenbahnunfall, aber bitte auch dem ärztlichen Personal. Ich habe mir das selbst angeschaut, das war wirklich großartig. Nach der ersten Radiomeldung sind praktisch alle Ärzte im Spital erschienen. Es ist also aufgrund eines Katastrophenplanes, der da ist, blitzartig auch die Versorgung gegangen. Forderung: Notfallwagen, selbstverständlich! Flugdienst, selbstverständlich! Aber bitte, nicht nur für Graz, sondern für ganz Steiermark! Ich glaube, bei aller Enge unserer Budgets wird uns hier etwas einfallen müssen. Nur glaube ich, brauchen wir auch ein Konzept, wo wir jetzt alles drinnen haben, vom Flugdienst bis zum kleinen Rettungswagen am Land draußen. Wir werden die Möglichkeiten, die in Graz bestehen, auch mit denen, die draußen am Land und im Gebirge bestehen, koordinieren müssen. Denn das ist völlig richtig, das erste ist eine ordentliche Bergung des Kranken und ein sicherer Transport nach Hause.

Ich darf also schließen, meine Damen und Herren, ich verstehe selbstverständlich sehr wohl, daß es sehr viele Interessen gibt, die hier angemeldet werden, daß man noch sehr viel reklamieren kann und ich habe auch aufgezeigt, daß unser Spitalsplan noch nicht da ist und noch nicht befriedigend ist, und daß wir immer wieder neu darüber nachdenken müssen, das ist ja leider so im Gesundheitswesen, daß jeder Plan nach fünf Jahren überholt ist, das ist eine amtliche Feststellung. Die größte Katastrophe ist ja in Wien passiert, im Allgemeinen Krankenhaus. Wir haben bei uns auch Fehlplanungen, aber so arg ist es bei uns Gott sei Dank nicht. Wir müssen uns immer wieder überlegen, wie schaut der Plan aus, wie kommen wir weiter mit den vorhandenen Mitteln und wir dürfen trotz allem zum Schluß eines sagen, daß wir stolz sein dürfen auf die Leistungen unserer Ärzte und unseres Krankenpersonals. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Bammer. Ich erteile es ihm.

Landesrat Bammer: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Der Ausgabenrahmen für die Landeskranken-, Heil- und Pflegeanstalten beträgt im kommenden Jahr knapp 3 Milliarden Schilling. Es wäre verwunderlich, wenn dieser große Betrag und die Verteilung und Anwendung dieses Betrages nicht die Gemüter bewegen würde und nicht zu einer kritischen, wie ich ohne zu qualifizieren, sagen darf, überwiegend sachlichen Diskussion herausfordern würde. Ich bin immer, auch hier an dieser Stelle, sehr dankbar für Hinweise, die es uns erleichtern, diese schwierige Aufgabe der richtigen Führung, der richtigen künftigen Gestaltung unserer Anstalten, zu verbessern und zu erleichtern. Ich nehme also alle, nahezu alle Anregungen gerne auf und werde sie mit dem zuständigen Beamten gewissenhaft auf die Durchführbarkeit überprüfen.

Ich darf zuerst und direkt auf einige Probleme eingehen, die in der Diskussion eine Rolle gespielt haben. Frau Abgeordnete Jamnegg hat über die Frage des Krankenanstalteninvestitions- und Zusammenarbeitsfonds gesprochen und gemeint, das Land

Steiermark verzichtet durch die Nichthineinnahme der Bediensteten der Zentralverwaltung der Krankenanstalten auf einen weiteren, erhöhten Zuschuß aus diesem Fonds. Ich darf feststellen, daß die Bediensteten des Landeskrankenhauses Graz seit der Kostenstellenrechnung mit drinnen sind und daß natürlich auch geprüft werden muß, wie weit über die Rechtsabteilung 12 hinaus andere befaßte Abteilungen, die auch für das Gesundheitswesen, für die Krankenanstalten tätig sind, anteilsmäßig mithineinzunehmen wären, das betrifft die Personalabteilung, die Landesbuchhaltung. Es trifft aber auch das Bauamt, weil ja auch hier immer wieder wesentliche Planungsarbeiten für die Krankenanstalten geleistet werden. Die Frage der Gesamthineinnahme ist also in Diskussion und wird von uns sehr gewissenhaft verhandelt.

Und damit komme ich auch schon zur zweiten Frage, die so heftig diskutiert wurde: der Kontrolle der Bettenzahl. Herr Primarius Dr. Piaty, Sie sind Arzt, Primarius und Ärztekammerpräsident. Ich bin als Referent aber sicher kein Fachmann wie Sie. Aber eines geht mir nicht zusammen: Sie haben emutionsgeladen heftig gegen zu viele Krankbetten argumentiert und haben andererseits gesagt: „Ich muß in Fürstenfeld meine Leute auf den Gang legen!“ Aber das haben wir ja nicht nur in Fürstenfeld. Wir haben ja eigentlich leider überall zu wenig Betten, obwohl uns alle Statistiken gewissermaßen bestätigen, daß wir zwar nicht die höchste Bettenanzahl haben, aber mit an der Spitze der österreichischen Bundesländer liegen. Die genauen Ziffern ergeben also, daß wir für die Akutversorgung in Wien auf 1000 Einwohner 15,72 Betten, in Salzburg 11,78, in der Steiermark 11,23 Betten und in Kärnten 10,35 Betten aufweisen, im österreichischen Schnitt sind es 11,16, also knapp unter der Steiermark liegend. Ich möchte aber nur sagen, von den rund 13.464 Betten, die in der Steiermark in der Statistik aufscheinen, werden nur knapp 9300 vom Land Steiermark vorgehalten und der Bevölkerung bereitgestellt. Wir haben also sicher durch den Umstand, daß wir eine medizinische Fakultät in Graz, daß wir hervorragende Spezialisten in allen Fachrichtungen haben, den Zustand, daß die anderen, die privaten Krankenanstalten, sich sehr, sehr vergrößert haben, immer noch zuzubauen, während wir im Land tatsächlich bemüht sind, den Bettenstand nicht nur zu halten, sondern auch nach Möglichkeit zu senken. Doch dafür gibt es konkrete Beweise. Wir haben vor eineinhalb Jahren am Landes-Nervenkrankenhaus, am Feldhof, die Schlaganfallintensivstation eröffnet, in Betrieb genommen, übrigens großartig in der Funktion und in der Annahme, und haben trotzdem kein Bett mehr, weil wir Messendorf geräumt haben und praktisch die Messendorfer Pflinglinge — diese bedauernswerten Geschöpfe — in den anderen Pavillons und Abteilungen im Landes-Nervensonderkrankenhaus unterbringen mußten. Das heißt, wir haben also eine qualitative Verbesserung des Angebotes in dieser Anstalt ohne Bettenvermehrung zustande gebracht.

Wir haben im September 1978 gemeinsam in Judenburg die neue geburtshilfliche und gynäkologische Abteilung in Betrieb genommen. Sie hat großartig eingeschlagen. Es waren im Jahre 1977 etwa

245 Geburten zu verzeichnen. Wir werden im Jahr 1979 auf nahezu 1000 Geburten kommen. Das heißt eine viel bessere Versorgung, Annahme durch die Bevölkerung, aber wir haben durch die Schleifung des Isoliertraktes keine Bettenvermehrung, wir haben genau die konkrete Bettenzahl gehalten. Sie müssen aus diesem Beispiel ersehen, daß wir jede Möglichkeit, Betten einzusparen oder nicht mehr unbedingt erforderliche Betten wegzurationalisieren, wahrnehmen, wie das zum Beispiel auch das soeben von Herrn Abgeordneten DDr. Stepantschitz angeführte Beispiel der II. Lungenabteilung im Landeskrankenhaus Graz, die wir also ersatzlos räumen, zeigt — es sind sicher nicht sehr viele Betten — die Patienten werden alle in der I. Lungenabteilung unterkommen und künftig versorgt sein. Wir werden in diesen Räumen die diskutierte Erweiterung der Zahnklinik vornehmen, so daß auch hier weiter gelten kann, daß wir uns wirklich der Tatsache bewußt sind, daß wir Betten nicht vermehren dürfen, sondern nach Möglichkeit vermindern — wenn schon nicht vermindern, ich bin auch Realist, müssen wir zumindest den Stand halten. Das ist also die Problematik, vor der wir stehen.

Wenn ich gleich anschließen darf: Sie, aber auch die Frau Abgeordnete Jamnegg haben die Frage künftiger Gebär- und gynäkologischer Abteilungen behandelt. Wir haben natürlich aus dem Versorgungsplan, aus dem Entwicklungsplan, wissend in allen Standardkrankenhäusern für die Zukunft solche Abteilungen vorgesehen. Das wissen wir sehr genau, aber bitte, es ist nicht das Budget des Landesfinanzreferenten, nicht das des Anstaltsreferenten, es ist das Budget der gesamten Regierung, die sich mit viel viel Ehrgeiz bemüht, alle möglichst gleichmäßig zu benachteiligen, anders geht es bei dieser Budgetentwicklung und bei den Problemen des Landes nicht aus.

Wir haben aber heuer in Voitsberg eine weitere Geburtshilfliche Abteilung eröffnet. Wir stehen auch in der Planung einer Reihe weiterer Standardkrankenhäuser, aber ich gestehe, es ist ein Langzeitplan, es wird also geraume Zeit dauern. Trotzdem haben wir eine fühlbare Verbesserung der Säuglingssterblichkeit, ich stelle das gerne fest. Es war so, daß im Jahre 1976 in Österreich die Säuglingssterblichkeit 18,2 Promille betrug, in der Steiermark 21,2, im Jahre 1977 in Österreich 16,8, in der Steiermark 18 Promille, im Jahre 1978 in Österreich 15 Promille, in der Steiermark 16,2. Wir liegen also doch schon wesentlich besser als vor wenigen Jahren. Sicher ist das ein Erfolg der guten Arbeit unserer Kinderklinik und der dort tätigen Ärzte, aber auch der verbesserten Versorgung in der Frauenklinik und vor allem der Errichtung von solchen vielfach diskutierten Abteilungen an den Krankenanstalten am Land draußen. Sie mögen ersehen, daß wir die Dinge durchaus erkennen und so weit die monetären Möglichkeiten vorhanden sind, auch in Angriff nehmen. Wir wissen, meine Damen und Herren, daß in dieser Zeit jedes Kind, das zur Welt kommt, praktisch ein Wunschkind ist und daß die Gemeinschaft die Verpflichtung hat, auch weitestgehend dafür Sorge zu tragen — soweit es menschenmöglich ist — daß dieses Kind gesund zur Welt kommt, auch gesund aufwächst.

Zur Frage der Unfallabteilungen oder Unfallstationen in der Steiermark: Es gibt immer wieder Gespräche mit den Verantwortlichen der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt. Es wird sicher so sein, daß das — wir nehmen an — Ende 1980 zur Eröffnung gelangende neue Unfallkrankenhaus in Algersdorf die Räume Graz, West-, Ost- und Südsteiermark abdecken wird. Hier gibt es auch keine geographischen Hindernisse für Hubschrauberanflug oder rasche Verbindung auf der Straße. Wir haben im Schwerpunktkrankenhaus Bruck eine Unfallabteilung in Planung. Es ist so, daß die Diskussion dahin geht, ob eine weitere Unfallabteilung in der Murfurche, in Judenburg oder in Knittelfeld errichtet werden kann und es wird das obere Ennstal möglicherweise in Zukunft mit dem Hineinreichen nach Salzburg in Schladming wahrscheinlich eine derartige Abteilung oder Station bekommen. Das ist unverbindlich abgesprochen und wir werden uns mit der Frage beschäftigen. Es ist auch leichter geworden. Die Unfallversicherungsanstalt bestand ganz strikt darauf, daß das eine eigene Abteilung ist mit einem gewissermaßen von ihr ausgebildeten und qualifizierten Leiter. Hier sind die Gesprächsmöglichkeiten, könnte man sagen, gerade in den letzten Tagen besser geworden.

Zur Frage des Strahlenbunkers: leider ein Dauerbrenner in der Diskussion in Regierung und im Landtag, aber auch natürlich im Krankenhaus draußen. Wir rechnen, daß nach letzten, heute zugekommenen Meldungen, die Alternativplanung im Frühjahr 1980 fertig sein wird, und daß etwa im Mai die Landesregierung zu entscheiden haben wird, auf welchem Standort, welchem Platz dieser Strahlenbunker errichtet werden soll. Das also zur Frage des Strahlenbunkers. Er hat Priorität, er hat die Nummer eins in der Prioritätenliste im Bereich des Landeskrankenhauses Graz.

Der Herr Abgeordnete Pränckh hat in bewegten Worten vorgetragen, daß es unbedingt erforderlich ist, eine interne Abteilung am Landessonderkrankenhaus Stolzalpe einzurichten. Wir haben heute schon draußen diskutiert, es werden heute noch weitere wichtige Gespräche stattfinden. Der gute Wille ist sicher vorhanden. Man soll nur nicht glauben, daß eben mit den vorhandenen bescheidenen Möglichkeiten im finanziellen Bereich sofort alles eingerichtet werden kann. Es muß ein Labor geschaffen werden, es müssen andere Untersuchungs-räumlichkeiten geschaffen werden, die apparative Ausstattung, also alles, was dazu notwendig ist. Wenn es einmal errichtet ist, wollen alle haben, daß es sofort hundertprozentig funktioniert. Das kennen wir alle. Die Frage, ob sich der Herr Oberarzt Dr. Feischl um Bad Aussee, um die Interne Abteilung Bad Aussee, die wir mit 1. Jänner eröffnen, bewirbt oder nicht, ist eine rein persönliche Entscheidung. Ich schätze ihn sehr und wir alle kennen sein Bemühen, aber es kann ihm wahrscheinlich heute niemand garantieren, wenn der Rechtsakt der Errichtung der Internen Abteilung der Stolzalpe abgeschlossen ist, wie dann der Landes-sanitätsrat Bewerbungen reiht, welche Ärzte sich bemühen und wie die Regierung dann entscheidet. Das ist eine nüchterne Darstellung der Vorgänge.

Hier ist eine sehr persönliche Entscheidung des Bewerbers unbedingt erforderlich.

Damit bin ich auch schon beim Herrn Abgeordneten Piaty: Säuglingssterblichkeit — habe ich behandelt. Die Frage auch, hören Sie auf, weiter Betten zu bauen. Herr Präsident, ich habe das auch ausgiebig behandelt. Zur Frage der Versorgung der Standardkrankenanstalten mit Anästhesisten hat kurz der Herr Abgeordnete Stepantschitz Stellung genommen. Ich drücke mich nicht davor, aber zuständig ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart als Personalreferent. Wir wissen aber, was das für eine finanzielle Belastung bedeutet. Notwendig ist es sicher, das ist auch in unserer Betrachtung unbestritten. Zur Frage der Gesellschaft für Gesundheitspolitik, ich glaube so heißt sie, kann ich nicht Stellung nehmen, hier ist der Herr Kollege Professor Jungwirth zuständig, er wird dies sicher im ausgiebigen Maß tun.

Ich möchte doch auf einige Erfolge des Jahres 1979 eingehen. Wir haben im Landeskrankenhaus in Graz die Umgestaltung der II. Chirurgie abgeschlossen. Hier ist Großartiges geschehen, gab es optimale Behandlungseinrichtungen, sind auch die neue Operationsraumgruppe und eine Wachstation zur Verfügung gestellt worden. Der Leiter dieser Abteilung, er ist ja leider vor kurzem selbst erkrankt, war jedenfalls von den Arbeitsmöglichkeiten und Behandlungsmöglichkeiten, die es auf der II. Chirurgie gibt, restlos begeistert. Wir haben vor, das wurde bereits betont, die II. Lungenabteilung aufzulösen; der Regierungsantrag ist unterschrieben, ich hoffe, er wird am Montag in der Regierung beschlossen werden, um in diesen Räumen eine weitere Möglichkeit, Zahnärzte auszubilden, zu erhalten. Herr Abgeordneter Stepantschitz, wieviel Zahnärzte wirklich gebraucht werden in Österreich, weiß ich nicht. Wir versorgen ja nicht nur die Steiermark, wir haben auch zum Teil Burgenland und Kärnten zu versorgen, aber auch Oberösterreich wirbt uns fertige Zahnärzte ab, das kennen wir sehr genau. Es werden nunmehr in Zukunft 28 Ausbildungsstühle vorhanden sein, das heißt, 56 Zahnärzte können zugleich ausgebildet werden. Das ist sicher eine wesentliche Verbesserung, wenn auch leider erst in absehbarer Zeit und nicht sofort.

Wir sind im Landeskrankenhaus Leoben dabei, die Bettenstation der Frauenabteilung im zweiten Obergeschoß umzubauen und zu verbessern. Es ist die Fertigstellung der Kinderambulanz erfolgt, und es wird der Ambulanzzubau und die Adaptierung des Hauptgebäudes zum Behandlungstrakt eben vorgenommen.

Bad Aussee: Die Räumlichkeiten der Internen Abteilung, die mit 1. Jänner errichtet werden soll, sind fertiggestellt. Wir sind in Feldbach bei einer gewissenhaften Planung für die künftige Entwicklung unter Berücksichtigung der dritten Abteilung, Gynäkologie und Geburtshilfe. Fürstenfeld: Adaptierung des septischen Operationssaales auf der Chirurgischen Abteilung. Judenburg: Wir haben ein Haus für das Personal fertiggestellt und haben die Gehärstation ebenfalls voll in Funktion. Mürzzuschlag: Der Ambulanzzubau und auch die Verbesserung der Aufenthalts-räumlichkeiten für das Personal sind im Abschluß. Radkersburg: Fertigstel-

lung des Zentrallabors und der Nebenräume für die Chirurgische und Medizinische Abteilung, Ausbau der Operationssäle mit Nebenräumen und Fortsetzung der Generalsanierung des Altbaues — ein großes Programm in dieser Grenzstadt. Rottenmann: Baubeginn der weiteren zwei Ausbaustufen. Voitsberg: Bereits davon gesprochen, Errichtung des Ambulanztraktes und Aufstockung des Hauptgebäudes, fertiggestellt geburtshilfliche gynäkologische Abteilung, 1980 geht es weiter. Wagner: Planung der zentralen Operationsraumgruppe, Intensivbehandlungseinheit, Bettentrakt für Geburtshilfe und gynäkologische Abteilung, Labor und Ambulanz in Planung. Landesnervenkrankenhaus: Speisewagen-Bahnhof, wie es so schön klingt, fertig, Errichtung einer neuen Waschstraße inklusive Wärmerückgewinnungsanlage zur Energiekostensenkung. Stolzalpe: Im Rahmen der 50-Jahr-Feier dieser Anstalt Adaptierung der Erwachsenenabteilung und des Verwaltungsbereiches. Wir sind dabei, die Ambulanzraumgruppe im OP-Bereich der Kinderabteilung zu sanieren. Deutschlandsberg: Ist diskutiert und kritisiert. Herr Präsident Piaty, Sie brauchen mich gar nicht zu bedauern, daß ich in Knittelfeld kein neues Spital bauen kann, weil schon eines vorhanden ist, ich habe auch das gehört. Ich bin überzeugt, daß diese Krankenhäuser nicht nach Prestigestandpunkten errichtet werden. Wir wissen, daß es nicht darum geht, die Strecke von Deutschlandsberg nach Graz zu überwinden, es gibt ja auch viele Bewohner des Bezirkes, die auf der Soboth, Weinebene und anderen Gebieten weit weg von Deutschlandsberg wohnen, die schon eineinhalb bis eindreiviertel Stunden als Krankentransport nach Graz zur Kenntnis nehmen müssen. Das also im Zusammenhang mit einem Teil der im Gange befindlichen Ausbauprojekte.

Ich komme aber damit nun doch auch, weil ja das alles Geld kostet, zum Geld selbst, meine Damen und Herren! Hier gibt es natürlich interessante Feststellungen. Es sind die erhöhten Zuwendungen aus dem Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds an den Krankenanstaltenträger, das Land Steiermark anzuführen, aber es ist sicher interessant, daß im Jahre 1975 der Abgang der Krankenanstalten am Gesamtbudgetrahmen Ausgaben von 4,93 Prozent betragen hat, im Jahre 1976, laut Rechnungsabschluß 4,26 Prozent, im Jahre 1977 4,22 Prozent, im Jahre 1978 4,01 Prozent, laut Voranschlag 1979 3,01 Prozent. Das heißt, der Anteil des Abganges am Gesamtausgabenrahmen des Landesvoranschlages ist ziffernmäßig, aber auch in Prozentanteilen fühlbar zurückgegangen, und wenn ich, hochgerechnet, feststelle, daß der Abgang im Jahre 1979 465 Millionen Schilling ausmachen wird und im Jahre 1975 543 Millionen Schilling betragen hat, so mögen Sie daraus ersehen, daß das grob gerechnet etwa 80 Millionen Schilling im Jahr 1979 weniger als im Jahre 1975 sind. Das muß sich auch im Ausbauprogramm und in der Ausstattung der Anstalten niederschlagen.

Frau Abgeordnete Jamnegg meint, es ist bedauerlich, daß 64,5 Prozent etwa Personalaufwand im Krankenanstaltenbereich ist. Ich muß noch eine viel traurigere Mitteilung machen: Nach der Kostenstellenrechnung, die auch die Bundesdienststellen

mitenthält, die Posten, die also der Bund beistellt, sind es 73 Prozent Personalaufwand, das heißt also, daß für den Sachaufwand, die Ausstattung unserer Krankenanstalten mit neuen Geräten und allem, was dazugehört, auch die Erhaltung, immer weniger Mittel zur Verfügung stehen. Bitte, ich jammere, aber in der Regierung hilft das Weinen und Jammern nicht, wenn das Geld nicht da ist, dann wird entschieden und dann muß ein gewisser Ausgleich gefunden werden. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Helfen tut es nicht, aber schön ist es, wenn du jammerst!“) Ja, ich könnte beim Personal am meisten jammern, Herr Landeshauptmann Wegart! (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Bitte nicht, bitte nicht!“)

Ich möchte aber die Abgeordneten des Hohen Hauses nicht sehr lange aufhalten. Ich möchte nur noch zu einer Frage Stellung nehmen, die in diesem Jahr vor allem fast alle in den Anstalten Tätigen sehr beunruhigt und sehr, sehr getroffen hat: Es war die Artikelserie „Die Millionen der weißen Götter“ in der „Kronenzeitung“. Darf ich dazu folgendes in aller Form sagen: Die pauschaliert herabsetzende Darstellung der Klinikchefs und Primarii erscheint geeignet, das Vertrauen der Patienten zum Arzt entscheidend herabzusetzen. Als zuständiger Referent für die Landeskrankenanstalten und die Kliniken im Land Steiermark möchte ich in aller Form das Vertrauen der Landesregierung den in diesen Anstalten tätigen, verantwortlichen Ärzten mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aussprechen. Die großartigen Leistungen in unseren Landeskrankenanstalten verdienen alle Anerkennung und jede Würdigung. (Allgemeiner Beifall.)

Meine Damen und Herren, wie sollte es anders sein: Auch in diesem Jahr, bei dieser Beratung im Budget, ist es meine Aufgabe, auf das Ausscheiden einiger sehr verdienstvoller Ärzteleiter von Einrichtungen des Landes hinzuweisen. Es ist zuerst Primarius Dr. Ernst Zahlbruckner, der Vorstand der I. Lungenabteilung im Landeskrankenhaus Graz. Ich glaube, daß der Name, die Nennung des Namens bereits zum Ausdruck bringt, welcher Wertschätzung sich dieser Mann in der steirischen Gesundheitspolitik, in der Bevölkerung erfreut hat und noch erfreut, und wie groß der Verlust ist, den wir als Land Steiermark, als Krankenanstaltenträger, durch das Ausscheiden des Primarius Doktor Zahlbruckner erleiden. Er hat 1940 promoviert, war in der Folge Sekundararzt am Landeskrankenhaus Graz, Assistenzarzt am Pathologischen Institut, seit September 1942 an der Lungenheilstätte in Hörgas-Enzenbach, von 1943 bis 1949 an der Lungenabteilung am Landeskrankenhaus Graz als Assistent. Am 1. August 1949 Übertritt in den Dienst der Stadtgemeinde Graz als Oberarzt, Tätigkeit in der TBC-Fürsorgestelle. Mit 1. Jänner 1956 Leiter der Lungenfürsorgestelle und praktisch seit dem 1. Jänner 1960 Leiter der Lungenabteilung am Landeskrankenhaus Graz, das heißt also, 19 Jahre Leiter dieser wichtigen Anstalt, in der sich die Art der Kranken sicher sehr wesentlich verändert hat. Das wissen wir alle! Wenn wir heute die Lungenabteilung betrachten, erschrecken wir, wie viele junge Leute, junge Frauen, junge Burschen meist

durch Übergenuß von Nikotin, Raucher also, in der Abteilung mit schwersten Schädigungen sind, und es ist sicher immer ein großes Anliegen des Primarius Zahlbruckner gewesen, nicht nur aufklärend, sondern auch helfend zu wirken. Ich glaube, daß er sich den Dank des Landes und den Dank des Landtages voll und ganz in jeder Form verdient hat. (Allgemeiner Beifall.)

Mit 31. Dezember des Jahres scheidet auch der Primarius Dr. Ernst Winkler, der ärztliche Leiter des Landeskrankenhauses Feldbach, aus dem Landesdienst. Er war 29 Jahre — zuerst mit der provisorischen Leitung betraut und dann, ernannt mit 1. Jänner 1955, als leitender Primararzt tätig, das heißt also, 29 Jahre — im Landeskrankenhaus Feldbach als Chirurg, und ich glaube auch, daß er in diesen 29 Jahren, man kann sagen, Generationen von Menschen zur Seite gestanden hat, geholfen hat, und sich Primarius Dr. Winkler wie Primarius Dr. Ernst Zahlbruckner, einen, wie wir hoffen, langen und auch mit Gesundheit ausgestatteten Lebensabend verdient haben. (Allgemeiner Beifall.)

Ich komme damit zum Schluß, meine Damen und Herren. Ich möchte dem Hohen Haus danken für die Ansätze, die es uns möglich machen, unsere Krankenanstalten weiter der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Danken, daß es, wenn auch nur in bescheidenem Maße, möglich ist, weitere Verbesserungen, weiteren Ausbau, zu realisieren. Ich möchte auch gerade im Hinblick auf die Leistungen bei der Katastrophe in Neuseiersberg, der interessanterweise wenige Monate zuvor eine sehr wichtige Generalprobe der I. Chirurgischen Universitätsklinik vorausgegangen ist — sicher hat sich diese Generalprobe dann bei dem Einsatz positiv ausgewirkt —, allen danken, vor allem dem Roten Kreuz und über diesen Anlaß hinaus dem Roten Kreuz in der ganzen Steiermark, ich möchte den Mitarbeitern in der Rechtsabteilung 12 danken. Bei immer weniger Personal, bei immer stärkerem Aderlaß, der in personeller Hinsicht verzeichnet werden muß, wurden die Aufgaben immer wieder in vorbildlicher Weise erfüllt. Ich danke vor allem allen Ärzten, Schwestern, dem gesamten Personal in unseren Krankenanstalten für die Leistungen des vergangenen Jahres und wünsche allen in diesem Gesundheitsbereich Tätigen für das Jahr 1980 recht viel Erfolg. (Allgemeiner starker Beifall.)

Präsident: Zur Gruppe 5 erteile ich das Schlußwort Herrn Landesrat Professor Jungwirth.

Landesrat Prof. Jungwirth: Herr Präsident, Hohes Haus!

In dieser Gruppe ist unter anderem über die ärztliche Versorgung in den ländlichen Räumen die Rede. Die Fachabteilung für das Gesundheitswesen befaßt sich seit einigen Jahren, mit einer Aktion von Zinsenzuschüssen für die Errichtung von Praxen, und ich möchte kurz darüber berichten, weil die Entwicklung auf diesem Gebiet doch erfreulich ist und sich die ärztliche Versorgung außerhalb von Graz verbessert. Wir haben kürzlich eine Erhebung gemacht und dabei ein paar interessante Zahlen gesehen. Es ist tatsächlich so, daß es natürlich noch

weiße Flecken und Defizite gibt. Wir haben beispielsweise gesehen, daß bei den praktischen Ärzten in der Steiermark eine große Überalterung vorliegt. 43 Prozent der praktischen Ärzte sind über 60 Jahre alt. Die Durchschnittsversorgung in der Steiermark liegt bei 1920 Einwohnern pro praktischem Arzt, während sie in Gesamtösterreich bei 1675 liegt. Ein wichtiger Faktor bei der Versorgung mit Ärzten sind natürlich die Planstellen, die zwischen der Ärztekammer auf der einen Seite und den Sozialversicherungsträgern auf der anderen Seite ausgehandelt werden. Hier ist die Situation derzeit so, daß in der Steiermark elf Planstellen von Praktikern nicht besetzt sind. Ungünstiger ist die Situation bei den Zahnbehandlungen. Davon war schon die Rede. Wir haben hier einen Durchschnitt von 3900 Einwohnern pro Zahnbehandler, während er in ganz Österreich bei 2600 liegt. Auf diesem Gebiet gibt es derzeit 23 freie Planstellen außerhalb der Landeshauptstadt, die noch nicht besetzt werden konnten. Auch andere Facharztstellen sind in den steirischen Bezirken unbesetzt, vier für Kinderärzte, vier für Frauenärzte, zwei bei Lungen-, zwei bei den Nervenärzten und so weiter.

Alles in allem kann man sagen, die Dichte der ärztlichen Versorgung ist im ländlichen Raum noch nicht ausreichend. Wir müssen uns natürlich vor einem hüten, nämlich, daß wir jetzt in das umgekehrte Extrem verfallen und sagen, wir haben zu wenig Ärzte, wir müssen sie in Massen produzieren, denn dann würde es uns wahrscheinlich in ein paar Jahren so ähnlich gehen wie bei den Lehrern. Da haben wir auch vor ein paar Jahren gesagt, wir haben keine, wir brauchen sie dringend, und jetzt ist die Situation bekannt, die Ziffern, die Lehrerzahlen sind zu hoch. Aber bitte sehr, es ist noch etliches auf diesem Gebiet zu tun.

Die Aktion Zinsenzuschüsse für die Niederlassung von Ärzten im ländlichen Raum geht gottlob gut voran. Wir haben im Jahre 1973 damit begonnen, damals haben wir nur acht neue Ärzte installieren können, im Jahre 1979 waren es bereits 36. Und während der ganzen Aktion ist es uns bisher gelungen, 132 Ärzte mit dieser Hilfe des Landes anzusiedeln, davon sind 102 Praktiker und 14 Zahnärzte. Es geht also vorwärts, obwohl, wie gesagt, noch die Defizite eindeutig gegeben sind. Das wissen die Bewohner mancher Landbezirke.

Ich möchte bei der Besprechung der Probleme dieser Gruppe eine Frage, die vor einigen Tagen auch durch die Presse gegangen ist, nicht unerwähnt lassen, nämlich das Suchtgiftproblem. Es ist tatsächlich so, daß leider auch in der Steiermark auf diesem Gebiet eine ansteigende Entwicklung zu beobachten ist. Wir können das sehr genau verfolgen, weil es in der Fachabteilung für das Gesundheitswesen eine Beratungsstelle gibt, die die Leute anonym berät, so daß sie also verhältnismäßig leicht kommen. Auf der anderen Seite gibt es regelmäßige Beratungen in der Nervenklinik, einen sogenannten Suchtgipfel, wo Vertreter von Polizei, Gesundheitswesen, Gericht, Psychiatrie, Landesschulrat, Fürsorge und so weiter, sich regelmäßig treffen, um Maßnahmen zu beraten, die hier anzuwenden wären. Die Zahlen sehen etwa so aus, daß wir pro Jahr 1500 Beratungen haben und daß derzeit

in der Steiermark auch rund 300 Jugendliche erfaßt sind, die mit Rauschgift regelmäßig in Berührung kommen. Die Fachleute sagen jetzt, daß die Dunkelziffer nach internationalen Erfahrungen rund zehn Mal so groß ist, das heißt mit anderen Worten, daß rund 3000 Jugendliche in der Steiermark mit Rauschgift in Berührung sind. Dabei ist auch noch etwas zu sagen, nämlich, daß die Gefahr des Umsteigens von der schwachen Droge zur starken Droge größer geworden ist. Es gibt nunmehr leider auch bereits Heroinsüchtige bei uns, und das bedeutet eine ganz schlimme Situation, die praktisch ausweglos ist für den, der von ihr betroffen ist! Über Maßnahmen wurde diskutiert, ich erinnere an die Novellierung des Suchtgiftgesetzes, auch im Parlament war vor einigen Tagen davon die Rede.

Vergessen wir dabei auch nicht, meine Damen und Herren, daß es halt nicht nur auf Maßnahmen ankommt, sondern daß wir uns die Frage stellen müssen, was denn da dahinter steckt und daß die Wurzeln wohl dort liegen, wo von der — sagen wir — Lebensweise zu sprechen ist. Es gibt ja auch in dieser Hinsicht eine neue Medizin. Die Medizin vergangener Jahrzehnte hat großartige Siege über Infektionskrankheiten, über Viren, Bazillen und Bakterien errungen. Wenn man weiß, daß Menschen noch vor gar nicht allzulanger Zeit zu Tausenden an Infektionskrankheiten zugrunde gegangen sind, von der Diphtherie bis zum Kindbettfieber, daß Gott sei Dank diese Krankheiten besiegt sind, dann kann man aber auf der anderen Seite beobachten, daß sich die neue Medizin, oder eine neue Medizin, mit den sogenannten Risikofaktoren zu befassen hat, mit den Risikofaktoren einer Lebensweise, die nicht mehr menschengemäß ist und die sich äußert in Erscheinungen, die uns wohlbekannt sind, sei es die Gefäßkrankheit, der Herzinfarkt, der Alkoholismus, der Krebs, besonders der Lungenkrebs als Folge des übermäßigen Rauchens, die Autounfälle und so weiter und so fort. Hier liegen Wurzeln in einer Lebensweise, die die Menschen überfordert, die sie streßt. Ein sehr unverdächtiges Zitat habe ich in der letzten Ausgabe des Spiegels gefunden, der sich auch gerade mit dieser Frage in der Bundesrepublik beschäftigt. Hier heißt es: „Was ist der Hintergrund dieser Erscheinung, des Rauschgifts, in der Gesellschaft von heute?“ Zwei Begriffe tauchen in dieser Diskussion gleichsam immer wiederum als Leitmotiv auf, nämlich fortschreitender Funktionsverlust von Familie, Schule und Kirche und das Fehlen geeigneter Lebensleitbilder, die sogenannte Sinnkrise. Das, meine Damen und Herren, müßte uns an dieser Stelle auch etwas zu denken geben.

Meine Damen und Herren, mit Risikofaktoren im weitesten Sinne des Wortes beschäftigt sich auch die Tätigkeit der Gesellschaft für Gesundheitsschutz, die hier gerade in das Scharmützel des Landtages geraten ist. Es sind hier bekanntlich neue Kalkulationsschemen aufgelegt worden, es liegt ja auch ein diesbezüglicher Landtagsantrag vor, mit dem wir uns zu beschäftigen haben werden. Man kann sicherlich sagen, daß sich hier manches inzwischen gut eingespielt hat, ich erinnere an die Tätigkeit des AKL-Busses (Abg. Loidl: „Das ist aber das ein-

zige!“) oder auch an die Tätigkeit im Rahmen der Sportmedizin. (Abg. Dr. Schilcher: „Und gilt die Sportmedizin nichts?“). Ich hoffe, daß es aufgrund dieser Entwicklungen und auch aufgrund von Berechnungen, bei denen ja auch der Selbstbehalt der zu Untersuchenden inzwischen einbezogen worden ist, möglich sein wird, zu einer vernünftigen, guten Lösung zu kommen.

Lassen Sie mich noch ein kurzes Wort zum Naturschutz sagen, der auch in dieser Gruppe zu behandeln ist. Ich weise darauf hin, daß wir in unserem Land eine drastische Rückzugsphase von Pflanzen und von Tieren erleben. Es gibt Berechnungen, daß wir in Österreich etwa rund 20.000 heimische Tierarten haben, wobei vieles bis zum kleinsten Insekt gezählt wird, und daß davon rund 3000 als vom Aussterben gefährdet zu bezeichnen sind. Die Gründe dafür sind bekannt — Monokultur, Umweltverschmutzung, technischer Wasserbau, Anwendung von Pestiziden und anderes mehr. Manche der Tiere, die uns noch aus unserer Kindheit, aus unserer Jugend sehr vertraut sind, sind inzwischen verschwunden oder wirklich von der Ausrottung bedroht. Das beginnt bei Schmetterlingsarten, wie dem Nachtpfauenauge, das geht hin zur Fledermaus oder zum Wanderfalken, zum Fischotter oder zur Gottesanbeterin. Ja, das geht sogar so weit, daß wir uns nicht unbedingt wundern, daß die Leute immer weniger Kinder bekommen, denn die Feuchtwiesen sind im Rückzug und daher fehlt die Nahrung für den Storch, auch er ist bei uns in der Steiermark vom Verschwinden bedroht. (Allgemeiner Beifall. — Abg. Schrammel: „Die trockenen Wiesen sollen bequemer sein!“)

Nun, auf der anderen Seite, meine Damen und Herren, gibt es erfreuliche Erfolge des Naturschutzes zusammen mit der Raumplanung, mit der Regionalplanung, wo es gelungen ist, die Erholungsräume zu sichern und zu schaffen. Ich erwähne den Stubenberger See, den Packer Stausee, den Röksee, den Trabocher See, ich erwähne verschiedene Almgebiete: Teichalm, Sommeralm, Stubalm, Turracher Höhe, Planneralm. Ich erwähne den Pöllauer Naturpark, den Naturpark Sölktal. Es gibt eindeutige Erfolge, und wir wollen auf diesem Gebiet in diesem Sinne auch weiterarbeiten, wobei es sicherlich auch auf die Zusammenarbeit nicht nur mit Beamten, denen zu danken ist, sondern speziell auch mit den Bergwächtern ankommt. Mehrere 1000 Berg- und Naturwächter kümmern sich in der Steiermark ehrenamtlich um die Pflege der Landschaft. Sie versuchen, sie sauber zu halten oder sauber zu machen. Sie kümmern sich sogar um einzelne Denkmäler, um die Restaurierung von Bildstöcken, von Kirchen und manches andere mehr. Sie haben in diesem Jahr rund 4700 Autowracks aus den Wäldern und aus den Wiesen geholt, eine große Leistung. Sie darf nicht unerwähnt bleiben! Ihnen gebührt wirklich unser Dank.

Und weil ich jetzt beim Dankesagen bin, meine Damen und Herren, habe ich einen persönlichen Dank zu sagen. Und zwar an einen Herrn, der bei uns in diesem Hohen Hause ist und der die Dienste des Landes Steiermark mit Jahresende verlassen wird. Man glaubt es kaum, wenn man ihn

ansieht, denn glücklicherweise ist er ungerufen gut beisammen, wie es sich für einen Facharzt für interne Medizin gebührt. Es handelt sich um unseren Landessanitätsdirektor Hofrat Dr. Gustav Mittelbach. (Allgemeiner Beifall.)

Lassen Sie mich seine Laufbahn kurz rekapitulieren: Ich hoffe, für Sie, sehr geehrter Herr Hofrat, ist diese Stunde nicht zu wehmütig. Sie sind im Jahre 1938 als Turnusarzt in den Dienst des Landes eingetreten, mußten aber dann sehr bald zum Militär und dann kam der Krieg und für Sie auch Stalingrad. Sie sind erst im Jahre 1949 aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrt. Sie haben 1953 die Ausbildung zum Facharzt beendet und sind mit 1. Jänner 1954 als Amtsarzt in der Bezirkshauptmannschaft Deutschlandsberg in den Dienst des Landes eingetreten. Sie waren dann ab 1958 Amtsarzt in der Sanitätsdirektion, Sie wurden mit 1. Jänner 1962 Zentraldirektor am Landeskrankenhaus Graz und blieben das bis 1969. In Ihre Amtsperiode fielen unter anderem der Neubau der Kinderklinik, der I. Chirurgie und viele Neuorganisationen im Bereich des Spitals, beispielsweise die Einführung der sogenannten Wunschkost. Sie wurden dann schließlich mit 1. Jänner 1969 Leiter der Fachabteilung für das Gesundheitswesen und Landessanitätsdirektor. Zahlreiche Agenden haben Sie ausgefüllt im Zusammenhang mit dieser Funktion an Ausbildungsanstalten des Landes Steiermark für Krankenpflegepersonal, in verschiedensten Gremien des Bundes und des Landes im Bereich des Sanitätswesens. Viele Neuerungen und viele Entwicklungen, die eben in diese Zeit zwischen 1969 und 1979 fielen, geschahen in Ihrer Amtszeit. Sie haben Ihren Dienst immer, und ich nehme damit keineswegs eine offizielle Ehrung oder Verabschiedung vorweg, aber in diesem Hohen Hause darf es und muß es heute wohl gesagt sein. Sie haben Ihren Dienst immer mit Fleiß und Sachkenntnis und Loyalität erfüllt, und ich hoffe sehr, daß Ihnen in Ihrem Ruhestand nunmehr Zeit für Ihre vielen Interessensgebiete gegeben ist. Sie sind unter anderem ein Mann, der sich mit der Geschichte der Medizin beschäftigt. Wir haben in der Steiermark sehr wenige Medizinhistoriker, wir warten eigentlich dringend auf ein Buch über die Entwicklung oder die Geschichte der Medizin in der Steiermark, das wäre eine Aufgabe für Ihren Ruhestand. Herzlichen Dank also für alles, was Sie geleistet haben. Viel Glück und Gesundheit auf Ihren weiteren Wegen. (Allgemeiner starker Beifall.)

Präsident: Keine weitere Wortmeldung. Herr Abgeordneter Laurich hat das Schlußwort.

Abg. Laurich: Ich ersuche, über meinen Antrag abzustimmen.

Präsident: Sollten Sie den Ansätzen und Posten der Gruppe 5 zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Die Gruppe 5 ist angenommen!

Wir werden nach einer Pause von 30 Minuten die Gruppe 6 behandeln. Ich unterbreche die Sitzung jetzt bis 19.45 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung um 19.15 Uhr, Wiederaufnahme der Sitzung um 19.45 Uhr.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Wir kommen zur **Gruppe 6**, Straßen- und Wasserbau, Verkehr. Berichterstatter ist der Abgeordnete Georg Pranchh.

Herr Abgeordneter, ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Pranchh: Herr Präsident, leeres Haus!

Die Gruppe 6 beinhaltet an Unterabschnitten den Straßen- und Wasserbau sowie den Straßen- und Luftverkehr. Die Budgetansätze sind Ihnen allen bekannt, und ich bitte den Hohen Landtag, den Gesamteinnahmen der Gruppe 6 von 21.487.000 Schilling und den Ausgaben von 1.230.360.000 Schilling die Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lind, ich erteile es ihm.

Abg. Lind: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Südautobahn, Autobahnen in Österreich, brauchen wir sie, was bringen sie — ich glaube, diese Frage ist eindeutig beantwortet. Schon der Landeshauptmann Josef Krainer hat die Dringlichkeit des Baues der Autobahnen erkannt, er hat damals schon besonderes Gewicht auf die Südautobahn gelegt und entscheidend dazu beigetragen, daß sie projektiert und nun auch zum Ausbau kommt. Das West-Ost-Wohlstandsgefälle, Ihnen allen bekannt, ist unter allen Umständen abzubauen, und wir erwarten uns gerade von der Südautobahn, daß sie einen entscheidenden Beitrag dazu leistet. Wir erhoffen uns Betriebsansiedlungen, aber auch die Sicherung der Arbeitsplätze und die Hebung der Wirtschaftskraft in all diesen Räumen, durch die die Südautobahn geht. Für den Fremdenverkehr unerlässlich — auch hier sind sicherlich mit dem Ausbau der Südautobahn neue Impulse zu verzeichnen.

Es geht aber nicht zuletzt, und das wissen wir alle, um die Sicherheit für unsere Autofahrer, um die Sicherheit für unsere Pendler, die auch selbst dann nicht zu Hause ihren Arbeitsplatz finden können, in ihrem Ort, sondern weite Ziele aufsuchen müssen. Es hat gerade der Verkehr auf der Wechsel-Bundesstraße, wie bekannt, eine enorme Steigerung erfahren. In den letzten Jahren ist eine Zuwachsrate von mehr als 70 Prozent zu verzeichnen und gerade der LKW-Anteil steht hier im Vordergrund, denn die LKW, die bereits in Leibnitz auf die Autobahn auffahren, fahren dann nicht entlang der Pyhrnautobahn, sondern gleich die Südautobahn weiter bis Gleisdorf und somit über Hartberg in Richtung Wien, bis in den Norden und umgekehrt. Die Verkehrsverhältnisse auf der Wechselbundesstraße sind unerträglich geworden, Verkehrsstauungen, aber vor allen Dingen auch Verkehrsunfälle stehen in großen Ziffern immer wie-

der vor uns und die Verkehrstoten mahnen. Der Ausbau des Wirtschaftsdreiecks durch die Südauto-
bahn mit der Pyhrnautobahn und mit der fertig-
gestellten Westautobahn hat besondere Bedeutung
und wird die Wirtschaftskraft im Kern Österreichs,
im Kern Europas, geeignet anheben. Die Auto-
bahnen sind ja keine Einbahnstraße, sie verbind-
den die Bundeshauptstadt mit der ganzen Welt
und auch umgekehrt. Die Südauto-
bahn, die die Bundesländer Niederösterreich, Burgenland, die Steier-
mark und Kärnten mit der Welt und auch mit
Wien verbindet, das wissen wir ganz genau, ist
notwendig. Die Finanzierungsfrage scheint, Gott sei
Dank, abgeschlossen zu sein. Es sind dies Erfolge
gemeinsamer Bemühungen eines harten Kampfes
für die Süd- und auch für die übrigen Autobahnen,
der geführt wurde. In den letzten Jahren sind vor
allem durch die Initiative des Landes Steiermark
bedeutende Weichenstellungen vollzogen worden,
die den Autobahnbau bis zum Jahre 1985 entschei-
dend beschleunigen und vorantreiben werden.

Die Gesamtlänge der Südauto-
bahn in Österreich beträgt 378 Kilometer, davon verlaufen 131 Kilo-
meter durch die Steiermark. Bei der Südauto-
bahn ging es vor allem darum, den Ausbau der Strecke
Hartberg—Gleisdorf besonders voranzutreiben, ohne
dafür Ausbaumittel für die Fertigstellung des Pack-
überganges abziehen zu müssen. Von Herrn Lan-
desrat Dr. Krainer sowie von der Steiermärkischen
Landesbaudirektion wurde eine Fülle von Finanzie-
rungsmodellen für die Südauto-
bahn ausgearbeitet, die in einem Vorfinanzierungsvertrag zwischen dem
Land Steiermark und dem Bund für den Halbaus-
bau der Strecke Hartberg—Gleisdorf einen erfolg-
reichen Abschluß fanden.

Im heurigen Jahr sind auch die Bauarbeiten,
Gott sei Dank, an dieser Strecke auf Hochtouren
angelaufen. Der Fertigstellungskalender für die Süd-
auto-
bahn sieht folgendermaßen aus und wir hoffen,
daß dieser Fertigstellungskalender auch Gültigkeit
hat — daß die Versprechungen des Bautenministers
und des Bundes eingehalten werden: Schon im
nächsten Jahr wird die Umfahrung von Gleisdorf
verkehrswirksam werden. Im Jahre 1983, sage und
schreibe, wird der Packübergang von Mooskirchen
bis Scheifling fertig werden. Im gleichen Jahr wird
auch der Abschnitt Hartberg—Gleisdorf in Verkehr
gehen können. Darauf freuen wir uns ganz beson-
ders. 1983 wird also ein großes Stück der Süd-
auto-
bahn für den steirischen Teil ausgebaut sein.
75 Kilometer steirische Auto-
bahn werden dem Ver-
kehr übergeben werden können. Wir hoffen und
glauben es auch!

Beim Bund wird man vor allem auf zwei Dinge
drängen müssen: Erstens darauf, daß die aus der
Vorfinanzierung ausgeklammerte Strecke Ilz—Unter-
großau im Rahmen der normalen Finanzierung zeit-
gerecht mit den anderen Abschnitten fertiggestellt
wird und daß die Auto-
bahn von Hartberg bis Fried-
berg auf burgenländischer Seite ausgebaut wird,
denn dann würden wir uns den Autobahnzubringer
Hartberg—Penzendorf ersparen.

Ich beantrage daher die vordringliche Verhand-
lung von seiten des Landes mit dem Bund, aber
auch mit den Burgenländern, ich muß das dazu fest-

stellen. Die Einbindung der Wechselstraße in die
Südauto-
bahn, die Einbindung Penzendorf—Süd-
auto-
bahn wird kaum den Zweck erfüllen, denn die
Krafftfahrer, die einmal den Raum Hartberg erreicht
haben, fahren nicht mehr zurück nach St. Johann
in der Haide, sondern die fahren nach wie vor über
die Wechsel-Bundesstraße direkt nach Graz. Darum
ist die Verhandlung für den Ausbau des burgen-
ländischen Teiles von Hartberg bis nach Friedberg
von ganz besonderer Bedeutung. Ich hoffe, daß der
Erfolg beschieden ist.

Diese erfolgreiche Durchsetzungsstrategie gegen-
über dem Bund, was den beschleunigten Ausbau
der Südauto-
bahn betrifft, hat aber auch ihren Preis.
Das Land Steiermark muß im Rahmen der Vor-
finanzierung, des Abschnittes Hartberg—Gleisdorf
einen Anteil des Zinsendienstes übernehmen, der
beinahe 400 Millionen Schilling ausmachen wird.
Das ist sozusagen eine Entwicklungshilfe des Lan-
des Steiermark an den Bund, also scheinbar ist
das Land Steiermark Entwicklungshelfer für den
Bund geworden. Ich hoffe, daß von seiten des Bun-
des Wort gehalten wird. Die Steiermark hat bis-
her alles getan. Sieben Abschnitte umfaßt der stei-
rische Teil der Südauto-
bahn, alle sind wichtig. Aber
gerade der Ausbau der Strecke Hartberg—Gleisdorf
muß Vorrang haben, aber auch die Weiterführung
über die Pack. Ilz—Untergroßau, unter allen Um-
ständen ist es notwendig, daß für diesen Abschnitt
der Ausbau vom Bund rechtzeitig gesichert wird.

Wenn ich wieder zum Thema Südauto-
bahn spre-
che, so habe ich meinen Grund, da ich besonders
mit allen wirtschaftlichen und verkehrstechnischen
Schwierigkeiten konfrontiert bin. Die Schattensei-
ten muß man allerdings auch sehen. Es sind viele
Grundstückseigentümer, die Grund verlieren, es
sind Anrainer, die natürlich in Schwierigkeiten kom-
men. Hier ersuche ich aber vor allen Dingen, daß
diese so weit wie möglich schadlos gehalten wer-
den, damit sie nicht Opfer des Fortschritts sind,
bei den Grundablösen durch geeignete Maßnah-
men, aber auch beim Ausbau von erforderlichen
Aufschließungsstraßen, wenn notwendig auch, be-
hilflich zu sein, bei der Beschaffung von Arbeits-
plätzen für den Nebenerwerb, wenn es Landwirte
hart trifft, damit die Betriebe auch lebensfähig blei-
ben. Eine rasche Durchführung der Grundzusam-
menlegung wird erforderlich sein. Man muß, im
großen und ganzen gesehen, Vor- und Nachteile
immer abschätzen und der Verkehrserschließung für
die Erhaltung und Vergrößerung der Wirtschafts-
kraft, aber auch der Verkehrssicherheit den Vor-
rang geben. Vor allem mahnen die Verkehrstoten.
Wir brauchen die Auto-
bahn und wir bekennen uns
selbstverständlich dazu.

Wenn ich zusammenfassend noch folgendes sagen
darf: Die Steiermark hat bereits 1975 den vorran-
gigen Ausbau der Südauto-
bahn gefordert und dem
Finanzminister viele, viele Finanzierungsmodelle
vorgelegt, damit der Ausbau dieser Auto-
bahn nicht in einem hoffnungslosen Fleckerlteppich endet.
Schließlich konnte ein rascher Ausbau in der Steier-
mark nur dadurch erreicht werden, weil eben, wie
bereits erwähnt, die Steiermark bereit war, an der
Finanzierung mitzutragen. So muß das Bundesland
Steiermark für den Halbausbau der Südauto-
bahn,

Abschnitte Hartberg—Ilz und Untergroßbau—Gleisdorf — wie erwähnt —, 400 Millionen Schilling leisten. Das sind 25 Prozent der Gesamtbaukosten als Barkostenanteil. So gesehen erkennt die Bundesregierung sehr spät die Notwendigkeit eines durchgehenden Ausbaues der Südautobahn von Wien bis Thörl-Maglern, oder sie erinnert sich immer nur bei Wahlzeiten an ihre Verpflichtung. Die nunmehrige Bereitschaft der Bundesregierung, für den forcierten Ausbau der Südautobahn in Kärnten zusätzlich 400 Millionen Schilling bereitzustellen, läßt befürchten, daß diese Finanzierungsversprechungen zu Lasten der anderen an der Südautobahn liegenden Bundesländer gehen und daß dadurch Finanzierungsstermine in diesen Bundesländern hinausgezögert werden. Aus diesem Grunde fordern wir Steirer für den weiteren Ausbau der Südautobahn eine Koordinierung aller an der Südautobahn liegenden Bundesländer auf Bundesebene und die Festlegung eines realistischen Ausbau- und Finanzierungsplanes. Damit soll offengelegt werden, bis zu welchem Zeitpunkt die Gesamtfertigstellung der Südautobahn erwartet werden kann und welche Budgetanteile den an dieser Autobahn liegenden Bundesländern in den nächsten Jahren zur Verfügung stehen. Unser in Hartberg angekündigter Selbstverteidigungsversuch ist uns, Gott sei Dank, erspart geblieben. Die Erfolgsaussichten für den Weiterbau der Südautobahn scheinen gegeben zu sein. Wir freuen uns darüber. Ich bitte daher alle Verantwortlichen, alles daranzusetzen, daß die Südautobahn in ihrer Gesamtlänge, also nicht nur von Hartberg bis Gleisdorf, sondern von Wien durchgehend bis zur Staatsgrenze in Kärnten, sobald als möglich fertiggestellt wird. Mit dem Autobahnbau hängen aber auch viele Arbeitsplätze zusammen.

Einige Sätze noch in diesem Zusammenhang zur Wechselbundesstraße: Auch hier werden noch Sanierungsmaßnahmen erforderlich sein, denn sie wird auch noch bei Fertigstellung der Autobahn einen Großteil des Verkehrs aufnehmen müssen. Aber auch der vordringliche Ausbau der Umfahrung Weiz und Feldbach muß hier in den Vordergrund gestellt werden, sowie die weitere Forcierung des Ausbaues des Landesstraßennetzes. Mit dem Motto „Rege Bautätigkeit anstelle von Arbeitslosigkeit“ möchte ich meine Ausführungen schließen. Der Autobahnbau selbst sichert viele Arbeitsplätze für die nächsten Jahre und bringt uns neue.

Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hammer, Ich erteile es ihm.

Abg. Hammer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Voriges Jahr bei der Barbarafeier in Eisenerz war der Herr Landesrat Dr. Krainer bei uns zu Gast und hat dort in freundlichen Worten verkündet, daß es ihm gelungen ist, sich bei Bautenminister Moser für den Ausbau der Präbichl-Südrampe durchzusetzen, daß dies in Angriff genommen wird. Die Knappen haben freudig Applaus gespendet. Heuer

war der Herr Landesrat nicht mehr bei der Barbarafeier. Wahrscheinlich war er verhindert; aber ich glaube nicht, daß er deshalb nicht oben war, weil auf der Präbichl-Südrampe bisher keine Aktivitäten festzustellen waren. (Landesrat Dr. Krainer: „Wird schon kommen!“) Denn es ist Tatsache, daß die Pläne noch nicht fertig waren. Es war wohl das Detailprojekt fertig, das anerkennen wir, aber die Detailpläne sind erst vor einigen Tagen im Bundesministerium zur Begutachtung eingegangen. Meine Damen und Herren, es ist für unsere Region unverständlich (Abg. Dr. Maitz: „Das umschreibt Ihr jetzt mit den Plänen!“), nicht für mich, Herr Kollege Maitz, auch Eisenerz will leben und Eisenerz muß leben, das kann man nicht einfach mit einem Handstrich wegwischen. (Abg. Dr. Maitz: „Ihr habt wieder den alten Schmach mit den Plänen!“) Herr Kollege Maitz, so kann man Eisenerz nicht behandeln, das haben wir uns nicht verdient, Herr Kollege Maitz, das muß ich Ihnen ganz ehrlich sagen! Die Detailpläne waren nicht dagewesen und deshalb konnte kein Ausbau erfolgen, konnten bisher die Geldmittel nicht in Anspruch genommen werden. Ich habe mich bemüht, bei der Bauabteilung zu erfahren, wie es denn weitergehen wird den ganzen Sommer hin. Ich wurde getröstet, der Referent sei auf Urlaub, man hat mir aber versprochen; wenn er wieder zurück sei, dann würden die Auskünfte kommen. Sie sind dann gekommen, als ich einen Brief an den Herrn Landesrat geschrieben und um Aufklärung gebeten habe. Er hat mir bisher noch nicht zurückgeschrieben, aber es kam dann ein Zeitungsartikel in der „Südost-Tagespost“ am 10. Oktober. Und hier stimmen auch einige Dinge nicht. Da wird zum Beispiel geschrieben: „... offensichtlich der unerfahrene Abgeordnete, er hätte doch nur zum Telefon greifen müssen!“ Dieser Herr, der diesen Artikel in der „Südost-Tagespost“ geschrieben hat, hätte auch nur zum Telefon greifen brauchen, dann hätte er erfahren, daß diese entscheidenden Detailpläne noch nicht aufliegen. Im Jahre 1974 wurde die Präbichl-Nordrampe eröffnet, und im Jahre 1979 hat es noch keine brauchbaren Pläne für die Präbichl-Südrampe gegeben. Meine Damen und Herren, das sind die Tatsachen und auch, daß wir Sorgen haben. Hier steht zum Beispiel geschrieben: „... und in Kürze wird ausgeschrieben.“ Ausgeschrieben kann im heurigen Jahr nichts mehr werden, weil diese Pläne zu spät eingelangt sind, aber wir sind froh, wenn wir im Frühjahr 1980 zur Ausschreibung kommen, damit der Baubeginn rechtzeitig in Angriff genommen werden kann. Noch heuer, steht hier zu lesen, werden die Fundamente gebaut werden. Bis jetzt sieht man keinen Fundamentsbau! Und ich glaube, in diesen Tagen des Dezember werden auch keine Fundamente mehr gebaut werden können. Meine Damen und Herren, das sind traurige Tatsachen, die uns Eisenerz mit Sorge erfüllen. (Abg. Schrammel: „Aber der Hammer wird es auch nicht bauen!“) Ich werde es sicherlich nicht bauen. Dafür haben wir tüchtige Bauleute, tüchtige Techniker, die die Dinge in die Wege leiten. Ich wünsche nur, daß sie in die Wege geleitet werden, und dieses Recht, Herr Kollege, können Sie mir nicht absprechen, daß ich dies von hier aus deponiere für die Region

Eisenerz. Denn, meine Damen und Herren, eine Verkehrsverbindung, eine vernünftige Verkehrsverbindung ist für die wirtschaftliche Entwicklung im Raume Eisenerz dringend notwendig. Denn mit ihr werden wir leben oder werden wir in Eisenerz sterben. Es wird mir, wenn ich mit einzelnen Unternehmern spreche, die einen Betrieb in Eisenerz errichten wollen, immer wieder die Frage gestellt, wie sieht denn die Verkehrsverbindung aus. Die Verkehrsverbindungen sind eben schlecht. Diese Betriebe sagen alle, daß sie ihre Produkte per Auto hin- beziehungsweise per Auto von Eisenerz wegbringen müssen. Und es gibt eben im Winter am Präbichl ein Anhängerfahrverbot, weil die Straße noch zu steil ist, weil sie noch zu kurvenreich ist, weil sie eben auf der Präbichl-Südseite zu gefährlich ist. Deshalb gibt es dieses Anhängerfahrverbot. Wir brauchen aber neue Betriebe, um den wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Eisenerz rechtzeitig begegnen zu können.

Meine Damen und Herren, dann betrübt mich noch ein Umstand: die Straßenverbindung Richtung Ennstal, Richtung Oberösterreich, Altenmarkt, Richtung Mariazell, auch hier stehen wir an. Auch hier gibt es noch viele Probleme, die gelöst werden müssen. Und ich wünsche mir auch hier von Herrn Landesrat Dr. Krainer wirkliche Aktivitäten, ähnlich wie bei der Südautobahn, damit dieser Raum Eisenerz, zu dem die Gemeinden Hiefrau, Radmer, Landl, Großreifling, Palfau, St. Gallen, in diesem Wirtschaftsraum gehören, verkehrsmäßig erschlossen wird, daß sich dort die entsprechenden Industrien beziehungsweise Gewerbebetriebe oder Kleinbetriebe, wie immer es sein mag, entsprechend etablieren werden können. Auf der oberösterreichischen Seite wird auf der Eisenbundesstraße ständig gebaut. Es werden immer wieder Stücke verbessert; nur auf der steirischen Seite fehlt es noch sehr stark. Bis man nach Altenmarkt kommt, ist es beinahe mit einem LKW eine Abenteuerfahrt. Diese Dinge gehören in Angriff genommen und gehören erledigt. Bei der Instandsetzung passiert dasselbe. Für das Straßenstück Eisenerz—Hiefrau wurden zur Belagsanierung Geldmittel genehmigt, zur Verbreiterung, zur Verbesserung der Verkehrshältnisse, damit diese Straße auch begradigt werden kann. Nur die Ausschreibungen verzögern sich eben so, daß wir im heurigen Jahr wieder nicht dazugekommen sind, diese Belagdecke zu sanieren. Die Ausschreibung ist so spät erfolgt, daß bei uns der Winter wieder früher gekommen ist und die Baufirmen sagen: „Da können wir nichts mehr machen. Aufgrund der Witterungsverhältnisse können wir heuer nicht mehr asphaltieren. Sie werden vertröstet auf das nächste Jahr, dann werden wir asphaltieren.“ Das ist uns voriges Jahr auch so passiert. Im Herbst 1978 war noch Geld für die Straßensanierung vorhanden. Sie konnte nicht mehr durchgeführt werden, da sie so spät bewilligt worden ist, beziehungsweise die Ausschreibung so spät erfolgte, daß die Anbote nicht früh genug eingeholt oder eingebracht werden konnten. Diese Verzögerungstaktik, die stört uns, die behindert unsere wirtschaftliche Entwicklung in unserem Raum. Ich verlange nichts anderes, als daß sich der Herr Landesrat Dr. Krainer als zuständiger Straßenbau-

referent für die Steiermark für den Raum Eisenerz, für die Straßenverbindungen, genauso einsetzt wie für die Südautobahn oder sonstige Straßenstücke. Ich glaube nicht, daß der Herr Landesrat Dr. Krainer nach dem Prinzip geht, wie es Ihr Hauptredner der Budgetdebatte, der Herr Dr. Piaty, gesagt hat: „Da haben eben die Sozialisten zu wenig Wähler!“ Sicherlich, wir haben in unserer Gegend auch nicht viele ÖVP-Wähler. (Abg. Ritzinger: „Ein paar schon!“) Aber ich glaube nicht, daß ihn das beeinflussen wird, sondern daß ihn sicherlich die ernste Hilfe des Raumes Eisenerz in Zukunft beeinflussen möge! Danke schön! (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Heidinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Heidinger: Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Zunächst ein paar Worte zum Kollegen Hammer: Sie haben so getan, Herr Kollege, als ob es ausschließlich im Belieben der Steiermark stünde, Bundesstraßen auszubauen. Ich darf Sie nur auf zwei Dinge hinweisen, im Detail wird Ihnen sicher der Herr Landesrat antworten, daß es eine Aufteilung des Budgets zwischen Autobahn und Bundesstraßen B und S gibt. Ich werde noch im Laufe meiner Ausführungen auf dieses Problem eingehen. Das zweite ist, daß es eine Dringlichkeitsreihung gibt. Ich kann sie Ihnen hier zur Verfügung stellen. Da sind die Straßen, die Sie angeführt haben, mit Ausnahme der Präbichl-Südrampe in der Dringlichkeitsstufe 4 bis 7, das heißt für den Sankt-Nimmerleins-Tag. Sie werden auch gehört haben, Herr Kollege (Abg. Hammer: „Vom Bund, aber nicht vom Land, Herr Kollege!“ — Abg. Feldgrill: „Vor drei Jahren schon gehabt!“), daß der Herr Bautenminister, der neue Bautenminister, eine neue Dringlichkeitsreihung in Aussicht gestellt hat. Wir werden ja sehen, wie die ausschaut. Ich glaube, es ist ein bißchen billig, sich hier beim steirischen Straßenbaureferenten und bei den Beamten abzuputzen und alles, was nicht geschieht, auf ihre Schultern zu legen, und das, was geschieht, das ist selbstverständlich dann vom Herrn Minister und von Ihrer Fraktion gemacht. Ich bin dafür, daß man die Dinge sachlich sieht.

Eines ist außer Zweifel, Verkehrsprobleme sind nach wie vor das Diskussionsthema Nummer eins. Bezüglich des Straßenbaues ist es so, daß die kostenmäßige Explosion und die Prioritätenliste natürlich das Diskussionsthema sind, für uns in der Steiermark die Frage, wie es in der Steiermark ausschaut. Ich möchte da doch auf eine sehr fundierte, wenn auch emotionierte Kritik eingehen, die von einem sozialistischen Straßenbaufachmann, einem Verkehrsfachmann, nämlich vom Herrn Dipl.-Ing. Dultinger stammt, Sie kennen sicher das Buch. Die Kritik lautet ungefähr so: Planung ist in Österreich großzügigst, die Finanzierung ist ein Fortwursteln und der Straßenbau geschieht auf Pump. Und wenn auch sicher nicht alles stimmt, ich werde dann eine Detailmeinung über die Pyhrnautobahn hier noch vorbringen, ist sie sicher teilweise be-

rechtigt. Wir werden es uns halt sehr überlegen müssen, ob wir nicht in der Querschnittsanlage, in den Kurvenradien und in den Steigungsraten, die zugelassen werden, etwas überdenken müssen.

Wenn ich die Steiermark erwähne, so haben wir diese Spargesinnung beim Ausbau der Südautobahn mit dem Halbausbau bewiesen. Die Kärntner beispielsweise haben den Packanstieg von Wolfsberg herauf im Vollausbau. Mir persönlich ist das nicht verständlich, denn die prognostizierten durchschnittlichen Tagesverkehrsraten von 5000 bis 6000 Einheiten sind sicherlich nicht eine ausreichende Belagsbelastung für einen Vollausbau.

Jetzt darf ich Ihnen hier die vorbereitete Skizze zeigen, es kennt sie ja jeder, aber es ist doch gut, sie sich wieder zu vergegenwärtigen. Ein großes Diskussionsthema, wo wir Steirer immer wieder in Gefahr kommen, mit den Mitteln dann kurzgehalten zu werden, ist die Frage Tauernautobahn — Pyhrnautobahn. Hier vertritt beispielsweise Dultinger mit Recht die Meinung, daß die Tauernautobahn um eine Nummer zu groß ist. Und wer sich an die Geschichte der Tauernautobahn erinnert, wird wissen, daß es in den ersten Publikationen geheißt hat, im Jahre 1966, Ausbau einer Schnellstraße. Das wäre auch durchaus in Ordnung gewesen. So aber werden wir in der Tauernautobahn die teuerste Fremdenverkehrsautobahn haben, für einige Tage mit Spitzenbelastungen, und im Winter werden wir dann die zweite Fahrbahn, so wie das schon geschehen ist, wieder sperren, um uns wenigstens die Schneeräumungskosten zu ersparen. Die Großzügigkeit war zweifellos ein Fehler. Wenn nun in einem Gutachten — und dieses Gutachten wird auch hier zur Kritik der Pyhrnautobahn genommen — fälschlicherweise von Dultinger, wenn wir also diese Studie Dorfwrith wieder betrachten, dann kann man nur sagen, auch Professoren werden irren, denn es ist ja eine Zukunftsprognose, die erst dann überprüft werden kann, wenn beide Autobahnen tatsächlich einigermaßen verkehrswirksam geworden sind. Man braucht sich ja nur diese Skizze anzuschauen und zu überlegen. Es wird sicherlich niemand, der aus dem süddeutschen Raum kommt, der aus dem Raum München kommt, an Salzburg vorbeifahren auf die Pyhrnautobahn. Er wird zunächst die Tauernautobahn bis Radstadt benützen, wird dann durch das Ennstal auf die Pyhrnautobahn fahren, wenn sein Ziel in Südosteuropa liegt, denn er erspart sich damit wesentliche Anstiegshöhen. Auch die Tauernautobahn geht zweimal etwa auf 1300/1350 Meter hinauf, während wir bei der Pyhrnautobahn mit 850 Metern die größte Höhe haben. Die Pyhrnautobahn wird eigentlich eine Autobahn sein, die den Alpenkamm maximal in Mittelgebirgshöhe durchörtert. Und außerdem ist die Behauptung oder die Fiktion, die Dorfwrith aufgestellt hat, man wird aus dem Raum Nürnberg über Suben — die Deutschen werden ja die Autobahn bis 1981 fertig haben — nach Wels und über die Westautobahn und Ungarn nach Südeuropa fahren, fragwürdig. Wer die Straßen in Ungarn kennt und wer weiß, wie lange eine Grenzabfertigung dort dauert, der kann sicher sein, daß man sich einmal eine Grenzüberschreitung gerne erspart, wenn die Pyhrnautobahn

halbwegs ausgebaut ist. Das heißt, der Belastungsplan, der auch hier in diesem Buch dargestellt ist, ist falsch. Es ist sicher so, daß mit dem Karawanken-Tunnel, der bis 1983 fertig sein soll, diejenigen, die nur mit einem PKW fahren, die aus dem Raum Salzburg/Stuttgart kommen, sicher über die Tauernautobahn fahren werden. Aber es ist gar keine Frage, daß die Pyhrnautobahn auch international von größter Bedeutung ist und das hat ja auch die EG grundsätzlich bereits anerkannt, und so können wir hoffen, daß doch die steirischen Prioritäten Berücksichtigung finden.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit gerne dem scheidenden Bautenminister danken, daß er die steirischen Interessen, und das kann man bei einem Steirer ja wohl hoffen, vertreten hat, und zwar sowohl die Pyhrn- als auch die Südautobahn. Zur Frage der Südautobahn hat ja der Kollege Lind bereits ausführlich gesprochen. Wir sind auch offen für den neuen Minister und hoffen, daß das, was er verbal bereits erklärt hat, nämlich, die steirischen Prioritäten Süd-, Pyhrnautobahn und Schnellstraße Mur—Mürz auch realisiert werden. Nur bei der Realisierung, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich doch auf einiges hinweisen, und da komme ich jetzt wieder auf das zurück, was Kollege Hammer bezüglich der Bundesstraßen in seinem Raum aus der lokalen Sicht sicher mit vollem Recht gesagt hat: Die Südautobahn kann mit Hilfe des Landes Steiermark und der Opfer, die ja auch im Landesvoranschlag ihren Niederschlag gefunden haben, als ausfinanziert angesehen werden, wenn die vertraglichen Verpflichtungen des Bundes eingehalten werden. Anders schon ist es bei der Pyhrnautobahn. Bei der Pyhrnautobahn brauchen wir sechs Milliarden Schilling, außer dem, was von der Pyhrnautobahn AG. mit rund drei Milliarden Schilling in den Gesellschaftsstrecken verbaut wird. Und für die Schnellstraße im Mur-Mürz-Bereich brauchen wir, wenn wir sie in zehn Jahren ausbauen wollen, auch Sparausbau, Halbausbau, fünf Milliarden Schilling. Wir brauchen für die hochrangigen Straßen in der Steiermark 15 Milliarden Schilling, von denen mit Sonderfinanzierung derzeit nur drei Milliarden Schilling zugesagt sind.

Es wird also von ganz entscheidender Bedeutung sein, daß es gelingt, die EG tatsächlich dazu zu bringen, daß sie mit einer Sonderfinanzierung zum Pyhrnausbau beiträgt. Und wenn das gelingt, dann können wir dem Herrn Landeshauptmann sehr dankbar sein, der diesen Gedanken das erste Mal in einem Gespräch in Brüssel in die Debatte bringen konnte, worauf dann durch das Außenministerium und die zuständigen Bundesstellen in die Verhandlungen erst eingetreten wurde. Und wenn man die Finanzierung ansieht, dann muß man sich das Budget, das sicher nicht unbeachtlich ist, aber das eben bei weitem nicht alle Wünsche erfüllen kann, vor Augen führen.

Wir haben im Vorjahr eine Milliarde für den Autobahnbau und 1,2 Milliarden für den Schnellstraßen- und für den B-Straßenausbau bekommen. Das sind also 2,2 Milliarden. Und ich bitte Sie, jetzt zu beachten, daß durch das Land im Budget 1980, vorläufig ist vom Bund ein etwa gleich hohes

Budget wie im Vorjahr zugesagt, 230 Millionen in verschiedenen Ansätzen für verlorene Beiträge, Zinszuschüsse für den Autobahnbau in der Steiermark vorgesehen sind. Wenn Sie sich also vergegenwärtigen, daß wir einen rund 900-Millionen-Abgang im Ordinarium haben, dann sehen Sie, daß diese zusätzlich übernommene Leistung allein etwa ein Viertel dieses Abganges ausmacht. Das große Problem, Herr Kollege Hammer, liegt bei der Aufteilung zwischen S- und B-Straßen, weil beide aus dem gleichen Finanzierungstopf finanziert werden und alles, was in der Mur-Mürz-Furche für die S-Straßen ausgegeben wird, natürlich den B-Straßen abgeht. Da seien nur einige überregionale Forderungen hier vielleicht von mir noch erwähnt: Da ist sicher die Präbichl-Südrampe, da sind die Ausbauten an der Mariazeller Straße, da ist die Radpaßstraße, die Gleichenberger Straße, die Umfahrung Neumarkt, alles Projekte, die auch sofort sehr viel Geld kosten, und für die S-Straße im Murtal sind jetzt ungefähr 40 Millionen Ausbaumittel vorgesehen. Es werden aber 550 Millionen gebraucht nach dieser Broschüre, die der Herr Kollege Loidl auch kennt und die ich ihm gerne hier lasse. Ich nehme an, er wird dann nach mir zu den Problemen reden.

Abschließend darf ich auch noch ganz kurz — weil wir ja schließlich in erster Linie über das Landesbudget zu reden haben — über den Zehnjahresplan zum Ausbau der Landesstraßen etwas sagen. Wir haben damals 450 Millionen Ausbaumittel jährlich auf der Preisbasis 1975 vorgesehen. Tatsächlich haben wir, wenn Sie in das Budget hineinschauen, in den letzten Jahren um 350 Millionen, und wir werden für 1980 im Ordinarium und Extraordinarium 360 Millionen für den Ausbau zur Verfügung stellen. Auch hier müssen wir kürzertreten und manche berechtigten Wünsche überprüfen oder zeitlich hinausschieben. Ich glaube, Planungen, vor allem im hochrangigen Bereich, sind reichlich vorhanden. Aber die große Frage ist die Finanzierung und wir sind ja sehr gespannt, ob das dem neuen Herrn Bautenminister gelingt, ohne zusätzliche Belastungen — es wäre ja schon ein großer Erfolg, wenn er beispielsweise die Zweckbindung des Straßenverkehrsbeitrages, von dem einmal geredet wurde, der aber dann zum Budgetlochstopfen verwendet wurde, erreichen würde.

Ich darf mich abschließend bedanken bei den Beamten, die sich sehr bemühen, daß im Straßenbau in der Steiermark etwas weitergeht, von der Planung bis zur Durchführung. Ich darf aber auch allen jenen danken, die oft unerkannt und unbekannt dafür sorgen, daß bei jeder Witterung die steirischen Straßen benützbar sind. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Loidl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Loidl: Meine Damen und Herren! Hoher Landtag!

Zunächst möchte ich ein paar Worte zum Abgeordneten Dr. Heidinger sagen, und zwar wegen der Dringlichkeitsreihung. Vergessen Sie nicht, daß

es sehr, sehr lange gedauert hat, bis überhaupt eine Dringlichkeitsreihung in Österreich zustande gekommen ist. Der Minister Kotzina hat sich sehr bemüht, aber er hat es nicht mehr zustande gebracht. Die Vorarbeiten waren schon vorhanden und dann hat es Herr Minister Moser zustande gebracht. (Abg. Dr. Heidinger: „Moser hat fünf Jahre gebraucht!“) Es ist ja ganz klar, der Betroffene ist sich ja immer der Nächste, und es ist nicht nur die Steiermark, sondern es sind die anderen Bundesländer auch und daher war es eben so schwer, einzureihen, was kommt zuerst und was dann. Was aber die Präbichl-Bundesstraße betrifft, dieser Abschnitt, wovon der Kollege Hammer gesprochen hat, der ist in der Dringlichkeitsreihung. (Abg. Dr. Heidinger: „Habe ich ja auch gesagt, Kollege Loidl!“)

Und das zweite, was ich noch sagen wollte, ist die Pyhrnautobahn und die Tauernautobahn. Es ist ja alles längst verschüttete Milch. Tatsache ist doch, und es geht auch noch zurück in die Ministerschaft der ÖVP-Bautenminister, die Salzburger und die Kärntner, schwarz und rot, haben sich zu einem Zeitpunkt gefunden, haben es geplant, das fertig gemacht und auf den Tisch gelegt (Abg. Dr. Heidinger: „Der ehemalige Bundeskanzler war Landeshauptmann von Salzburg!“) als man in der Steiermark noch gesagt hat, wir brauchen keine Autobahn — ich mache daraus keinen Vorwurf — es geschah in falscher Einschätzung der zukünftigen Entwicklung des Verkehrs. Und dort liegt eben das begründet, daß die Tauernautobahn schon weiter ist. Ich stimme sonst grundsätzlich voll mit Ihren Argumenten überein, aber der Grund ist eben der, und so ist es eben manchmal. Eine relativ kleine Ursache bringt eine riesige Wirkung.

Nun zum Straßenbau grundsätzlich, meine Damen und Herren: Im Zusammenhang mit der Energiekrise gibt es da und dort Diskussionen von sehr prominenten Leuten, die fragen, ob denn der weitere Ausbau insbesondere des sehr teuren, hochrangigen Straßennetzes noch zweckmäßig und vertretbar ist. Es mag schon sein, daß die prognostizierten, ganz fürchterlichen Zuwachsraten, die vorausgesagt werden, im Güterverkehr etwas reduziert werden könnten, weil es vielleicht doch gelingt, einiges von der Straße auf die Schiene zu bringen. Und da möchte ich das wegen der Nichtzweckbindung des Straßenverkehrsbeitrages einfügen. Ich gestehe, daß wir — in dem Fall die Baugewerkschaft — aus verständlichen Gründen mit dem Finanzminister gestritten haben, daß er zweckgebunden werden soll. Wir wollten das Geld für Straßenbauleistungen. Er hat natürlich gesagt, bitte, der Verkehr kann nur dann etwas besser geregelt werden, wenn auch die Schiene ausgebaut wird. Das Entscheidende an diesem Beitrag ist ja nicht, wie Sie sagen — man macht es sich immer leicht — ihn zum Stopfen von Budgetlöchern, sondern zur Verkehrsverbesserung, Schiene oder Straße, zu verwenden. Und darauf kommt es an, wobei es mir sicher lieber wäre, wenn er wirklich zweckgebunden wäre. (Abg. Dr. Heidinger: „Kollege Loidl, Sie widersprechen sich selbst, aber Sie haben völlig recht!“ — Heiterkeit — Abg. Dr. Heidinger: „Wenn Milliarden für den Ausbau

des Schienenverkehrs verwendet werden, kann es Ihnen im wesentlichen egal sein!") Das bringe ich nicht zusammen! (Abg. Dr. Heidinger: „Es wird leider auch dort nicht für den Ausbau verwendet!") Das stimmt ja nicht! Was glauben Sie denn, woher die Mittel für die Schnellverbindungen kommen, wie in den Ballungszentren Linz und so weiter? (Abg. Dr. Heidinger: „Die Milliarden haben kein Mascherl, aber die Bundesbahn hat einen Betriebsabgang!") Das kann man behaupten, aber das kann man nicht beweisen! (Abg. Heidinger: „Das kann man nicht behaupten, das kann man beweisen!") Nein, das kann man nicht! Ich wollte nur sagen, wer schon ein ausgebautes Straßenverkehrsnetz hat, der könnte sich durchaus mit solchen Gedanken beschäftigen, was momentan noch erweitert werden soll. Aber bei uns geht es ja darum, da ja noch kein übergeordnetes Verkehrsnetz vorhanden ist, daß wir die seit einigen Jahren so erfolgreichen Bemühungen, wirklich große Rückstände und Versäumnisse auf diesem Gebiet aufzuholen, energisch fortsetzen. Es kann niemand bestreiten, daß wir in den vergangenen Jahren, nicht zuletzt durch die Unterstützung und das Verständnis, Sie haben es auch angedeutet, des Minister Moser, und ermöglicht auch durch die energisch vorangetriebene Planung und Projektierung unserer Fachbeamten, wo ich allerdings, Hofrat Theußl, das ausschließen muß, vom Präbichl, das möchte ich in das Lob nicht einbeziehen, weil es offenbar so ist, wie der Abgeordnete Hammer gesagt hat. Aber im allgemeinen kann man sagen, daß vielleicht nicht zuletzt deshalb, weil wir hier doch immer ein bißchen gepöpselt haben in dieser Richtung, die Planung vorangetrieben wurde.

Es ist vielleicht angebracht, meine Damen und Herren, daß ich an dieser Stelle und aus Anlaß dieser Debatte auch dem vor kurzen in den Ruhestand getretenen Minister Moser nochmals für alle seine von uns sehr geschätzten Bemühungen herzlich danke und daß wir ihm wünschen, daß er die unter seiner Amtszeit schöner und sicherer gewordenen Straßen seines Heimatlandes noch recht lange und bei bester Gesundheit benützen möge. (Allgemeiner Beifall.) Es gibt sicher Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Dringlichkeit, das ist ja heute schon zum Ausdruck gekommen. Aber da sind sich halt die Betroffenen in der Regel immer die Nächsten und es ist schwer, davon abzugehen. Aber bei uns sind im großen und ganzen die Weichen für den weiteren Ausbau, insbesondere in der Zeit des Ministers Moser, gestellt und die Schwerpunkte sind, davon sind wir überzeugt, unverrückbar gesetzt. Es sind dies, es ist schon gesagt worden, die Pyhrnautobahn, die Südautobahn, die E 6 und die E 36 im Mürz- und Murtal. Es ist sicher beruhigend und für uns alle auch erfreulich, daß ein Gespräch, das auch ich mit dem Bautenminister Sekanina geführt habe, einwandfrei ergeben hat, daß er diese Schwerpunkte voll und ganz unterstützt und daß er vor allem ein Ausspielen der Pyhrnautobahn gegen die Südautobahn oder umgekehrt, von wem es immer kommt, auf das strikteste ablehnt. Es erhebt sich zunächst die für die wirtschaftliche Entwicklung so wichtige Frage, ob der erfolgreiche

Aufholprozeß weiter fortgesetzt werden kann. Das hängt ja nicht nur vom Willen, meine Damen und Herren, von uns oder vom Minister ab, sondern die Kardinalfrage ist, kann das weiter finanziert werden. Wir können sagen, daß das für das kommende Jahr gewiß noch mit einem Ja beantwortet werden kann: Um die 11,8 Milliarden Schilling, die aus zweckgebundenen Mitteln von der Mineralölsteuer für den österreichischen Straßenbau zur Verfügung stehen, wird jetzt verhandelt. Die Bundesländer haben ihre Wünsche angemeldet, auch die Steiermark hat die Forderungen deponiert, präzisiert und ich glaube, auch einen Verhandlungsspielraum gelassen. Die ersten Verhandlungen haben schon stattgefunden, die zweite Welle, wo der Landesrat selbst und die Politiker kommen werden, steht noch bevor. Unbestritten ist zunächst nur, daß die Sonderfinanzierung für die E 6 und E 36 im Ausmaß von rund 400 Millionen Schilling da ist, daß 90 Millionen Schilling bereitliegen als Rücklage für den Plabutschunnel, (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Richtstollen!") der ja jetzt begonnen wird, mit dem Richtstollen. Und wenn der Bund, wie wir, glaube ich, annehmen können, — es wird noch ein bißchen hin- und hergehen — rund 80 Prozent unserer Forderungen erfüllen wird, dann sind wir wieder bei den rund zwei Milliarden Schilling für die Bundesschnellstraßen und Autobahnen, die uns zur Verfügung stehen. Damit könnten wir zunächst einmal die großen Bauabschnitte, Packaufstieg, die Strecke Gleisdorf—Hartberg, von der der Bürgermeister Lind gesprochen hat, die Bauvorhaben im Raum Liezen, Selzthal, Rottenmann und vielleicht auch ein Teilstück nach Süden vorantreiben.

Es ist richtig, daß die schlimmsten Folgen der Fehleinschätzungen in der früheren Zeit im Mürztal mit dem täglichen Verkehrschaos zu spüren sind. Deswegen ist ja diese Sonderfinanzierung, die bis zum Jahre 1983 gewährt wird, von so großem und besonderem Wert. Man soll auch hinzufügen, daß die Pyhrnautobahn im kommenden Jahr beim Bosrucktunnel, bei der Umfahrung Trieben, bei der Verlängerung der Autobahn von Friesach nach Graz-Nord immerhin auch 600 Millionen Schilling investieren und verbauen wird. (Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Du mußt mir nur sagen, welche Schwierigkeiten in Trieben im Moor sind!") Es sind große technische Schwierigkeiten, aber das ist halt so: wenn diese Straße um 90 Meter verrückt hätte werden können, dann wären die Schwierigkeiten weniger groß. Der Umweltschutz, der Bürgermeister und die Bevölkerung haben die Verlegung der Trasse verlangt. Es wurde ihnen zugestanden, das kostet aber viel Geld und bis heute weiß man noch nicht genau, ob diese Schüttung dort überhaupt hält, weil das Moor angeblich 36 Meter oder noch tiefer ist. Das kostet Geld und es fehlt halt dann wo anders. Wir werden in der unmittelbaren Zukunft wieder Straßenbauleistungen vollbringen können, die für ein Bundesland durchaus gigantisch sind.

Meine Damen und Herren, wir, die damit zu tun haben, bedauern es immer wieder, daß die Menschen in unserem Land gar nicht wissen, was da

alles passiert, weil das fernab von den Straßen ist. Man müßte einmal drüberfliegen und sehen, was da alles in den Wäldern und irgendwie weg von den Straßen gearbeitet wird. Aber das bereits Erreichte und unmittelbar in Angriff Genommene enthebt uns nicht, feststellen zu müssen, wieviel geradezu Lebensnotwendiges für manche Regionen noch gemacht werden muß. Da gibt es die immer wieder bekanntgemachten Berechnungen, die geschätzten Kosten, wieviele Jahre oder Jahrzehnte es bei den gegenwärtigen Finanzierungsmöglichkeiten noch dauern würde, bis diese Vorhaben fertig sein können. Dabei geht es halt immer um Beträge von mehreren Milliarden Schilling. Dann werden jene Beträge, die wir jährlich aufzubringen imstande sind, ganz einfach als spärlich bezeichnet, obwohl es auch Milliarden sind, und ohne daß jemand sagt, wo es denn noch eine Belastbarkeit gibt, um zusätzliche Mittel für die so notwendige raschere Verwirklichung der wirklich unbestritten äußerst dringenden Vorhaben aufzubringen.

Da ist das Beispiel der E6 und E36 mit dieser sehr realistischen Studie, auf die ich dann noch kurz zurückkommen werde, und da kostet halt der Ausbau der rund 120 Kilometer auf steirischer Strecke, wenn man es voll ausbauen würde, nach jetzigen Preisen acht Millionen Schilling und der Halbausbau 5,6 Millionen Schilling, da käme noch die Preissteigerung dazu. Es wird doch, glaube ich, hier in diesem Saal von Wissenden niemand ernstlich annehmen, daß gegenwärtig außer den Mitteln aus der Mineralölsteuer von irgendwoher wirklich nennenswerte Milliardenbeträge für den Straßenbau kommen würden. Die einzige Hoffnung ist der Zuschuß von der EG, aber ich würde mich lieber nicht darauf verlassen, wenn man hört, welche Stellung die Italiener derzeit einnehmen. Ganz klar, weil sie die Brennerautobahn als von uns gebaut bekommen haben.

Noch etwas, meine Damen und Herren: Es dürfen in der Zukunft, und das ist auch ein bißchen besorgniserregend, auch noch so wichtige Strecken nur dann als Gesellschaftsstrecken gebaut werden, wenn ihre Finanzierung ohne Belastung für die zukünftigen Budgets erfolgt. Zur Zeit haben die Rückzahlungsverpflichtungen aus den schon gebauten Gesellschaftsstrecken ein Ausmaß erreicht, das uns eigentlich Sorgen bereitet. (Abg. Dr. Heidinger: „Vor Inbetriebnahme!“) — Sicher ja — aber es ist eine Gegebenheit, es ist gebaut, beschlossen und gemacht. — Im kommenden Jahr werden es schon 500 Millionen sein, die wir abzweigen müssen. Und 500 Millionen sind schon schmerzlich, sehr schmerzlich. Aber bis 1983/84, da kommt mir das Grausen, ich sage es Ihnen ganz ehrlich, werden es bereits zweieinhalb Milliarden sein. Wir waren alle so stolz auf die Gesellschaft, schnell muß gebaut werden, eröffnet, herrlich, wunderschön. Alle waren dafür, niemand war dagegen! Hier können Sie nicht sagen, die Regierung ist schuld. Alles wurde einvernehmlich beschlossen. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß ein Fünftel der Gesamteinnahmen dann nicht mehr zur Verfügung, zur Verteilung stehen wird. Und dazu kommt noch, daß die Preise im Tiefbau zum Unterschied

vom Hochbau weit über den durchschnittlichen Teuerungsraten angezogen haben. Konnten wir zuerst ohne weiteres gelten lassen, daß es sich um eine Normalisierung der wirklich abgesagten Preise gehandelt hat, so sage ich ganz offen, daß es in der Folge ein ungehemmtes und äußerst unkluges Ausnützen der guten Auftragslage ohne nennenswerte ausländische Konkurrenz ist. Die Steigerungen sind so exorbitant. Und weil manchen von Ihnen die Klagen der Bauwirtschaft über die schlechten Preise im Ohr liegen, möchte ich Ihnen die Ziffern wirklich nicht vorenthalten. Es war 1976 eine Steigerungsrate bereits um 11,6 Prozent, 1977 um 22,7 Prozent. Es ist dann 1978 etwas zurückgegangen auf rund 10 Prozent und wir liegen in den ersten beiden Quartalen 1979 — es hat sich sicher nicht gebessert, sondern eher verschlechtert — bereits wieder bei 18 Prozent. Demgegenüber der Wohnbau, der in dieser Zeit nie mehr als 6 Prozent, immer zwischen 5 und 6 Prozent — durchaus im verträglichen Ausmaß der Baupreisindex — verzeichnet hat.

Noch etwas, Herr Hofrat Theußl sagt mir, daß das im Landesstraßenbau, wo die kleineren Baulose vergeben werden, eher noch ärger ist, als bei den ganz großen Bundesbaulosen — daß alle, die die Möglichkeit dazu haben, die Verantwortlichen warnen, daß der Bogen nicht überspannt wird. Denn wir Bauarbeiter haben uns wirklich die gebotene Zurückhaltung auferlegt und bei unseren letzten, für zwei Jahre abgeschlossenen Kollektivverträgen jeweils nur 4,6 Prozent vereinbart. Und die Beschäftigung der vorhandenen Betriebe und damit unserer Bauarbeiter kann ja durch ein ausreichendes und nicht ungerechtfertigtes Bauvolumen gesichert werden.

Wir halten es für völlig ausgeschlossen, daß spätestens 1983 durch die erwähnte Entwicklung auch im Zusammenhang mit den Gesellschaftsstrecken das Straßenbauvolumen so radikal gekürzt wird, daß es zwangsläufig zu den allerschwersten Erschütterungen der gesamten Tiefbauwirtschaft führen muß. Und, meine Damen und Herren, wir haben die Pflicht, die Entwicklung, so weit wir das können, wenigstens einige Jahre voraus abzuschätzen. Wenn man, ohne weiß Gott was für ein Experte sein zu müssen, unweigerlich erkennt, was sich aufgrund der vorhandenen Gegebenheiten ganz zwangsläufig entwickelt, so gibt es eigentlich nur zwei Möglichkeiten: Entweder man findet sich ganz bewußt damit ab oder wenn das, wie in diesem Fall ganz unmöglich ist, so müssen entsprechende Maßnahmen gesetzt werden. Ich glaube, daß diese ernste Frage kein Platz für polemische Auseinandersetzungen sein darf und sein kann. Wenn es nämlich stimmt, was wir bei jeder Gelegenheit als Politiker und Wirtschaftsfachleute sagen, nämlich daß der möglichst rasche Ausbau unseres Straßennetzes nicht nur im Interesse der Verkehrssicherheit, sondern vor allem für eine Weiterentwicklung ganzer Regionen unseres Landes unerlässlich ist, so muß der Ausbau finanziell sichergestellt werden. Und es kann sich niemand darüber hinwegsetzen, daß die Aufbringung der hierzu notwendigen Mittel, die sehr hoch sind, politische Entscheidungen sind. Die Fachleute können uns nur sagen, das

haben sie hier sehr präzise getan, daß wir die S 6 und S 36 nur dann in zehn Jahren im Halbausbau fertig machen können, wenn zu den 400 Millionen noch 150 Millionen hinzukommen. Es ist nicht Aufgabe der Fachleute, zu sagen, woher das Geld kommt. Diese Aufgabe ist den Politikern überlassen, so unangenehm das ist. Und wenn wir das Geld nicht herbringen, dann wird es die Straße eben nicht geben, auch wenn der Schaden noch so groß ist, der durch diese Verzögerung entsteht. Darüber gibt es überhaupt keine Debatte.

Meine Damen und Herren, wir zumindest in der Baugewerkschaft, wir haben uns den Kopf zerbrochen über die Situation auch natürlich im Interesse der Arbeitsplatzsicherung, aber das ist ja eine Interessensgleichheit mit denen, die die Straße wollen beziehungsweise brauchen. Wir haben uns folgendes gesagt und das vertrete ich auch hier: Wenn die Olscheichs überraschend den Benzinpreis erhöhen, motiviert oder nicht motiviert, wenn die Multis durch riesige Spekulationen Milliarden — wie wir lesen können — an Dollars verdienen, wirkt sich das im Benzin- und Dieselpreis aus. Was machen die Fahrzeugbenutzer? Sie schimpfen über alles mögliche, über die Falschen meistens. Sie zahlen und fahren ohne Einschränkung, und die Autos werden trotzdem immer größer und sie fahren immer schneller. Und da fragen wir uns, meine Damen und Herren, wäre es angesichts dieser Tatsache wirklich so unverantwortlich und auch so furchtbar unzumutbar, wenn man die Mineralölsteuer, die zweckgebunden ist, pro Liter Benzin um 30, 40, oder 50 Groschen erhöhen würde? (Abg. Dr. Heidinger: „Das ist aber die Forderung der Bauarbeiter gewesen!“) Ja, natürlich! Ich habe ja ausdrücklich gesagt, Ihr werdet die Vorlagen eines Tages annehmen müssen, wenn Ihr die Straßen haben möchtet, Ihr werdet sie annehmen müssen, nicht wollen! Aber es ist besser, Ihr wollt es, als Ihr müßt es nachher. (Abg. Premsberger: „Darüber werden wir aber noch diskutieren!“ — Abg. Dr. Dorfer: „Im Jahre 1966 war ein riesiger Wirbel der Opposition!“ — Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Die Bauarbeitergewerkschaft will das zweckgewidmet!“) Aber, meine Damen und Herren, wir würden 50 Groschen brauchen, damit wir — das wären rund 250 Millionen pro 10 Groschen — im Jahre 1983 noch so weiterbauen können, wie im nächsten Jahr. Darüber gibt es überhaupt keinen Zweifel. (Abg. Dr. Schilcher: „Bei diesem Finanzminister müßte man mehr zweckwidmen!“) Und Ihnen von der ÖVP sage ich, wir haben diese Frage in unserer Gewerkschaft diskutiert, wir haben einstimmig auch mit den Stimmen der Christlichen Gewerkschafter beschlossen, die Regierung aufzufordern, in dieser Richtung etwas zu unternehmen, weil wir es für den einzigen zur Zeit realistisch gesehen gangbaren Weg halten, daß wir aus dieser Sache herauskommen. (Abg. Dr. Schilcher: „Dann sind Sie mit der Eisenbahngewerkschaft einer Meinung!“)

Meine Damen und Herren! Dieser Diskussionsvorschlag richtet sich zunächst nicht an die Autofahrer, das ist ja ganz klar, wie die reagieren, sondern der richtet sich an jene, die in wirtschaft-

lichen Bereichen Verantwortung tragen und sich nicht einfach sagen können, irgendwer soll zahlen, der Minister soll zahlen oder der soll zahlen, sondern er richtet sich an jene, und das seid auch Ihr, die Verantwortung tragen. Er wird nicht ungeteilte Zustimmung finden und es mag, das schließe ich nicht aus, wirklich berechnete Einwände geben. Aber wenn Sie ein besseres Mittel wissen, ein vollziehbares, nicht so eines, daß man sagt, es soll irgendwer zahlen, dann sind wir selbstverständlich bereit, das auch zur Kenntnis zu nehmen. Wenn Sie das überhaupt diskutieren wollen, so tun Sie das bitte nicht nur im Hinblick auf eine zusätzliche Belastung, das ist ja jetzt so angenehm, das immer zu sagen, sondern tun Sie es doch auch im Hinblick darauf, daß es sich um eine gemeinsam aufgebrachte, sehr wichtige Investition in unserer Infrastruktur handelt, welche sich in vielerlei Hinsicht sehr, sehr bald und sehr gut bezahlt machen würde.

Und zum Schluß, meine Damen und Herren, möchte ich noch ganz kurz auf die Erhaltung und den Ausbau unseres Landesstraßennetzes hinweisen, für den im Budget auch, trotz der angespannten Finanzlage, sehr namhafte Mittel vorgesehen sind, eine Größenordnung, daß man das Ausbauprogramm doch zumindest fortsetzen kann. Man soll nicht vergessen, daß sowohl der Personenverkehr als auch der Güterverkehr sehr oft über sehr lange Strecken zuerst unseres Landesstraßennetzes rollen müssen, bis sie an die übergeordneten Bundesstraßen angeschlossen sind. Daher ist er ja nicht minder wichtig, als der übergeordnete.

Vielleicht darf ich noch sagen, daß wir sowohl hier als auch dort, beim Landesstraßenbau, beim Bundesstraßenbau und Autobahnbau, sehr vieles erreicht haben. Es ist gesagt worden, von allen, die bis jetzt gesprochen haben, daß wir noch sehr, sehr viel zu tun haben. Wie wir das machen, wann wir es machen können, ist nicht nur ein Problem an sich, sondern es ist unsere Aufgabe, meine Damen und Herren, jetzt und auch, befürchte ich, in langer Zukunft. (Allgemeiner Beifall. — Landesrat Bammer: „Kollege Loidl, die ÖMV gehört auch zu den Multis!“)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Marczik hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Marczik: Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Herr Kollege Loidl hat am Ende seiner Ausführungen ein sehr wesentliches Stichwort im Zusammenhang mit dem Straßenbau gebracht, und dieses Stichwort lautet: Infrastruktur. Ich möchte mich aus diesem Grunde ganz kurz noch einmal zu Wort melden, und zwar zum Problem Schnellstraße, E 36 und E 6, also zu jener Straße, meine Damen und Herren, die bei uns Obersteirern noch immer als B 17 nicht nur bekannt ist, sondern landläufig auch so genannt wird. Für uns ist der Ausbau dieser E 6 und E 36, das ist gar keine Frage, eine Lebens- und Überlebensfrage im Hinblick auf unsere Industrie, meine Damen und Herren. Denn wenn Sie bedenken, daß gerade ein sehr erheblicher Teil

der Industriefurche des Mur- und des Mürztals derart exportorientiert ist, ja daß wir bis zu 80 Prozent exportieren müssen, dann ist es sehr leicht verständlich, daß unser Fortbestand sehr wesentlich vom Zustand des Straßennetzes abhängt. Wenn das steirische Schnellstraßennetz insgesamt 200 Kilometer beträgt und sich davon allein im Mur- und Mürztal 120 Kilometer befinden, dann ist es ganz klar, daß wir das allergrößte Interesse haben, daß die vorgesehenen Zeitspannen, nämlich ungefähr bis zum Jahre 1988, nach Möglichkeit, verehrter Herr Kollege Loidl, natürlich auch eingehalten werden. Ich anerkenne voll und ganz Deine Überlegungen, weil es sehr schwierig ist, die notwendigen Mittel aufzubringen. Nur eines muß ich auch sagen: Mit den Mitteln, die bisher gerade für den Ausbau dieser Schnellstraße zur Verfügung standen, nämlich mit jenen 100 Millionen Schilling, mit diesen wären wir hoffnungslos in ein Nichts versunken. Du als Fachmann weißt ja, was sind schon 100 Millionen Schilling für den Ausbau von Straßenkilometern. Nunmehr haben wir also 500 Millionen Schilling, allerdings 100 Millionen Schilling davon auf der niederösterreichischen Seite, jenseits des Semmerings. Herüber bei uns sind es 400 Millionen Schilling, die verbleiben. Daher folgerichtig: Bis 1983 sind zusätzliche 150 Millionen Schilling dringend notwendig, um diesen Halbausbaue durchzuführen zu können. Ab 1983 brauchen wir sowieso 550 Millionen Schilling bis 1988, damit, noch einmal sei es gesagt, der Halbausbau vollzogen werden kann. Erst im Jahre 1988, meine Damen und Herren, dann wird auch das Verkehrsaufkommen, so die normale Entwicklung weitergeht, ein so horrendes und gewaltiges sein und gleichzeitig auch die Notwendigkeit infrastrukturell, daß wir dann auf jeden Fall den zweiten Teil der Fahrbahn ausbauen werden müssen.

Ich darf einstimmen in diesen Chor und bitten, meine Damen und Herren, daß wir alle gemeinsam alles tun, damit diese lebensnotwendige Frage, dieser Lebensnerv in der Mur- und Mürzfurche für unsere Wirtschaft, für unsere Industrie, für die Infrastruktur doch einigermaßen zeitgerecht zum Tragen kommt. Ich danke sehr herzlich für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Selbst auf die Gefahr hin, daß mein oberster Lehensherr im Landesdienst, für den ich ja im Zivilberuf streite, mich womöglich um einen Kopf kürzer macht, erlaube ich mir (Abg. Dr. Dorfer: „Mindestens um zwei!“ — Abg. Dr. Schilcher: „Reicht aber noch immer!“ — Abg. Wimpler: „Wir helfen die schon!“), ein paar Anmerkungen anzubringen. Es erhebt sich die Frage, ob die Regulierungen unserer Nebenflüsse noch sinnvoll sind. Die Wasserkraft ist eine Kraft, die seit Jahrhunderten verwendet wird, und mit verschiedenen Formen von Wasserrädern hat sie Mühlen, Sägen und Was-

serwerke betrieben. Die dadurch nutzbar gemachte Energie hat den steirischen Menschen reichlich Wohlstand und Arbeiterleichterung gebracht. Schaut man in den Archiven und auf den Karten nach, so sieht man, daß die Wasserkraft bis auf letzte genützt war, indem sogar die kleinsten Bäche aufgestaut wurden, um den Betrieb von Hausmühlen, Haussägen und so weiter zu gewährleisten. Das Industriezeitalter hat durch seine Entwicklung den Großteil dieser Wasserräder zum Verschwinden gebracht. Groß angelegte Regulierungen haben zudem das Stilllegen der größeren, an den Nebenflüssen bis zuletzt laufenden Mühlen und Sägewerke bewirkt, Regulierungen und die damit verbundenen Kommassierungen führten natürlich auch zu einer besseren Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen. Auch die Strommultis haben nicht ganz unschuldig an einer Entwicklung mitgearbeitet, die das Verschwinden dieser Energieerzeuger zur Folge hatte. (Abg. Schrammel: „Das war ein Wasser zum Wasserrecht!“) Ja sicher, sie haben mitgeholfen, daß die Wasserräder verschwunden sind. Diesen Regulierungen und Kommassierungen kann man nur zum Teil zustimmen. Es wurden viele Biozönosen manchmal durch gedankenloses Vorgehen zerstört, und wir haben uns verschiedene Nachteile damit eingehandelt. Sieht man unsere Nebenflüsse genau an, so wird man den Eindruck nicht los, daß sie großteils zu Vorflutkanälen umfunktioniert wurden.

Die Regulierungen haben auch zur Folge, daß der Grundwasserspiegel teilweise stark zurückging, was dazu führte, daß die Schüttung der Quellen und manchmal auch die Brunnen auf den umliegenden Hügeln zum Versiegen gebracht wurden. Das heißt, daß man heute dorthin, wo früher die Versorgung mit Trinkwasser von Haus aus gegeben war, mit sehr viel Millionen wieder Trinkwasser hineinbringen muß. Volkswirtschaftlich muß man hier sagen, ist das sicherlich keine gute Lösung.

Auch der Fischbestand veränderte sich grundlegend. Wir hätten einiges zum Aufbau einer neuen biologischen Struktur beitragen können, hätten wir an diesen Staustufen Retentionsbecken angebracht und Kleinkraftwerke betrieben. Auch die Überwachung dieser wäre beim heutigen Stand der Technik einfach gewesen, und wir hätten in einer Krisensituation eine Stromversorgung, die die umliegenden Gebiete versorgt. Bei einer Füllung dieser Stauräume wäre eine Kappung der Hochwasserspitzen gegeben und damit die Möglichkeit, dämpfend auf das Hochwasser einzuwirken.

Es stellt sich heraus, daß bei längeren Regenfällen sich die regulierten Flüsse unheimlich schnell füllen und sich heute die Frage erhebt, wie weit hätte man die nachteiligen Dinge zurückdrängen können. Der Grundwasserspiegel könnte bei solchen Staustufen wieder auf einen höheren Stand gebracht werden, und wie gesagt, das würde sich auch auf die Wasserversorgung vorteilhaft auswirken. Bei der Ausführung der Stauräume als Badeseen hätte man das Landschaftsbild auch für den Fremdenverkehr zum Vorteil verändern können. Außerdem wäre das Umweltbewußtsein gefördert worden, denn es ist anzunehmen, daß unter solchen Verhältnissen die Bevölkerung für die Reinhaltung der Gewässer

sorgt und auch darauf achtet, daß sie von anderen eingehalten wird. Mit einem Schutzreden in den Staustufen wäre ein Weitertreiben von Unrat unmöglich. Auch ließe sich eine Verschmutzung schneller lokalisieren und deren Urheber leichter zur Verantwortung zu ziehen. Die Auswirkungen sind sichtbar durch: eine Verkürzung der Wasserläufe, eine größere Längsneigung und damit eine größere Fließgeschwindigkeit, das rasche Ansteigen der Hauptflüsse bei längeren Regenfällen, das Absenken des Grundwasserspiegels in den Talböden, das Auszehren der Grundwasserseen durch erhöhte Spiegelfälle, die Störung des Grundwasserstromes und die Störung des ökologischen Gleichgewichtes.

Eines ist noch zu sagen: Der Wildbestand ist in Regulierungsbereichen sehr stark zurückgegangen, weil die Auwälder und die Gesträuche total entfernt wurden und somit die Wildunterstände einfach weg sind. Heute sind lediglich die Sträucher an den Uferböschungen der letzte Wildunterstand. Und diese, meine Damen und Herren, müssen unbedingt erhalten werden. Zu den Regulierungen muß man sagen, daß sich in letzter Zeit einiges zum Besseren gewendet hat, aber trotzdem sind die neuen Regulierungen sicherlich neu zu überdenken.

Über die Straßen würde heute schon sehr viel gesagt, sehr viel Gescheites natürlich. Ich hätte noch etwas anzubringen, das aber auch im Wasserbau und im Straßenbau immer wieder zu leidigen Interventionen führt. Es hat sich nämlich bei Grundinanspruchnahmen und nachfolgender Wiederherstellung der Grundbuchsordnung auch bei den laufenden Bauvorhaben einiges verbessert, jedoch die älteren Bauvorhaben harren noch der Erledigung. Ich weiß selbst, daß sich in dieser Frage die Beamten sehr bemühen, aber sie sind hier zeitlich überfordert. Hier wird es sicherlich notwendig sein, Spezialisten zusätzlich einzusetzen. Vielleicht ist das Problem in seiner Tragweite noch nicht so erkannt, und vielleicht ist es auch notwendig, daß sich die Rechtsabteilung 1 damit etwas mehr beschäftigt. Aber ich glaube, daß diese Forderung der betroffenen Anrainer — gleich, ob im Straßen- oder Wasserbau — legitim ist und hoffe, daß mit einer raschen, positiven Erledigung der Wiederherstellung der Grundbuchsordnung der Verwaltung, den Anrainern und den Politikern geholfen ist!

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kollmann. Ich erteile es ihm.

Abg. Kollmann: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf mich nach einjähriger Pause wieder in die Reihe der „Straßensänger“ drängen. Ich werde eine Straße besingen, die es wert ist, besungen zu werden. Ich werde aber in Anbetracht der späten Stunde nur ein kurzes Lied anstimmen, denn ich wurde schon von einigen Herren gebeten, „die Straße mit überhöhter Geschwindigkeit zu befahren“.

Zunächst aber möchte ich einige Worte zum Kollegen Hammer sagen, der leider nicht da ist. Ich hoffe, daß er bis zum Ende meiner Ausführungen

kommt, ansonsten, bitte Kollege Hammer, war das ein Personénruf ins Buffet hinaus.

Meine Damen und Herren! Gute Straßen bedeuten wirtschaftliche Impulse und bedeuten in manchen Fällen bereits eine gewisse Sicherheit in wirtschaftlichen Krisensituationen. Gute Straßen haben heute nicht nur nationale, sondern auch internationale Bedeutung, und eine solche Straße von internationalem Rang ist nun einmal die Pyhrnautobahn, dieses Teilstück der Nordwest-Südost-Verbindung Europas. Meine Damen und Herren, die hervorragende Bedeutung dieser Autobahn im Verkehrsnetz Europas wird international anerkannt und läßt sich durch die verkehrsgeographische Lage klar umreißen. Wir kennen alle die wichtigsten Argumente. Erstens einmal ist die Pyhrnautobahn die kürzeste Verbindung zwischen dem Raum Nürnberg, Passau und den Balkanländern, zum zweiten hat sie den niedrigsten Alpenübergang mit dem Schoberpaß, und zum dritten beeinflußt sie sehr große Teile unseres österreichischen Bundesgebietes und ist für wichtige Standorte der Industrie in der Steiermark, für den obersteirischen Industrieraum vor allem, von großer Bedeutung, selbstverständlich, im großen gesehen, für das Dreieck Graz—Linz—Wien. Trotz dieser Erkenntnisse gibt es immer wieder Querschüsse gegen diese Straße und gegen den verstärkten und schnellen Ausbau, weil manche Leute glauben, daß man einen österreichischen Alpenübergang gegen den anderen ausspielen soll, um dann für seinen speziellen Alpenübergang mehr Mittel zu bekommen. Aber, meine Damen und Herren, es gibt auch Anwälte dieser Straße. Einer dieser Anwälte ist ein Redakteur Ernst Heinrich, der heute in einer steirischen Zeitung einige Zeilen geschrieben hat, von denen ich Ihnen ein paar vorlesen möchte. Er schreibt unter dem Titel „Die Entweder-Oder-Experten“. Ich zitiere: „Kaum war der erste Spatenstich für den Autobahntunnel durch die Karawanken getan, hob ein mächtig Unken an. Wozu brauchen wir einen Plabutschunnel, wozu überhaupt eine Pyhrnautobahn, wenn bald alle auf der Tauernautobahn und durch die Karawanken von Deutschland in den Südosten fahren werden? Und schon rühren sich auch im Sekanina-Bautenministerium Stimmen, die meinen, man müsse die Tauernautobahn rasch ausbauen, bei der Pyhrn dafür das Tempo drosseln.“ Der Redakteur schreibt weiter: „Ich kann es kaum fassen, daß es noch immer Experten gibt, Experten unter Anführungszeichen, die da meinen, eine der beiden Nord—Süd-Autobahnen sei genug, die nicht verstehen wollen, daß Österreich eine Tauern- und eine Pyhrnautobahn braucht, die nicht begreifen können, daß sich in der BRD niemand um das österreichinterne Autobahngerangel kümmert und die Deutschen mit ihrer Pyhrnfortsetzung Passau—Nürnberg in wenigen Monaten fertig sind.“

Meine Damen und Herren, dieser Artikel enthält noch einige bemerkenswerte Aussagen, und ich glaube, daß wir solchen Reportern und solchen Redakteuren für ihre Meinung, die sie hier schriftlich kundtun, danken müssen. Leider ist dieser Artikel nur zwischen den Anzeigen erschienen, war aber nicht bezahlt.

Meine Damen und Herren, die großen finanziellen Opfer, die das Land Steiermark im Interesse einer raschen Fertigstellung und in der Erkenntnis der Bedeutung der Pyhrnautobahn gebracht hat und noch bringt, brauche ich hier im Hause nicht näher zu erwähnen. Sie sind allgemein bekannt. Diese Opfer werden natürlich nicht nur für uns Steirer gebracht, sondern sie sind ein wirklich gewichtiger Beitrag zum gesamteuropäischen Autobahnnetz. Umso bedauerlicher ist es, wenn die durch Landeshauptmann Dr. Niederl vor zwei Jahren erstmals an die EG herangetragenen Finanzierungswünsche in Brüssel zwar auf Verständnis stoßen, aber, wie man vor zwei Wochen in der Presse lesen konnte oder mußte, zumindest vorläufig keine positive Entscheidung erwarten lassen. Einer der beiden Gründe für die ablehnende Haltung, die da besonders herausgekommen ist, ist nun einmal die Einführung der LKW-Steuer durch die Bundesregierung. Man hört es aus Brüssel wörtlich und deutlich: „Wir zahlen nicht doppelt“.

Ein Pyhrnproblem, meine Damen und Herren, das mir ganz besonders am Herzen liegt, darf ich Ihnen noch kurz zur Kenntnis bringen. Jeder, der diese Vogelfluglinie zwischen Friesach und St. Michael benützt, bestaunt nicht nur die bautechnischen Leistungen im Gleinalmabschnitt, sondern wünscht sich eine Vervollständigung dieses Autobahnstückes über die ganze Steiermark. Wir wissen ja, Traboch—St. Michael wird am 10. Dezember freigegeben und in Bälde ist auch die Freigabe des Selzthaltunnels zumindest in Nord-Süd-Richtung zu erwarten. Jeder staunt über dieses Bauwerk, aber er staunt auch noch über etwas anderes, und zwar über den geringen Prozentsatz an Lastkraftwagen, der da zu sehen ist. Warum? Weil einfach die Mautsätze für LKW's zu hoch sind und weil diese Mautsätze nicht den Ersparnissen an variablen Kosten entsprechen.

OVP-Abgeordnete dieses Landtages haben im Juni dieses Jahres einen Antrag mit dem Ziel eingebracht, daß die Mautsätze für LKW's und Sattelaggregate so weit gesenkt werden, daß der Gleinalmabschnitt auch von diesen Fahrzeugen angenommen wird. Aus den Verkehrszählungen habe ich damals für diesen Antrag herausgerechnet, daß nur jedes 15. Fahrzeug, das den Autobahnabschnitt der Gleinalm frequentiert, ein LKW ist, während auf der Strecke Leoben—Bruck der LKW-Anteil nach der Eröffnung der Pyhrnautobahn, weil ja einige PKW dorthin verlagert wurden, von 18 Prozent auf 21,6 Prozent angestiegen ist. Die mir vorliegenden neuesten Verkehrszählungen bis November dieses Jahres bestätigen dieses Bild. Es hat sich daran kaum etwas geändert, es muß also an den Mautsätzen liegen. Ein Gutachten des Wirtschaftsförderungsinstitutes der Bundeswirtschaftskammer bestätigt das und es ist mir völlig unverständlich, warum die Pyhrnautobahn-AG., und vor allem der Herr Finanzminister, darauf noch nicht reagiert haben. Was die Pyhrnautobahn-AG. betrifft, so hoffe ich sehr, daß jene Gerüchte, die von Aussagen hoher Autobahnfunktionäre sprechen, die da meinen sollen, der LKW-Verkehr würde den Gleinalmtunnel nur verschmutzen, nicht wahr sind. Sie dürfen ein-

fach nicht wahr sein, denn sie würden den Sinn dieses großartigen Straßenbauwerkes verfälschen.

Ich danke der Landesregierung, daß sie am 26. November den Beschluß gefaßt hat, sich beim Finanzministerium für eine Senkung der Kosten für Zehnerblocks auf 50 Prozent des Normaltarifes einzusetzen. Eine solche Regelung wäre nicht nur für das heimische Transportgewerbe sehr bedeutungsvoll, vielmehr geht es hier um die entscheidende Verbesserung der Sicherheit auf den Bundesstraßen zwischen St. Michael—Bruck und Bruck—Friesach. Meine Damen und Herren, mir liegt die Unfallstatistik der Bundesstraßen zwischen St. Michael und Friesach vor. Sie bezieht sich auf die ersten elf Monate dieses Jahres. Insgesamt gab es zwischen St. Michael und Friesach, also auf den Bundesstraßen rund um die Gleinalm, in diesen elf Monaten 369 Unfälle, 305 PKW-Beteiligungen, 161 LKW-Beteiligungen, 118 Personenschäden und bedauerlicherweise 9 tote Verkehrsoffer. Es ist natürlich unmöglich, auszuloten oder herauszurechnen, wieviele solche Fahrzeuge an diesen Unfällen beteiligt waren, die anstelle des Umweges über Bruck den Gleinalmtunnel hätten benutzen können. Die außerordentlich hohe Quote an LKW-Beteiligungen an diesen Unfällen läßt aber den Schluß zu, daß so mancher Unfall hätte vermieden werden können, so mancher Personenschaden mit oder ohne tödlichen Ausgang nicht eingetreten wäre, hätte man für den Gleinalmabschnitt jene Mautsätze, die diese Autobahn eben für alle Verkehrsteilnehmer attraktiv macht. Daher, meine Damen und Herren, mein Appell an den Finanzminister und an alle beteiligten Stellen, man möge doch helfen, die Verkehrssicherheit wirksam zu verbessern, und zwar im Sinne der Erbauer dieser wunderschönen Straße. Aber es muß rasch sein, denn jeder Tag früher kann viel Sachschaden, Personenschaden verhindern, vielleicht sogar Menschenleben retten.

Den Kollegen Hammer sehe ich noch immer nicht, aber ich muß trotzdem ein paar Worte zu seinen eigenartigen Ausführungen sagen. Ich kenne den Kollegen Hammer aus Eisenerz recht gut und ich schätze ihn als fleißigen Abgeordneten. (Abg. Laurich: „Da wird er sich freuen!“) Ich weiß aber auch, daß das, was er hier gesagt hat, nicht nur hier im Haus gesagt wurde, sondern daß er das landauf, landab, zumindest vom Gerichtsbezirk Eisenerz weiß ich es, verkündet. Ich habe, weil ich eben einen größeren Betreuungsbereich habe, alle Hände voll zu tun, um diese Dinge, die da verbreitet werden, irgendwie wieder abzuschwächen beziehungsweise die Wahrheit unter das Volk zu bringen. (Abg. Hammerl: „Das ist relativ!“) Ich muß wirklich sagen, daß es sehr, sehr eigenartig ist, wenn ein Abgeordneter alles das, was in einer Region nicht funktioniert, der OVP und OVP-Politikern, in diesem Fall dem Herrn Landesrat Dr. Krainer, in die Schuhe schiebt, alles aber, was dort erreicht wird, selbstverständlich an die sozialistische Fahne heftet. Es wäre wahrscheinlich viel, viel besser, der Kollege Hammer würde sich in anderen Dingen üben, er würde hinausfahren zum Herrn Bundeskanzler nach Wien und würde fragen, was mit dem vor zwei Jahren versprochenen Ent-

wicklungsprogramm für die Region Eisenerz ist, einem Entwicklungsprogramm, das der Herr Staatssekretär Nußbaumer im Auftrag des Herrn Bundeskanzlers so großmächtig in Eisenerz vor bereits zwei Jahren angekündigt hat. Es hat sich bisher nichts gerührt. Auch der Kollege Hammer hat sich nicht gerührt. Ich glaube, es würde ihm besser stehen, sich um diese Dinge zu kümmern, denn von ihnen hängt nämlich wirklich die Zukunft des Eisenerzer Raumes ab. (Abg. Laurich: „Belehrungen können Sie sich ersparen, Herr Kollege!“ — Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Stoisser, ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Stoisser: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

In dieser Gruppe wird sehr viel von Straßen gesprochen. Sie machen ja auch den wesentlichen Anteil aus. Ein geringerer Teil, nämlich 120 Millionen Schilling, sind der Wasserversorgung und -entsorgung gewidmet und ist eigentlich Voraussetzung jeden Lebens. Wo kein Wasser ist, gibt es kein Leben. Die Wasserversorgung ist aber an und für sich nicht eine Sache des Landes, sondern Sache der Gemeinden, und die Kommunalpolitiker wissen davon ein Lied zu singen, wenn sie in einem Gebiet sind, wo es kein Trinkwasser gibt. Die Damen und Herren dieses Hauses sind alle weitgereiste Menschen und werden sicherlich schon in Gegenden gewesen sein, wo kein Trinkwasser war und die Lebensqualität eben entsprechend schlecht war.

Es gibt in der Gruppe 0 für die wasserwirtschaftliche Rahmenplanung auch eine Post mit etwa 5 Millionen Schilling. Die wasserwirtschaftliche Rahmenplanung hat eigentlich ganz im Stillen schon sehr viel geleistet. Sie hat im ganzen Land Versuchsbohrungen durchgeführt und wirksame Wasservorkommen geortet, so auch im Leibnitzer Feld bei St. Georgen eine 80-Liter-Quelle, die Grundlage für die Versorgung des Leibnitzer Feldes ist. Weiters wurde dann im unteren Murtal ein Wasservorkommen mit einer Mächtigkeit von 200 Litern pro Sekunde gefunden. Dieses sollte einmal Grundlage für die Versorgung mit Trinkwasser der südöstlichen Steiermark sein. Aber auch im Umland von Graz sind Wasservorkommen geortet worden, ebenso im Problemgebiet Aichfeld-Murboden.

Aufgrund dieser Forschungen war es nun möglich, die Wasserversorgung im Gebiet von Leibnitz völlig neu zu gestalten. Zu diesem Zweck wurde die Leibnitzer-Feld-Wasser-GesmbH im Jahre 1975 gegründet, und zwar als eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Sie wird privatwirtschaftlich geführt. Die Eigentümer sind jedoch die Gemeinde Leibnitz, die Gemeinden St. Georgen und Gabersdorf, Eigentümer ist also die öffentliche Hand. Diese privatwirtschaftliche Führung hat sich hervorragend bewährt. Es wurden in den fünf Jahren des Bestandes dieser Gesellschaft bereits 150 Kilometer Leitungen verlegt und es sind etwa 27.000 Einwohner des Bezirkes Leibnitz mit Wasser versorgt worden. Es wurden 105 Millionen Schilling bereits verbaut

und ein Problemgebiet wie das Sausal wird schon in absehbarer Zeit Wasser haben. Ebenso wurde auch das Stiefingtal mit Wasser versorgt und es ist das Versorgungsgebiet in nördlicher Richtung etwa 30 Kilometer lang und in Ost-West-Richtung etwa 15 Kilometer.

Ein weiteres Aufgabengebiet dieser Leibnitzer-Feld-Wasser-GesmbH ist nun auch die Versorgung der Südoststeiermark. In der Südoststeiermark hat sich der Wasserverband Grenzland-Südost gegründet und wird in Zusammenarbeit mit uns die Südoststeiermark mit Wasser versorgen. Hiefür sind bereits Mittel in der Höhe von 150 Millionen Schilling vom Wasserwirtschaftsfonds zugesagt, so daß in absehbarer Zeit die Südsteiermark, die Südoststeiermark und das Grazer Umland mit einwandfreiem Trinkwasser versorgt sein werden.

Es ist aber auch weiterhin für die Zukunft schon einiges geplant und es wird auch im Norden, in den Eisenerzer Alpen, und auch noch in der Oststeiermark, nach artesischen Brunnen gebohrt, so daß auch für die langfristige Planung bis über die Jahrtausendwende genügend Wasser in unserem Land sein wird.

Ich möchte allen danken, die sich hier mit der Wasserversorgung und -entsorgung befassen, das sind die Fachabteilung III c, die Wasserwirtschaftliche Rahmenplanung und Landesrat Dr. Krainer, die sich hier bemühen und den Gemeinden bei ihren Aufgaben so zur Hand gehen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich noch der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Schaller: Meine Damen und Herren!

Nachdem soviel über das Wasser geredet worden ist, möchte ich als Weizer Abgeordneter am Schluß noch ein Straßenproblem kurz erwähnen, und zwar das Straßenproblem des oberen Feistritztales. Hier ist sehr viel geschehen, aber verständlicherweise haben wir auch noch Wünsche. Aber nachdem schon so viele Straßensänger heute hier waren, möchte ich mich als Straßendichter versuchen und den Wunsch in ein kleines Gedichtchen kleiden: „Ihr Mandä, Krainer, Steuerzahler, vergeßt uns nicht, die Feistritztaler!“ (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dr. Krainer. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Krainer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Lyrik dieses Kapitels hat der Abgeordnete Schaller gesprochen. Ich verspreche Ihnen, vor allem Ihnen, meine Damen, und Ihnen dort, meine Herren, daß ich mich streng an die Arbeitszeit halte, so wie das in unserem Bereich der Bauwirtschaft richtigerweise üblich ist. Ich halte mich also an vorgegebene 18 Minuten. Ich glaube, das sind dann die zwölf Stunden von 8 Uhr früh bis 21.45 Uhr.

Es hätte viel zu sagen gegeben. Ich glaube, daß es gut ist, wenn ich das um diese Stunde in einem verkürzten Verfahren mache. Eines ist erfreulich:

Wenn wir uns, wie ich das jährlich auch getan habe, das Wachstum der Wirtschaft und die entsprechenden Raten des Zuwachses beim Bruttonationalprodukt ansehen, dann werden wir nach der Prognose des Wirtschaftsforschungsinstitutes mit Ende 1979 bei einem Zuwachs von 5 Prozent plus liegen. Das ist im Vergleich zu 1978 außerordentlich bemerkenswert, ich brauche Ihnen das nicht zu sagen. Wir werden es aber im nächsten Jahr mit einer Prognose zu tun haben, die von 3 Prozent Zuwachs spricht. Es ist interessant, und ich möchte Ihnen das nicht verschweigen, daß wir erstmalig wieder seit 1971 eine Prognose der Preissteigerungen haben, die beträchtlich über dem Wachstum liegen wird, also bei 4,5 Prozent nach Meinung der Wirtschaftsforschung. Die Umstände, die wir dafür verantwortlich machen können, sind rasch aufgezählt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach allgemeiner Ansicht gilt die internationale Konjunktur derzeit als gespalten: Die amerikanische Wirtschaftsentwicklung stagniert. Die USA sind das einzige Land, in dem man für 1980 eine Rezession erwartet, zumindest in der Wirtschaftsforschung. Es wird aber auch die Bundesrepublik Deutschland — und das ist der zweite Teil dieser Konjunkturentwicklung — im nächsten Jahr einen weiteren kräftigen Aufschwung haben. Jedenfalls deutet im Augenblick relativ wenig, sagen die Herren, auf ein abruptes Ende dieses Aufschwungs hin. Im Gefolge der Ölverteuerung wird sich die Inflation beschleunigen und es ist ganz sicher, daß wir natürlich, wenn wir an die Mullas und an den Ayatolla und ähnliche Erscheinungen denken, auch mit schockartigen Erlebnissen auf diesem Gebiet konfrontiert sein könnten. Ich glaube, daß das nicht der Stimmungsmache im Sinn von Wolkenschieben entspricht, aber es ist auch das immerhin eine Möglichkeit geworden. Es ist ja nicht uninteressant, und ich werde das nicht zu weit ausdehnen, daß das vor zwei, drei Jahren trotz des Ölshocks damals — Sie erinnern sich, die berühmte Geschichte mit der Rezession —, trotz des Ölshocks, total verdrängt und eigentlich kaum mehr für möglich gehalten wurde. Das ist eine ganz bemerkenswerte, auch wirtschaftspsychologische Tatsache; über die man, glaube ich, nicht hinwegkommt. Es ist nicht uninteressant im gleichen Zusammenhang, daß die Wirtschaftsforscher in einem eigenen Kapitel der Prognose 1980 gewitzt, sozusagen als gebrannte Kinder, sagen, die Konjunkturprognosen von Ende 1974 würden für 1975 zwar eine Wachstumsabschwächung erwarten lassen, jedoch nicht eine Rezession, wie sie aber dann tatsächlich zum Zeitpunkt der Prognosenerstellung bereits im Gang gewesen ist. Daher sehen sich die Herren Forscher vor und haben eine gewisse Bandbreite für diesen Fall eingeplant.

Ich möchte, meine Damen und Herren, auch deshalb davon gesprochen haben, weil ich glaube, daß zur Beurteilung der Baukonjunktur ja immer auch der Rückgriff auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung von Bedeutung ist. Wir haben heuer wiederum — ich habe Ihnen das auch bisher jedes Jahr, seitdem wir dieses Referat mit Dr. Marchner in der Landesbaudirektion eingerichtet haben, gezeigt — die Entwicklung des Bauvolumens pro Kopf der

Bevölkerung festgestellt. Wir haben 1979 prognostiziert — es ist ja noch nicht zu Ende, eine solide Prognose —, einen Zuwachs von plus 2,7 Prozent, also etwas gedämpft im Vergleich zum vorigen Jahr, wo es sich um einen Zuwachs von 5,9 Prozent gehandelt hat. Gesamtösterreichisch sehen wir eine Teilung in private Bauten und in öffentliche Bauten von genau 50 zu 50. Bei uns in der Steiermark entfallen 52 Prozent auf private und 48 Prozent auf öffentliche Bauten. Wenn Sie die Steiermark insgesamt nehmen, dann haben wir einen Zuwachs von 2,2 Prozent, verglichen mit dem Vorjahr. Im Vorjahr hatten wir einen Zuwachs von 14,7 Prozent im Vergleich zum vorhergehenden Jahr, das ist also an sich zumindest nominell ein Fortschritt; aber liegt weit hinter dem, was wir am Ende des vorigen Jahres gezeigt haben.

Es ist im übrigen auch interessant, daß der Bezirk Fürstenfeld, hier im Vorjahr an 17. Stelle, vorgeückt ist auf den achten Platz; daß wir auch den bemerkenswerten Umstand zu verzeichnen haben, daß Weiz auf die zehnte Stelle vorgerückt ist. Das hängt eindeutig mit dem Bundesschulzentrum zusammen, das dort gebaut wird. Sehr bemerkenswert für Fürstenfeld ist dieser Sprung nach vorn, der auch im Zusammenhang mit Loipersdorf und der Südautobahn steht.

Nun, wie wird es im nächsten Jahr sein? Ich habe mit den Herren der Bauwirtschaft, sowohl der Innung als auch den Herren der Gewerkschaft, über den Landesbaudirektor und den dort eingerichteten Beirat ja immer engen Kontakt mit dieser Entwicklung. Es ist ganz eindeutig, und das wollen wir auch nicht verschweigen und das hat auch Loidl hier gesagt, daß die Ertragslage der Unternehmen sehr zu wünschen übrig läßt und daß sicherlich ein enger Zusammenhang zwischen der Baupreisentwicklung, die im Index des Tiefbaus in der letzten Phase bei plus 18 Prozent lag, und dieser Ertragslage besteht. Das Kontinuum zum „Haben“ im Ablauf der Jahre ist einfach nicht gelungen, auch heuer wieder nicht. Es ist gar kein Zweifel, daß wir im Hochbau die Entwicklung „Normalhaben“ halten konnten, aber im Tiefbau ist ganz offenkundig die Preisentwicklung so, daß sie von den letzten, ertragsarmen Jahren der Unternehmungen, insbesondere auch der großen Unternehmungen, stark bestimmt ist. Wir sagen auch ganz unbefangen, natürlich auch von den Lohnnebenkosten aufgrund der letzten gesetzlichen Bestimmungen in diesem Zusammenhang. Jedenfalls ist das eine nicht erfreuliche Entwicklung. Es hat der neue Minister auch erklärt, daß er dieser Preisentwicklung im Einvernehmen mit der Bauwirtschaft und auch mit den Arbeitnehmervertretern eine besondere Aufmerksamkeit schenken wird; es ist zu hoffen, daß es uns gelingt, sie im kommenden Jahr einigermaßen in den Griff zu bekommen. Es besteht auch eine echte Sorge seitens der Innung. Der Bundesinnungsmeister hat mir gesagt, daß die Anschlußaufträge im nächsten Jahr zu wünschen übrig lassen werden. Wir hoffen, daß wir zumindest vom Land her uns hier nicht in dieser Richtung schuldhaft machen. Es sieht jedenfalls nach den Budgetergebnissen nicht so aus.

Und nun zu einigen konkreten Problemen, die wir, glaube ich, nicht unberücksichtigt lassen sollen.

Meine Damen und Herren, immer wieder wird auch in einer etwas aufgelösten Stimmung wie am heutigen Abend, zumindest im Verlauf der Diskussion, das Hauptproblem der Grundausrüstung der Hochleistungsstraßen der Steiermark zur Diskussion gestellt. Es redet fast jeder, wenn er über Straßen redet, vom Problem der Pyhrn-, der Südautostrade und der Mürz-Mur-Furche, und wir kommen im Grund genommen zu sehr ähnlichen Rückschlüssen. Insbesondere dann, wenn Menschen, die sich wirklich damit befaßt haben und die auch lange genug mit den Problemen zu tun hatten, von den Dingen reden. Das sagt nicht, daß nicht für jedermann auch sonst die Möglichkeit besteht, sich im Verlauf der Jahre die Kenntnisse auf diesem Gebiet so anzueignen, daß man erwarten kann, daß in vielleicht doch absehbarer Zeit alle Abgeordneten des Hauses in der Lage sein werden, auch zu diesen vordringlichen Problemen der steirischen Bauwirtschaft kompetent Stellung zu nehmen. Jedenfalls ist völlig unzweifelhaft, ich weiß, das hat ein bißchen einen Beigeschmack, ich bitte, das auch um Gottes Willen nicht so aufzufassen (Abg. Kohlhammer: „... wie es gemeint war!“), aber ein bißchen eine Hetz muß auch sein, Kohlhammer, jedenfalls, meine Damen und Herren, es ist xmal gesagt worden, ich wiederhole es: 4 Milliarden Schilling Südautostrade, 5 Milliarden Schilling Mürz-Mur-Furche, 6 Milliarden Schilling Pyhrnautostade, ohne Pyhrnautostade-Aktiengesellschafts-Finanzierung. Dann bitte ich auch darum, daß der Abgeordnete Hammer sich auch, — ich wundere mich übrigens, Sie sind eigentlich so ein solidarischer Klub (Abg. Hammer: „Redefreiheit!“), daß Sie ihn da so hineinmarschieren lassen —, ich bitte doch den Abgeordneten Hammer, sich an dem zu orientieren, was sein Bautensprecher zum Hauptteil seiner Ausführungen gemacht hat, verständlicherweise. Er hat lange genug damit zu tun und ist in dieser Frage wirklich voll informiert.

Ich möchte in dem Zusammenhang sagen: Trotzdem muß für die Mürz-Mur-Furche unser Sonderprogramm, das wir vorgelegt haben (Landesrat Gruber: „Das ist kein neues Programm.“), zum Tragen kommen, wenn wir alles das ernst nehmen, was in den letzten Jahren in diesem Zusammenhang von uns und von allen in diesem Haus gesagt wurde. Das heißt jährlich 150 Millionen Schilling zusätzlich bis zum Jahre 1988. Ansonsten ist in diesem Zehnjahresprogramm, — das ist ohnedies die nominelle Entwicklung, die wir voraussehen können, die reale ist ja nicht abschätzbar —, ist in diesen zehn Jahren die Mürz-Mur-Furche nicht zu realisieren, auch nicht im Halbausbau, bitte schön; das ist angepaßter Ausbau, um den es hier geht, wie man sich vornehm auszudrücken pflegt, angepaßter Ausbau, Halbausbau heißt das. Zwar vier-spurig, aber die Hälfte der Schnellstraße ist das. 550 Millionen, also 150 zusätzlich zu den 400. Und ich habe dem neuen Herrn Bautenminister dieses Programm (Landesrat Gruber: „Nein, das hat er nicht!“) — schauen Sie, Herr Kollege Gruber, ich verstehe Sie schon. Sie sind ja doch etwas länger im Haus als der Herr, ich habe nämlich heute auch noch angerufen. (Landesrat Gruber: „Er hat es

nicht!“) Schauen Sie, ich will ja nicht, warum soll ich! Ich will Sie nicht verletzen! (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Am Montag sind wir beieinander, da können wir reden!“) Wir haben heute angerufen, weil ich ja auch wegen eines Termines verhandle, und den Herrschaften ist das Problem bestens bekannt. Das Bundesministerium hat nur noch nicht die entsprechende Antwort ausgearbeitet. Lassen wir es, bitte wirklich! Ich will ja die Straßen, ich will ja nicht mit euch streiten! Um nichts und wieder nichts! Jedenfalls, das sage ich Ihnen und da haben wir immer eine gute steirische Linie gehabt, das möchte ich in diesem Zusammenhang sagen, und bitte schön, wenn jemand meint, sich davon absentieren zu sollen, er tut wahrscheinlich sich selber, aber ganz sicher uns allen nichts Gutes. Das sage ich auch ganz ehrlich und ganz ernst.

Wir haben diese gemeinsame steirische Linie aufgebaut, der Herr Minister Moser hat in einer — wie das heute mehrmals betont wurde, wie es der Landeshauptmann das letzte Mal wieder gesagt hat — ausgesprochen zügigen, für die Steiermark sehr nutzbringenden Weise diese steirische Linie entscheidend mit uns getragen, und das hat uns sehr genützt. Ich glaube also, daß wir uns wirklich ganz hinter diese Sache klemmen müssen. Und dasselbe gilt für die Pyhrnautostade und dasselbe gilt für die Südautostrade, die Bundesstraßen und alles andere.

Aber etwas darf ich dem Herrn Kollegen Hammer nicht ersparen, auch wenn ich mich an die Zeit halten will. Sie haben gesagt, es ist nicht ausgeschrieben. Wer hat Ihnen so etwas gesagt? (Unverständlicher Zwischenruf.) Das haben Sie wirklich nicht verdient! Noch dazu, wo Sie mir persönlich sympathisch sind! (Abg. Laurich: „Da wird er sich freuen!“) Bitte schön, darf ich es Ihnen kurz vorlesen, Sie haben mir ja einen offenen Brief geschrieben, wir haben offen geantwortet. Auf der Basis des generellen Projektes 78, — bitte schön, erzählen Sie den Leuten keine Geschichten —, Präbichlsüdrampe wurde für den Teilabschnitt Präbichl—Paßhöhe Hubertushof, der Landeshauptmannstellvertreter Sebastian kennt sich dort gut aus (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Nicht nur dort!“), ein Detailprojekt erstellt. Dieses haben wir am 30. März 1979 dem Bundesministerium für Bauten und Technik zur Genehmigung vorgelegt und mit Erlaß vom 30. Mai genehmigt erhalten. In der Zeit vom 26. Jänner bis zum 9. März ist die Anhörung nach § 4 erfolgt, und wurde der Straßenverlauf mit Verordnung vom Bundesministerium am 21. Juni verordnet. Die wasserrechtlichen Maßnahmen (Abg. Hammer: „Herr Landesrat, ich habe ja gesagt, das Projekt ist genehmigt!“), schauen Sie! Warum fangen Sie das an? Wenn Sie da reden, muß ich Ihnen antworten. Wenn Sie mich gefragt hätten, hätten Sie die Öffentlichkeit nicht gehabt. Wir sind ja gestern beisammengesessen, war ja gar kein Problem!

Für die wasserrechtlichen Maßnahmen haben wir einen Bescheid vom 10. April. Das eisenbahnrechtliche Verfahren ist auch abgeschlossen. Am 28. August, am 17. September und zuletzt am 12. November haben die für das Bauvorhaben notwendigen Grundeinlösungen stattgefunden. Meine Herren von der Grundeinlösung, die heute zum Teil da sind, leisten vorzügliche Arbeit, das sage ich Ihnen. Es

gehört zum härtesten Geschäft, das es überhaupt neben der Planung gibt. (Abg. Hammer: „Das wurde nie bestritten!“ — Beifall bei der ÖVP.) Ja, und wissen Sie, was das gekostet hat? 3 Millionen Schilling, und 1,5 Milliarden Schilling waren im Programm!

Und jetzt sage ich Ihnen noch zum Schluß, weil es ja einen Sinn haben soll für uns alle, auch für das Land: Wenn wir uns wirklich hineinknien, was wir in diesem Fall getan haben — aber es scheint Ihnen nicht zu passen, wenn sich ein ÖVP-Landesrat für die Eisenerzer einsetzt, wenn wir ganz deutsch reden. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Zinkanell: „Wo bleibt die Sympathie?!“) Schauen Sie, wissen Sie, was ich Ihnen sage: Wir werden uns selbstverständlich so wie im vergangenen und im vorvergangenen Jahr auch im kommenden Jahr, auch beim neuen Minister wirklich darum bemühen, daß wir das Geld bekommen. 6 Millionen Schilling sind in der ersten Beamtenverhandlung drinnen für das Jahr 1980. Das heißt, man hat uns schon wieder zwei heruntergestrichen. 8 Millionen Schilling haben wir verlangt! Das muß man eben wissen! Ich fange ja nichts an, ich will ja keinen Streit mit euch wegen solcher Dummheiten. Das ist doch ein Unsinn! (Abg. Hammer: „Wir wollen nur eine Straße haben!“) Dann reden Sie anders, lassen Sie sich doch nichts erzählen von den Leuten! (Abg. Hammer: „Wo sind die Pläne, Herr Landesrat?“) So billig geht es ja nicht! Aber schauen Sie, dann sage ich Ihnen noch etwas dazu! (Abg. Hammer: „Wo sind die Pläne für die Kernbrücke, Herr Landesrat?“) Wenn Sie wollen, gebe ich es Ihnen sogar mit. Die Budgetverhandlung vom 3. Dezember, — der gute Strenitz hat ja da auch seine Erfahrungen mit mir gemacht, kein Wunder, daß er Sie aufhetzt! (Abg. Hammer: „Stimmt nicht!“) Es hat ja auch nicht gestimmt, damals, es ist schon lange her. Sie waren damals noch nicht hier. (Abg. Hammer: „Wann war das?“) Vom 3. Dezember! Die Regenerierung für Hieflau — Eisenerz, B 115, ist vom Bund erst im September genehmigt worden und ohne jeden Groschen Geld, damit Sie das wissen, hätte ich Ihnen auch gesagt. Ich lege gar keinen Wert darauf, Sie hier öffentlich aufzuklären. (Abg. Dr. Strenitz: „Kollege Hammer, lassen Sie sich nichts gefallen!“) So ist das! Und wie ist das mit Altenmarkt? 1,5 Millionen Schilling! Auch nicht da. Auch nicht genehmigt, so ist die Wirklichkeit! Sie sagen, da geschieht nichts. Aber bitte schön! Ich möchte mich daran halten. Schauen Sie, wenn das so gelaufen wäre, wie wir es gewollt hätten, gar keine Frage, überhaupt keine Frage! Nur, damit werden Sie in der Situation Ihren Leuten keinen guten Dienst erweisen! Das sage ich Ihnen! (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Schilcher: „Die Erfahrung muß jeder einmal machen!“)

Ich darf heute noch eine Mitteilung machen: Die Ausschreibung für den Richtstollen des Plabutschunnels ist ja längst erfolgt. Es ist heute die Anbotöffnung gewesen. Ich kann Ihnen sagen, es haben sich alle bedeutenden Tunnelbaufirmen Österreichs an der Ausschreibung beteiligt. Es ist ein sehr erfreuliches Ergebnis zustande gekommen, ein sehr erfreuliches Ergebnis. Es liegt in einem sehr sympathischen Bereich, was wir jetzt feststellen konnten. Wir werden noch vor Weihnachten das Ministerium

um die Genehmigung in diesem Zusammenhang bitten, und ich hoffe, daß wir dann auch dieses ganz schwierige Problem wieder einen Schritt vorangebracht haben werden. Ich freue mich, daß ich Ihnen das mitteilen konnte, und ich glaube, damit haben wir die Zeit eingehalten. Einen schönen guten Abend! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Pranchh hat als Berichterstatter das Schlußwort.

Abg. Pranchh: Ich verzichte auf das Schlußwort und wiederhole meinen eingangs gestellten Antrag, den Ansätzen der Gruppe 6 in der vorliegenden Form zuzustimmen.

Präsident: Wer den Ansätzen und Posten der Gruppe 6 seine Zustimmung erteilt, den bitte ich, eine Hand zu erheben.

Die Gruppe 6 ist angenommen.

Ich unterbreche die Sitzung. Wir nehmen die Verhandlungen morgen um Punkt 8 Uhr wieder auf.

(Unterbrechung der Sitzung um 22 Uhr — Wiederaufnahme der Sitzung am 7. Dezember 1979 um 8 Uhr.)

Präsident: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Wir nehmen die unterbrochenen Beratung wiederum auf. Wir kommen zur Gruppe 7, Wirtschaftsförderung. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Rupert Buchberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Buchberger: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vielleicht einleitend noch ein Wort: Um Sie mit den notwendigen Vitaminen zu versorgen, haben wir uns erlaubt, Ihnen eine Kostprobe steirischer Äpfel zu kredenzen. (Allgemeiner Beifall. — Abg. Lackner: „Und wieso bekommen wir keine Äpfel?“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen zur Gruppe 7, und die Gruppe 7 umfaßt das Kapitel Wirtschaftsförderung mit den Ansätzen für die Landwirtschaft, die insgesamt Ausgaben von 186,333.000 Schilling beinhalten, die Förderung der Energiewirtschaft, die Förderung des Fremdenverkehrs mit Ausgaben von insgesamt 92,741.000 Schilling und die Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie mit ebenfalls Ausgaben von 72,403.000 Schilling.

Die Summe an Einnahmen und Ausgaben in der Gruppe 7: Die Einnahmen machen insgesamt 98,329.000 Schilling aus, die Ausgaben belaufen sich in der Gesamtgruppe auf 458,392.000 Schilling.

Der Finanzausschuß hat sich mit diesen Ansätzen eingehend befaßt und ich darf in seinem Namen ersuchen, nun diesem Kapitel der Gruppe 7 die Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Meine Damen und Herren, bevor wir in der Tagesordnung weitergehen, möchte ich mich als Nichtagrariar ebenfalls für die Gabe steirischen Edelobstes herzlich bedanken.

Im Einvernehmen mit den Obmännern der in diesem Haus vertretenen Parteien schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 7 zu teilen, und zwar im ersten Teil Landwirtschaft, im zweiten Teil Fremdenverkehr und im dritten Teil die Wirtschaftsförderung. Wir haben das bereits im Vorjahr so gehandhabt. Wird dagegen ein Einwand erhoben? Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist beschlossen.

Wir beginnen mit dem ersten Teil der Gruppe 7, Landwirtschaft. Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Präsident Koiner. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Koiner: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Passage des Generalredners, des Kollegen Brandl, die sich mit der Landwirtschaft befaßt hat, hat zwei Zahlen deutlich vor Augen geführt, und ich bin nicht undankbar dafür, weil uns gerade diese zwei Zahlen und die Aussage darnach direkt hinführen in eines der Probleme, vor der die Landwirtschaft überhaupt immer wieder steht, nämlich einerseits der Tatsache, daß Vertreter der Bundesregierungspartei, natürlich auch berechtigt, wie soll es denn anders sein, mit Zahlen sagen, Entwicklung ist nicht schlecht, sie ist sogar gut, sie ist besser, während in breiten Kreisen der Bauernschaft selbst und auch gegenüber der Interessensvertretung, ich möchte das noch einmal sagen, etwa die Meinung vertreten wird, na ja ihr kümmert euch schon darum, aber das, was ihr erreicht habt, ist zu wenig. Dazwischen steht eine Öffentlichkeit, eine eigentlich mehr als früher an der Landwirtschaft und an ihrem Gedeihen interessierte Öffentlichkeit. Das hängt sicher mit einigen Fakten zusammen, die einfach in den letzten Jahren unübersehbar sind. Ich will sie gar nicht näher anführen. Es ist sicher auch die Tatsache, daß in so weiten Bereichen der Welt — Kollege Horvatek hat darauf hingewiesen — heute Hunger ist und es ist natürlich auch der Rückschluß unausbleiblich für jeden, daß, wenn man im eigenen Land nicht mehr Hunger hat, man eigentlich dann über die Grenzen zu schauen und zu fragen hat: Ist das eine gerechte Welt? In unserer eigenen Größenordnung haben wir das bewältigt, aber können wir sagen, das interessiert uns nicht, weil es eben andere Nationen, andere Sprachen sind und so weiter. Das dürfte eine der Ursachen sein. Die zweite, glaube ich, auch deswegen, weil man sich doch in letzter Zeit viel mehr Gedanken macht über die Ressourcen, die wir auf dieser Welt zur Verfügung haben und natürlich sich auch Gedanken macht im Hinblick auf nachhaltige Bewirtschaftung, auf Energie und damit einfach die Landwirtschaft als der kontinuierlich produzierende Teil der Wirtschaft auch für die Öffentlichkeit interessanter wird.

Es gibt da noch ein paar Dinge. Diese Öffentlichkeit fragt mit Interesse: Ja, was stimmt denn nun eigentlich davon? Ist es so, wie die Regierungspartei, wie etwa der Abgeordnete Brandl gesagt hat, ist es so, wie die Bauern sagen, wie es die Interessensvertretung sagt? Wie ist die Lage der Land- und Forstwirtschaft? Nun muß ich mich doch auch mit diesen Zahlen beschäftigen. Meine Damen und Herren, das Zahlenmaterial, das Aussage machen soll über die Lage der Land- und Forstwirtschaft, ist ein an und für sich mit Zahlen gespicktes

Buch. Es ist gar nicht so leicht, aus dieser Fülle von Zahlen jene herauszunehmen, die uns Aussage geben, wie es mit der Land- und Forstwirtschaft steht. Bitte sehr, im Grünen Bericht 1978; das ist die letzte verfügbare Zusammensetzung, sind eine Menge dieser Zahlen und ich glaube, einer der Hinweise, wie es der Land- und Forstwirtschaft geht, ist zweifellos das landwirtschaftliche Einkommen je Arbeitskraft. Das ist eine Kennzahl. Sie muß nur, und das sage ich gleich von vornherein, deswegen auch noch mit einem Fragezeichen gesehen werden, weil sie uns nur sagt, was die land- und forstwirtschaftliche Bevölkerung aus der landwirtschaftlichen Tätigkeit, aus der land- und forstwirtschaftlichen Tätigkeit, an Einkommen erzielt. Es sind nicht die Gesamteinnahmen, aber immerhin gibt es einen Hinweis darauf, wie etwa Land- und Forstwirtschaft sich entwickeln.

Hier nun zu den Zahlen, die Kollege Brandl genannt hat. Er sagt, im Jahre 1978 — Grüner Bericht — ist das Einkommen der Landwirtschaft um 11 Prozent gestiegen und das zweite, was ja auch unüberhörbar ist, damit ist die Steigerung, de facto in Prozenten ausgedrückt, doppelt so hoch wie bei den Unselbständigen, was einfach den Schluß zuläßt, der Landwirtschaft muß es ja glänzend gehen. (Abg. Brandl: „Nein!“) Ich weiß nicht, ist dir der zweite Zettel wirklich abhanden gekommen (Abg. Brandl: „Ich habe ihn wieder gefunden!“), du bist ja ein alter Taktiker, du hast ja so viel Erfahrung, daß ich dir durchaus auch zutraue, daß dir das nicht passiert ist, sondern daß du das wirklich unter den Tisch getan hast. Vielleicht hast du dort die Zahlen drinnen gehabt. (Heiterkeit.) Aber bitte sehr!

Ich möchte nun dazu Stellung nehmen, zu diesen zwei Aussagen. Da schaut es, meine sehr geehrten Damen und Herren, so aus: Im Bundesmittel wurde 1978 ein nomineller Wert von 77.122 Schilling brutto je Monat an landwirtschaftlichen Einkommen je Familienarbeitskraft erzielt, das sind umgerechnet auf den Monat 6427 Schilling. Die nominelle Steigerung gegenüber 1977 betrug damit 10,1 Prozent. Diese relativ gute Zunahme gegenüber dem Vorjahr kommt aber, und das muß man dazusagen, das wird am zweiten Zettel gestanden sein (Abg. Brandl: „Ja, das ist möglich!“), nur deswegen zustande, weil das Jahr 1977, das Vorjahr also, den bisher größten Einbruch in der Einkommensentwicklung der siebziger Jahre gebracht hat. Es ist nicht unbekannt, wie das ausgesehen hat, es sind auch die Tabellen drinnen, daß wir dort de facto aufs gesamte Bundesmittel gerechnet, minus 2,8 Prozent an Einkommen aus dem landwirtschaftlichen Bereich erzielt haben. Daß dann in einem normalisierenden und an und für sich vom Rohertrag her, also von den Zahlen her gutem Jahr 1978 auch eine solche Steigerung anfällt, ist verständlich. Dies also zu dieser Zahl.

Was nun die Steiermark anlangt: Sie ist ja sicher für uns noch ein bißchen interessanter, weil ja das Bundesmittel nicht alles aussagt. Das ist eine Durchschnittszahl. Es sieht so aus, daß im südöstlichen Flach- und Hügelland — ich glaube, daß ist ein Begriff, es ist ein Produktionsgebiet — eine nominelle Einkommenssteigerung, gemessen am landwirtschaftlichen Einkommen, um 5,3 Prozent auf 5085 pro Monat zu verzeichnen war. In den übri-

gen Produktionsgebieten, an denen die steirische Landwirtschaft Anteil hat, gab es auch 1978 reale Einkommensverluste. Im Hochalpengebiet, also hauptsächlich Bergbauerngebiet, belief sich der nominelle Verlust sogar auf 0,6 Prozent. Bitte, ich glaube, das ist genug an Zahlen.

Und nun zur zweiten Zahl! Es ist richtig, ich habe schon darauf hingewiesen, daß aus Gründen der Sachlichkeit das Gesamterwerbseinkommen berücksichtigt werden muß. Also nicht nur das, was die Bevölkerung aus land- und forstwirtschaftlicher Tätigkeit einnimmt, sondern da gibt es eine ganze Menge von Nebenerwerbs-, Zuerwerbs- und öffentlichen Zuschüssen und so weiter. Ich glaube, das ist die Zahl, die sich dann etwa auch mit dem Einkommen der Unselbständigen vergleichen läßt. Wenn man diese Zahlen zusammenzieht, man nennt dies Gesamterwerbseinkommen der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen, dann kommt man im Jahre 1978 zu einem nominalen Wert von 87.383 Schilling, das sind also 7282 Schilling im Monat im Bundesmittel, und sie bedeuten 9,9 Prozent plus gegenüber dem Jahr 1977. Auch immerhin eine Zahl, die auf eine positive Entwicklung im Jahre 1978 unweigerlich schließen läßt, und man muß dies auch tun!

Nun ein paar Worte zur Entwicklung der Nebenerwerbsbetriebe: Hier gibt es einen eigenen Raster. Es sind ungefähr 500 Nebenerwerbsbetriebe, die im Grünen Bericht in der Buchführung sind. Und hier zeigt sich auch eine Tatsache, die an und für sich bekannt und auch klar ist, nämlich daß das Nebeneinkommen, das nicht aus der land- und forstwirtschaftlichen Tätigkeit resultierende Einkommen, natürlich dort bei weitem höher zu Buche schlägt als bei allen anderen Betrieben, fünfmal höher. Ist ja klar, deswegen ist er ja in den Nebenerwerb gegangen. Aber es zeigt sich leider auch, daß die Einkünfte, die nicht aus land- und forstwirtschaftlicher Tätigkeit sind, beim Nebenerwerbsbauern de facto auch um 2 Prozent weniger günstig sind als in der allgemeinen Entwicklung. Was vielleicht doch ein deutlicher Fingerzeig dafür ist, daß die Qualität der Arbeitsplätze, die für diese Leute zur Verfügung stehen, nicht so interessant ist, wie eben andere. Ich möchte dies nur nebenbei erwähnen, aber es ist ein Gesichtspunkt, den wir zu berücksichtigen haben und der darauf hinweist, daß der Arbeitsplatz im ländlichen Raum einfach unsere besondere Beachtung verdienen muß, das ist gar keine Frage.

Nun, das ist unser Einkommen, das Einkommen der Bauern aus land- und forstwirtschaftlicher Tätigkeit und aus der Gesamttätigkeit. Wenn man nun zu der vom Kollegen Brandl dargelegten Situation, wo es heißt, die Bauern haben eine doppelt so hohe Einkommenssteigerung gehabt wie die übrigen, Unselbständigen, Stellung nimmt, dann muß man dazu wahrscheinlich einen realen Vergleich anstellen, einen Vergleich dieser Gesamteinkommen zu den Einkommen der Unselbständigen. Und hier ist eines interessant, daß es diese Zahl im Grünen Bericht bisher nicht gibt. Es gibt sie nicht! Es sind Bemühungen im Gange, die Zahl hineinzubringen. Kollege Zinkanell wird davon wissen, aber bisher sind sie nicht im Bericht. Es gibt aber andere Quellen, aus denen man das herauslesen kann. Hier zeigt

sich — und damit komme ich auf die Behauptung, wie dies im Vergleich aussieht, meine Damen und Herren: Einkommen Land- und Forstwirtschaft doppelt so schnell gestiegen, doppelt so groß gestiegen wie im unselbständigen Bereich. Herr Kollege Brandl, meine Damen und Herren, die Einkommensvergleiche, wie immer sie durchgeführt werden, weisen erstens darauf hin, daß die Differenz innerhalb der Land- und Forstwirtschaft eine der Geschichten und eines der Kapitel, die momentan auch aktuell sind, weil es Bemühungen in der Beziehung gibt, an und für sich immer kleiner ist wie in allen anderen vergleichbaren Wirtschaftssparten. Ich sage das bewußt auch in diesem Zusammenhang, das heißt, was immer ich in der E-Wirtschaft, in der Stahlwirtschaft und so weiter vergleiche, die Einkommensdifferenzierungen innerhalb dieser Gruppe sind überall größer als in der Land- und Forstwirtschaft. Und das ist ein deutlicher Hinweis auch darauf, daß ein Konzept, das momentan irgendwo unüberhörbar da ist, innerhalb der Land- und Forstwirtschaft einen Einkommensausgleich zu machen, jedenfalls gar nicht zielführend sein kann. Weil der Topf, wo man das erreicht, viel zu klein ist, und weil wir dann eine Einkommensnivellierung, eine Einkommensgleichheit in der Land- und Forstwirtschaft hätten, aber es dann nicht allen gleich gut, sondern allen gleich schlecht geht. Ich glaube, das muß auch dazugesagt werden. Es gibt auch sicherlich andere als ökonomische Gründe, dies zu machen, aber mir kommt dieser Versuch ungefähr so vor, als wenn ich einem, der ein Auge verloren hat und der sich also dadurch benachteiligt fühlt, sagen würde: „Du, paß auf, damit ihr gleich seid, schlage ich dem anderen das Auge auch ein, dann sehen beide nur auf einem Auge!“ Das ist zwar dann gleich, aber bitte sehr, zweckmäßig scheint mir dieser Weg nicht zu sein! (Abg. G. Heidinger: „Er wird ja nicht gegangen, Herr Präsident!“) Versucht wird er zu gehen, bitte! Und das ist es, was also unübersehbar ist. (Abg. Prensberger: „So schlecht sind wir wieder nicht!“ — Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Das gilt aber nur für den mit einem Auge!“) Aber bitte, man kann es auch beim Ohr machen! Das ist dann ja ziemlich gleich, Herr Landeshauptmannstellvertreter!

Wenn man nun diese Einkommensvergleiche macht, und sie werden im allergrößten Teil mit den in der Industrie Beschäftigten gemacht, und zwar so, daß man Arbeiter und Angestellte in der Industrie zusammenzählt, daraus ein Mittel zieht und das faktisch gegenüberstellt dem Einkommen in der Land- und Forstwirtschaft, und zwar dem Gesamteinkommen, dann schaut das so aus — und bitte, das ist die Antwort auf die Behauptung von Kollegen Brandl — daß der Einkommensabstand der österreichischen Bauern zu einem Industriebeschäftigten 5552 Schilling je Monat ausmacht. Dieser Einkommensabstand, Herr Kollege Brandl, und meine Damen und Herren, hat sich vom Jahre 1970, wo er 2243 Schilling je Monat betragen hat, bis 1978 auf 5552 Schilling je Monat vergrößert, also mehr als verdoppelt. Der Einkommensvergleich markiert also zwei unübersehbare Tatsachen: Einerseits resultiert ein hoher Einkommensabstand zuungunsten der in der Land- und Forstwirtschaft arbeitenden

Familienarbeitskräfte und andererseits, und das ist das Faktum, vergrößert sich der Einkommensabstand zum Nachteil der österreichischen Bauern von Jahr zu Jahr. Diese Tatsache wird durch die Darstellungen der verschiedenen Einkommen in einer Abbildung, die ich Ihnen an und für sich auch zeigen möchte, ganz, ganz deutlich und auch klar dargestellt. So schaut das aus, meine Damen und Herren! Das ist die Einkommensentwicklung Industriebeschäftigter, die zweite ist das Gesamteinkommen und das dritte ist das landwirtschaftliche Einkommen. Sie sehen also ganz deutlich die Schere, die sich hier geöffnet hat. Und damit, Herr Kollege Brandl, kann ich die Aussage zur Bauernvertretung einfach nicht zur Kenntnis nehmen, das, was nicht sein darf, glaube ich doch relativiert und ich möchte sagen, wenn ich jetzt diese Zahlen, die da drinnen stehen, hernehme, dann muß ich eigentlich sagen, ja, so etwas kann doch nicht sein, so etwas darf nicht einmal sein! Es steht aber, leider Gottes, genau in diesen Zahlengrößen, wie ich sie gesagt habe, im Grünen Bericht des Landwirtschaftsministeriums und es ist nicht zu bestreiten. Die Tatsache macht uns natürlich doch einigermaßen große Schwierigkeiten. Ich will gar nicht behaupten, meine Damen und Herren, daß der Landwirtschaftsminister oder wer immer, oder die Regierung, das so will. (Abg. Brandl: „Sie wollen das Beste!“ — Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Bravo!“) Ich glaube, diese Behauptung kann man einfach nicht aufstellen, wenn man einigermaßen objektiv ist, wenngleich sich, Herr Landeshauptmannstellvertreter, der Eintopf leider Gottes in letzter Zeit wieder einmal ein bißchen verstärkt, der Landwirtschaftsminister andere Probleme hat, denen er mehr Aufmerksamkeit widmet und scheinbar andere Probleme, denen er seine Zeit widmet, als in Problemen der Land- und Forstwirtschaft uns zu helfen, wozu er einfach als Landwirtschaftsminister verpflichtet ist. Das geht ein bißchen periodenweise bei ihm. Manchmal schaut es aus, es geht ganz gut, und dann hat er wieder eine Zeit, wo man den anderen Eindruck hat (Abg. Brandl: „Ihr ärgert ihn zuviel!“ — Abg. Ileschitz: „Das hängt nur vom Minkowitsch ab!“) — Bitte, ich weiß es nicht! Vielleicht hängt es auch mit den Ratgebern zusammen. Ich billige ihm das durchaus zu. (Landesrat Bammer: „Aber mit dem Minkowitsch ist es auch nicht leicht!“) Was uns wirklich Sorgen macht ist, was man in einer solchen Lage tut. Das ist wahrscheinlich wohl die Kernfrage, über die sich ja alle einige Gedanken machen.

Meine Damen und Herren, wenn ich ein Resümee aus der ganzen Angelegenheit ziehen darf, so ist es zweifellos die Tatsache, die ich schon erwähnt habe, und dann auch noch der Hinweis, daß man das einfach nicht übersehen kann, daß die agrarische Handelsbilanz sich auch im Jahre 1978 etwas besser entwickelt hat als 1977 (Abg. Brandl: „Deutlich!“), auch unverkennbar, aber an und für sich sicherlich noch viel zu hoch ist, weil wir trotzdem 13 Milliarden Schilling mehr einführen, als wir agrarisch ausführen. Zum Vorwurf von Kollegen Brandl, und ich glaube, der Herr Abgeordnete Zinkanell hat ihn im Brauhaus Puntigam auch gemacht, daß Koerner ein zu schwarzes Bild gemalt hat mit dem schwarzen Tor: Ich möchte dazu einige Worte

sagen, meine Damen und Herren, weil es mir wirklich auch darum geht, weit über die Land- und Forstwirtschaft hinaus eine objektive Beurteilung zu ermöglichen. Es geht uns einfach wirklich darum, weil wir sehr genau wissen, daß ein kleiner werdender Anteil an der Gesamtbevölkerung einfach auch darauf Rücksicht nehmen müßte, daß wir unsere Belange nur dann entsprechend durchsetzen können, wenn wir das Verständnis auch der in der Land- und Forstwirtschaft nicht Tätigen haben. Warum bin ich zu diesem Vergleich gekommen? Im Jahre 1972 ist de facto die gesamte österreichische gewerbliche und industrielle Wirtschaft mit Verzögerungseffekten in manchen Bereichen in den EG-Wirtschaftsraum voll integriert worden. Das heißt, es sind über kurz oder lang sämtliche Zölle, Behinderungen und so weiter abgebaut worden. Was aber heute so oft vergessen wird, ist, daß als einziger Wirtschaftszweig, meine Damen und Herren, die Land- und Forstwirtschaft draußen ist, und zwar nicht nur draußen mit hohen Zollmauern, Abschöpfungsmauern, nicht hineinkam, oder behindert hineinkam in den EG-Agrarwirtschaftsraum, sondern daß daneben COMMECON als zweiter Riesenwirtschaftsraum eine Agrarausfuhrpolitik macht, die völlig von anderen Gesichtspunkten, als das üblich ist, gelenkt ist. Wenn die einmal Devisen brauchen, wenn die auf den Markt kommen wollen, dann gehen sie mit ganz anderen und völlig verzerrten Wettbewerbsbedingungen auf diesen Markt. Ich bitte, zu beachten, was das heißt. Auch der Weg Österreichs und der übrigen Wirtschaft zur EG war ja kein reiner Vergnügungsweg. Es hat ja lange gedauert, es waren unendlich schwierige Verhandlungen notwendig und es war ja die Neutralität Österreichs, die dem sehr stark entgegengestanden ist. Man ist im Bewußtsein, daß ein so kleiner Wirtschaftsraum wie Österreich auf die Dauer sich irgendwo anhängen muß, diesen mühsamen Weg gegangen. Nur wegen der Neutralität Österreichs konnte damals die Landwirtschaft, wie ursprünglich vorgesehen, nicht hineinkommen. Wir stehen heute als einziger Wirtschaftszweig völlig isoliert da.

Der Briefwechsel, meine Damen und Herren, der damals stattgefunden hat, sagte aus, ja, die Landwirtschaft muß draußen bleiben, weil sie nicht supranationale Marktordnungen anerkennen kann als neutraler Staat, sie muß also draußen bleiben, und man hat in einem Agrarbriefwechsel dann vereinbart, zu achten, daß eine harmonische Entwicklung auch des Agraraußenhandels möglich ist. Das war damals drinnen. Das Ergebnis brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Der hat sich nicht harmonisch entwickelt, sondern wir sind aus einem Mehr an Einfuhren aus dem EG-Raum 1972 von 500 Millionen Schilling auf weit über 6 Milliarden Schilling gestiegen. Das ist keine harmonische Entwicklung, das ist eine völlig einseitige Entwicklung und sie hängt einfach damit zusammen, daß die österreichische Landwirtschaft aus ihren traditionellen Märkten völlig draußen ist beziehungsweise hohe Zuschüsse geben muß, um diese Mauern zu überwinden. Das ist ein Faktum, ich bitte Sie, zu beachten, was das heißt.

Eine zweite Angelegenheit, die Schweiz: Ebenfalls ein neutraler Staat, meine Damen und Herren, ist

ja auch nicht in diesem Agrarmarkt drinnen, sie ist aber einen völlig anderen Weg gegangen. Ich gebe zu, zwischen Schweiz und Österreich gibt es einige Unterschiede. Erstens haben sie einen viel geringeren Selbstversorgergrad, zweitens ist es ein wirklich reiches Land mit viel fremdem Geld. Aber ich glaube eines, meine Damen und Herren, die Schweiz hat eine viel längere Tradition in der Beziehung, sie hat die Erfahrung zweier Weltkriege, was es heißt, in solchen Notzeiten de facto sehr stark auf die Eigenversorgung angewiesen zu sein und man ist dort einfach viel weiter und viel mehr bereit, für die Neutralität, für diese Unabhängigkeit, auch den entsprechenden Preis zu bezahlen.

Und, Herr Kollege Zinkanell, der Schweizer Landwirtschaftsdirektor, ein exzellenter Mann, ich weiß nicht, ob du ihn gehört hast bei unserer Tagung, wir sind dann in der Burg noch beisammengesessen mit ihm, hat gesagt: „Heuer werden wir, ich glaube, zum ersten Mal, vielleicht nicht ganz, den Paritätslohn für die Land- und Forstwirtschaft gegenüber den in der Industrie Beschäftigten in der Schweiz erreichen.“ Und das ist eine Aussage, die einen ein bißchen vor Neid erblassen läßt.

Wir sind also nicht den Weg gegangen, in die EG die Landwirtschaft hineinzunehmen, wir sind aber auch den vergleichsweisen anderen, alternativen Weg nicht gegangen, meine Damen und Herren. Nämlich den der Schweiz! Und daraus resultieren eigentlich die Schwierigkeiten auch in der Zukunftschau für die österreichische Landwirtschaft. Ich nehme hier die Forstwirtschaft heraus, Kollege Brandl, weil sie an und für sich, und das muß man sagen, momentan eine wirklich gute Entwicklung nimmt und weil, meine Damen und Herren, der Unterschied zwischen der Land- und zwischen der Forstwirtschaft auffallend ist. Nämlich dort die strenge Einbindung, die Abschirmung von diesen ganzen Wirtschaftsräumen, und im Holz natürlich de facto eine ganz andere Situation, freie Möglichkeit mit den Zugängen zu diesen Märkten. (Abg. Brandl: „Offener Markt!“) Und es ist einfach unübersehbar, daß der Unterschied zwischen der forstwirtschaftlichen und der landwirtschaftlichen Entwicklung auch erkennbar ist und ich führe ihn auch darauf zurück.

Eines, glaube ich, muß man sich überlegen. Den Weg der Schweiz nicht zu gehen und zwar konsequent, und auch nicht erreichen zu können, in den EG-Wirtschaftsraum hineinzukommen, das schränkt die österreichische Landwirtschaft ein, so daß mir also wirklich gerechtfertigt erschienen ist, von einem Tor zu reden, das den Weg in die Zukunft absperrt. Warum? Wir sind noch lange nicht — ich bitte, man kann dies alles sehen oder auch als Fluch betrachten — am Ende der Produktivitätsmöglichkeiten der Landwirtschaft, noch lange nicht! (Abg. Brandl: „Das ist richtig!“) Und wir würden uns alle miteinander wünschen, daß dort die freie Entwicklung möglich wäre. Wir wissen aber, daß eines der Kernprobleme überhaupt, der Agrarpolitik nicht nur in Österreich sondern zunehmend nun auch im EG-Raum und in anderen Bereichen, das Spannungsfeld ist, in einkommenspolitischer Hinsicht zwar mehr produzieren zu lassen, aber in marktpolitischer Hinsicht sich ganz große Sorgen zu machen, was man mit dieser

Mehrproduktion macht. Das ist eines der Kernprobleme, vor dem die moderne Landwirtschaft steht. Die Hoffnung, die ein Kortik, der Weltbankvertreter draußen, erweckt hat in der Hinsicht, wie lange werden sich die reichen Industrienationen, und dazu gehört auch Österreich, das leisten können, daß sie zwar nicht wissen, wohin mit den Überschüssen in der Agrarproduktion, auf der anderen Seite aber in der Welt Hunderte Millionen wirklich hungern, wie lange wird denn das gut gehen? Und er glaubt dort, das Gewissen der Welt würde das nicht zulassen. Ich bin leider Gottes in dieser Hinsicht etwas weniger optimistisch, weil man immer wieder sehr deutlich feststellt, wie strapazierfähig und wie dehnungsmöglich Gewissen sind, wenn es darum geht, daß es einen selbst was kostet. Ich bin nicht so optimistisch in dieser Hinsicht, wenn gleich es auch Aussagen gibt, die unüberhörbar sind. Nämlich etwa die Situationsschilderung Amerika — Mexiko, wo gescheite Amerikaner sagen, ihr könnt es euch heute ersparen, aber ihr werdet in absehbarer Zeit dann 30, 40 Millionen Arbeitssuchende aus Mexiko in den USA haben, die gleich große Sorgen bereiten. Ein Hinweis, der sicherlich berechtigt ist.

Nun, meine Damen und Herren, es gibt noch eine Reihe von Chancen, die sich darbieten; allerdings nicht in ganz kurzfristiger Sicht. Wir haben auch über die Energieprobleme geredet. Ich glaube, es gibt dort Chancen. Nicht ganz nah, aber ich selbst bin der Meinung, es ist eine der Zukunftschancen der Landwirtschaft, allerdings mir noch zu langfristig, damit werden wir nicht sehr schnell eine Änderung erreichen können. Ich bin überzeugt davon, ich habe es schon gesagt, daß einer der Hauptpunkte überhaupt, dem wir den hohen Lebensstandard in der westlichen Welt zu verdanken haben, meine Damen und Herren, die Tatsache ist, daß wir Energievorräte, die die Natur in Jahrtausenden angesammelt hat, in einem verhältnismäßig sehr schnellen Maß verbrauchen und uns natürlich auch die Technologien mit dem Kopf dazu geschaffen haben, wo hier etwas herauschaut. Aber einer der Kernpunkte dieses Wohllebens und des Vorsprungs der westlichen Welt ist zweifellos darauf zurückzuführen, daß wir in verhältnismäßig kurzer Zeit das verbrauchen, was die Natur durch Jahrtausende an Energie angesammelt hat. Und wenn diese Entwicklung weitergeht und wenn man vielleicht auch zu Technologien kommt, die uns über die Natur hinwegturnen helfen, sie sind momentan nicht unproblematisch, sie sind noch nicht ungefährlich. Es wird die Land- und Forstwirtschaft als einziger Zweig bleiben, der kontinuierlich in der Lage ist, wenn sie gescheit produziert, auch das für alle Zukunft weiter zu produzieren. Das ist sicher eine der großen Chancen, die die Land- und Forstwirtschaft vor sich hat.

Und eines möchte ich auch bitten: In einer Zeit, meine Damen und Herren, wo die Arbeitsplatzneuschaffung schwieriger wird — und das ist im gesamten westlichen Bereich unweigerlich festzustellen —, sollte man darauf Rücksicht nehmen, daß die Landwirtschaft hier ein sehr ausgleichender Faktor ist. Und ich bitte um Bemühungen aller hier, zu trachten, daß Arbeitsplätze, wenn sie geschaffen

werden, auch in die Räume verlegt werden, wo sie wirklich hingehören. Mir ist es nicht erklärlich, meine Damen und Herren, daß man zwar in Wien, in einer Stadt, die nur vom Zuzug lebt, immer wieder Großprojekte hinlegt, neue Werke schafft, die Menschen dann dort hinpendeln läßt und sie dort nicht hinlegt, wo sie wirklich so notwendig gebraucht werden. Und ich glaube, es ist keine Frage der Beurteilung, wir sind uns alle einig, daß der Arbeitsplatz in einer zumutbaren Nähe einfach etwas anderes ist als dieses sehr lange Pendeln und überhaupt das Wochenpendeln. Ich bitte sehr darum, und ich bitte auch darum, Verständnis zu haben: Wenn wir diese Landwirtschaft, die wahrscheinlich doch alle brauchen — darüber gibt es keine große Meinungsdivergenz — erhalten wollen, dann müssen wir auch trachten, daß der gesamte technische und ökonomische Fortschritt, der in der Produktion mit der Massentierhaltung, mit der Veredelung vielleicht möglich wäre, eingeschränkt wird zugunsten einer bäuerlichen Landwirtschaft, eines bäuerlichen Veredelungsbetriebes. Ich sage das sehr bewußt, weil es sonst unmöglich ist, den Anschluß zu finden zwischen den Einkommensnotwendigkeiten und Bedürfnissen der Land- und Forstwirtschaft und der Tatsache, daß die im außerlandwirtschaftlichen Bereich liegende Neuschaffung von Arbeitsplätzen jedenfalls schwieriger und auch langsamer wird.

Ich möchte abschließend alle herzlich bitten, sich eine objektive Meinung zu bilden von der Lage der Landwirtschaft, von den Notwendigkeiten, und vielleicht können wir alle ein bißchen mithelfen, daß wir eine Entwicklung gewährleisten, welche die Nachhaltigkeit der Bewirtschaftung aus der Land- und Forstwirtschaft sicherstellt, das dient sicherlich der Land- und Forstwirtschaft und den darin Beschäftigten. Aber ich glaube, in längerfristiger Sicht brauchen wir das alle, und deswegen wäre es ganz angebracht, wenn Sie uns alle dabei helfen. (Allgemeiner Beifall.)

Zweiter Präsident Gross: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Zinkanell.

Abg. Zinkanell: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Aufgrund der Ausführungen des Herrn Präsidenten Koiner, der vom ganzen Haus, wie Sie bemerkt haben, Beifall bekommen hat, möchte ich gleich einige Seiten meines Konzeptes überblättern (Heiterkeit. — Abg. Dr. Schilcher: „... und zur Sachlichkeit übergehen!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Er hat gedacht, er kommt erst später dran!“) — und vor allem zu einem erfreulichen Anlaß übergehen.

Ich möchte beginnen mit einem Artikel der „Südost-Tagespost“, einem Jubiläumsartikel zum fünfzigjährigen Bestehen der Landwirtschaftskammer, wo unter anderem auch über die Aufgaben der Kammer einiges ausgesagt wurde. Ich möchte Ihnen eine Textstelle aus der „Südost-Tagespost“, die Ihnen, auf der rechten Seite, sicher sehr vertraut und sympathisch ist, sagen. Es heißt hier: „Neben der Interessenvertretung nach außen gewinnt auch

der Interessenausgleich innerhalb des Berufsstandes immer mehr an Bedeutung. Der Grund liegt in einer zunehmenden Spezialisierung, die dazu führt, daß oft keine gleichlautenden Interessen, ja, des öfteren sogar gegensätzliche Interessen innerhalb der gesamten Agrarproduktion entstehen.“ Dazu vielleicht gleich einige Gedanken. Ein solcher Interessensgegensatz besteht wohl oder übel aus der Produktionssituation zwischen den Bergbauern einerseits, die Vieh produzieren, die insbesondere auch Milch produzieren, und den Getreideproduzenten andererseits, weil jene erzeugen, was die Bergbauern kaufen müssen. Eine Futtergetreidepreiserhöhung macht zum Beispiel den Bergbauern beileibe keine Freude. Man könnte das aber auch anders sagen, daß der Bauernbund als Macher in der Landwirtschaftskammer den Interessenausgleich bisher so verstanden hat, daß die Bergbauern auch den Krisengroschen für wirklich große Milchüberlieferer in den besten Talböden mitbezahlen mußten. Wenn nicht der Staat den Ausfall übernimmt, ist der Bauernbund nicht bereit, der Befreiung der Bergbauern vom Absatzförderungsbeitrag, wie das der Landwirtschaftsminister in der neuen Novelle zur Milchmarktordnung anstrebt, zuzustimmen. Ich hoffe, daß der Bauernbund mir das nicht so auslegt, daß ich Zwietracht in die Bauernschaft säen möchte, Zwietracht zwischen die kleineren und größeren Milchproduzenten, zwischen die Bergbauern und Talbauern, zwischen die Hörndl- und Körndl-Bauern. Ich sage das deswegen, weil der Herr Präsident Koiner bei einer anderen Gelegenheit, bei der Festrede in der Oper zum 50. Geburtstag der Kammer, sich sehr nachdrücklich gegen eine solche Art der Differenzierung der Produktionsgruppen ausgesprochen und diese verurteilt hat. Wörtlich meinte er: „Wer so offensichtlich Zwietracht in die Bauernschaft sät, wird wissen, warum er das tut!“ Ich finde, und das soll man auch sagen, bevor man auf weitere Probleme der Landwirtschaft eingeht, daß dieser Vorwurf eigentlich ein sehr böser Vorwurf ist. Er hat, zumindest wie ich das empfunden habe, und wahrscheinlich manche andere auch, die festliche Atmosphäre in der Oper gestört. Das würde bedeuten, daß nur der Bauernbund allein im Bereich der Landwirtschaftskammer etwas zu reden hätte und daß alles andere, wenn andere Gruppen mit anderen Meinungen kommen, das als Zwietracht säen verurteilt wird. Man müßte fragen, wie das dann umgekehrt in der Arbeiterkammer zum Beispiel ist, wenn der ÖAAB kritisiert (Abg. Dr. Maitz: „Ist geschehen!“), ob man das auch als Zwietracht säen bezeichnen sollte. Oder wenn die ÖVP mit dem Bauernbund in sehr negativer Weise — anders als das heute beim Herrn Präsidenten geklungen hat, ich habe eine ganze Reihe von Aussendungen des Bauernbundes in meinen Unterlagen — die Bundesregierung kritisiert, ob man das eigentlich auch als Zwietracht säen in der Bevölkerung bezeichnen müßte. Ich möchte jedenfalls sagen, daß eine Auseinandersetzung im Bereich der Landwirtschaft für den Bauernbund keine Einbahn sein kann, wo nur er bestimmt und feststellt und die anderen verurteilt, und diese anderen haben zu schweigen. Eine demokratische Auseinandersetzung ist eben kein Zwietracht säen.